Michael Richter

Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945–1950[1]

1. Die Gründung der Parteien 1945
1.1. Politische Rahmenbedingungen
1.2. Befehl Nr. 2 der SMAD und die Gründung der Parteien
1.3. „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“
2. Die Entwicklung des Parteiensystems in der Zeit der beginnenden Ost-West-Konfrontation 1946–1948
2.1. Gründung der SED und illegale Weiterarbeit der SPD
2.2. Situation der Parteien bis zu den Wahlen im Herbst 1946
2.3. Gründung des Kominform und II. Parteitag der SED September 1947
2.4. Volkskongreßbewegung
2.5. Scheitern gesamtdeutscher Parteiorganisationen von CDU und LDP und illegale Parteiarbeit 1948
2.6. Widerstand von CDU und LDP gegen den Führungsanspruch der SED und Ende der Blockarbeit Anfang 1948
3. Die Veränderung des Parteiensystems angesichts der Dominanz der sowjetischen Separatstaatsoption ab Sommer 1948
3.1. Gründung von NDPD und DBD
3.2. Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ und Wende in CDU und LDP ab Sommer 1948
3.3. Gründung der DDR und der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ im Oktober 1949
3.4. Entwicklung bis zur Einheitslistenwahl: Errichtung totalitärer Strukturen im Jahr 1950
4. Forschungsstand
5. Quellenlage und Foschungsdesiderate
6. Verwendete Literatur
Zusammenfassung

1 Auf Einzelaspekte der Entwicklung der Parteien wird in der Arbeit nur eingegangen, wenn sie das Thema betreffen. In der Arbeit werden durchweg die Bezeichnungen CDU und LDP verwendet.

1. *Die Gründung der Parteien 1945*

1.1. *Politische Rahmenbedingungen*

Nach dem Motto Stalins: „Jeder führt sein System ein, soweit seine Armee vordringt“[2] etablierte die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges bei einer offensiven, auf Machtzuwachs orientierten Grundhaltung in fast allen von ihrer Armee besetzten Territorien nahezu zeitgleich und bei weitreichender Identität der Transformations-Konzepte Systeme kommunistischer Alleinherrschaft.[3] Die Vorarbeiten dazu hatten seit 1944 die Führer der kommunistischen Parteien in der Moskauer Emigration ausgearbeitet.[4] Die Konzepte wurden nun, soweit nötig, den jeweiligen nationalen Besonderheiten angepaßt. Im besiegten Deutschland favorisierte die sowjetische Führung die Option eines deutschen Einheitsstaates „nach dem Muster der am 7. Oktober 1949 gegründeten, in ihren Fundamenten jedoch schon viel früher angelegten DDR“[5]. Dabei durchlief ihre Politik Phasen, die durch eine unterschiedliche Gewichtung verschiedener Optionen gekennzeichnet waren.[6] Die Entwicklung der Parteien verdeutlichte neben anderen Faktoren die durchgängig favorisierte Option der Konsolidierung des sowjetischen Herrschaftsbereiches durch die UdSSR.[7] Diese fand Ausdruck in der Gründung der SED und der kontinuierlichen Umgestaltung der CDU und LDP zu Instrumenten kommunistischer Machtpolitik. Dabei waren Maßnahmen wie die Absetzung von Parteivorsitzenden und anderen führenden Politikern sowie direkte Anordnungen über den politischen Kurs der Parteien an der Tagesordnung. Ständig und systematisch, auf allen Ebenen und in allen Bereichen, wurde die Arbeit aller Parteien unmittelbar beeinflußt.[8]

Kleinstes zu erreichendes Ziel war stets die Arrondierung des besetzten Territoriums und die Transformation der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gemäß der sowjetischen Ideologie und Interessenlage. Die Rücksicht auf die westlichen Alliierten hielt die kommunistische Besatzungsmacht davon ab, unmittelbar an die Errichtung einer kommunistischen Diktatur zu gehen. Das angestrebte Ziel, Einfluß auf ganz Deutschland zu gewinnen, schuf in der SBZ und im Ostsektor Berlins für wenige Jahre demokratische Möglichkeiten, die allerdings von vornherein stark eingeschränkt waren und immer weiter reduziert wurden. Alle wichtigen politischen Entscheidungen in der SBZ wurden allein von der Besatzungsmacht getroffen.

2 DJILAS: Der Krieg der Partisanen S. 558.
3 Vgl. STARITZ: Sozialismus S. 136. Vgl. WEBER, Hermann: Einheitsfrontpolitik S. 15 f.
4 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 83–119.
5 FISCHER, Alexander: Die Sowjetunion S. 57.
6 Vgl. PFEILER: Deutschlandpolitische Optionen S. 36–41.
7 Vgl. FOITZIK: Sowjetische Militäradministration S. 47. Vgl. BUTTLAR: Ziele und Zielkonflikte. Vgl. LAUFER: Konfrontation S. 58 f.
8 Vgl. CREUZBERGER: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland S. 25–31.

Die Parteien hatten nur im Rahmen der Besatzungsdiktatur Spielräume und Funktionen.

Seit dem offenen Ausbruch der sich bereits seit Ende 1945 anbahnenden Ost-West-Spannungen[9] im Jahr 1947 nahm die Sowjetunion kaum noch Rücksicht auf ihre früheren Kriegspartner. Ab 1948 bestimmte die bei der Gründung des Kominform im September 1947 offiziell propagierte „Zwei-Lager-Theorie“ die Deutschlandpolitik der UdSSR. Von nun an ließ die sowjetische Führung keinen Zweifel mehr an ihrem vorrangigen Willen, die Besatzungsherrschaft in der SBZ und im Ostsektor von Berlin durch eine deutsche Vasallendiktatur zu ersetzen. Nur der Wunsch der sowjetischen Führung, sich gesamtdeutsche Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten, verhinderte, daß die demokratischen Parteien völlig von der Bildfläche verschwanden. In veränderter Form dienten sie fortan als Transmissionsparteien kommunistischer Politik.

1.2. *Befehl Nr. 2 der SMAD und die Gründung der Parteien*

Bereits einen Tag nach der Konstituierung der SMAD wurde mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD die Gründung von Parteien erlaubt. Zu diesem überraschend frühen Zeitpunkt, zu dem die Armeen der westlichen Alliierten noch nicht einmal in Berlin eingezogen waren, gab die SMAD das Startzeichen für die Wiederbelebung der deutschen Parteienlandschaft. Mit der frühen Zulassung von „Reichsparteien“ versuchte die sowjetische Führung, sämtliche politische Aktivitäten durch parteipolitische Kanalisierung zu kontrollieren, die Etablierung eines gesamtdeutschen Parteiensystems präjudizierend zu beeinflussen[10] und die angestrebte Umstrukturierung ihrer Zone durch deutsche Vertreter legitimieren zu lassen. Wegen der Rücksichtnahme auf die westlichen Alliierten knüpfte die sowjetische Führung dabei zunächst nur bedingt an Vorüberlegungen der Moskauer Arbeitskommission der KPD an, in denen diese eine von Beginn an herausgehobene Position der KPD gefordert hatte.[11]

Durch den Befehl Nr. 2 wurden der Charakter und die Wirkungsmöglichkeiten der Parteien festgelegt. Zugelassen wurden nur „anti-faschistisch-demokratische“ Parteien, die sich bereit erklärten, in einem Parteienblock mitzuarbeiten. Sie standen unter der Kontrolle der Besatzungsmacht und durften nur „entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen“[12] tätig werden. Die führenden Parteimitglieder mußten sich bei den örtlichen Militärkommandanten registrieren lassen und erklären, nach den Anweisungen der Besatzungsmacht zu arbeiten.[13] Damit waren die Parteien in allen personellen,

9 Vgl. HEYDEMANN: Ein deutsches Sowjetrußland? S. 17 f.
10 Anderer Meinung ist STARITZ: Parteien für ganz Deutschland S. 247.
11 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 267.
12 Befehl Nr. 2 der SMAD. In: „Tägliche Rundschau“ vom 10. Juni 1945.
13 Vgl. CREUZBERGER: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland S. 25.

organisatorischen, programmatischen und politischen Entscheidungen an die Zustimmung der SMAD gebunden. In dieser Verpflichtung der Parteien auf die Anweisungen einer der vier alliierten Besatzungsmächte lag ein wesentliches Hindernis für ihre angestrebte reichsweite Wirkung. Noch vor der Potsdamer Konferenz war damit, neben anderen Entscheidungen, ein erster Schritt zur Unterminierung der alliierten Zusammenarbeit und zur politischen Spaltung Deutschland getan.

Der frühe Zeitpunkt und die Modalitäten der Zulassung beeinflußten die Bildung der Parteien erheblich. Sie wurden sofort für die gesamte SBZ und Berlin lizenziert und bildeten schnell durchorganisierte Verbände. Nach sowjetischem Verständnis war es klar, daß alle Parteien durch bekannte Autoritäten „von oben“ gegründet wurden. Angeregt durch die sowjetische Vorgabe gingen auch alle Gründerkreise davon aus, daß die Neugestaltung der Parteienlandschaft von Berlin aus vor sich gehen würde. Die Gründungen erfolgten im Selbstbewußtsein der Initiatoren als Spitzenverbände für ganz Deutschland. Abweichend von dieser zentralistisch-hierarchischen Auffassung bildeten sich die Parteien in den westlichen Zonen, unterstützt durch die dortige Zulassungspraxis, jedoch eher „basisdemokratisch“[14] und stellten den Berliner Führungsanspruch häufig in Frage.

Die Vorgaben der Besatzungsmacht waren für die politischen Bestrebungen und Zukunftsvorstellungen der beteiligten Gruppen von entscheidender Bedeutung.[15] Allerdings beharrten die sowjetischen und deutschen Kommunisten nicht unbedingt auf allen Details ihrer Vorüberlegungen. Ende 1944 war die KPD-Führung noch davon ausgegangen, daß nach Kriegsende die Parteien der Weimarer Republik wiederhergestellt würden.[16] Anstelle des Zentrums entstand nach 1945 jedoch die überkonfessionelle CDU. Trotz dieser Abweichung war der Einfluß der SMAD auf Art und Auswahl der Parteien markant. So war auch die Reduzierung der Zahl auf insgesamt vier überschaubare Parteien auf sowjetische Initiative zurückzuführen. Die neugegründete Köthener CSU z. B. oder die „Demokratische Partei“ in Leipzig mußten sich einer der Berliner „Reichsparteien“ anschließen.[17]

Die vier Parteien fanden in der SBZ und in Berlin großen Zuspruch. Ihre Mitglieder hofften auf einen gesellschaftlichen Neubeginn. Zum Zeitpunkt der SED-Gründung zählte die KPD knapp 620 000 Mitglieder (1932 im SBZ-Gebiet: ca. 100 000). Damit hatte sie in der Mitgliederstärke fast die SPD erreicht (680 000. 1932: ca. 580 000). Auch die bürgerlichen

14 STARITZ: Parteien für ganz Deutschland S. 247.

15 Nach Meinung von GURLAND: Die CDU/CSU S. 14 waren die politischen Konzepte sogar weniger ausschlaggebend als der Wille der SMAD. Für die CDU stellt FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 265 fest, daß die SMAD in die eigentlichen Debatten bei der Parteigründung nicht mehr eingriff.

16 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 266.

17 Vgl. SCHAPER: Jahre der Entscheidung S. 12. Vgl. MATTEDI: Gründung und Entwicklung S. 38 f.

Parteien gewannen bis Ende 1947 (CDU: 218 000 und LDP: 188 000) zahlreiche Mitglieder. Während bei einem Eintritt in die KPD/SED oft Karriereüberlegungen eine Rolle spielten, profitierten CDU und LDP zunächst von der Furcht vor einer neuen Diktatur.[18]

KPD: Der sowjetischen Führung war klar, daß die KPD im besiegten Nachkriegsdeutschland eine maßgebliche Rolle spielen würde.[19] Die Situation für die KPD-Führung war günstig. Mit den Moskauer Emigranten verfügte sie über eine große Zahl ausgebildeter Partei-Kader, sie genoß die volle Unterstützung der Besatzungsmacht, verfügte über ausreichende materielle Mittel und war in der Lage, durch die Hilfe des sowjetischen Militärs weiträumig zu operieren.

Ende April 1945 erließ das Politbüro des ZK der KPD in Moskau Richtlinien für die Arbeit in den von der Roten Armee besetzten Gebieten. Mit der sowjetischen Armee kehrten drei Initiativgruppen des ZK der KPD unter Leitung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka nach Deutschland zurück.[20] Sie unterstützten die sowjetische Armee bei der Einsetzung deutscher Verwaltungen und bereiteten den organisatorischen Neuaufbau der KPD vor.

Nachdem die sowjetische Führung die deutschen KP-Funktionäre intern über die bevorstehende Zulassung von Parteien informiert hatte, erarbeiteten diese Anfang Juni 1945 in Moskau Entwürfe für ein Grundsatzprogramm. Die KPD konnte dadurch unmittelbar nach Erlaß des Befehles Nr. 2 reagieren und bereits am 11. Juni 1945 ihren Gründungsaufruf publizieren. An der Spitze der KPD standen Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Anton Ackermann. In einem Aktionsprogramm erklärte die Parteiführung es für falsch, Deutschland das „Sowjet-Regime aufzuzwingen“, da dies nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspräche. Zunächst gehe es um die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848, um die „Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangte die KPD die „Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“. Die KPD präsentierte sich damit zunächst ohne wesentliche Merkmale einer kommunistischen Partei. Hinter dem moderaten Programm verbarg sich das Konzept der KPD, aktiver Integrationsfaktor des wiederentstehenden deutschen Parteiensystems zu werden.[21] In der KPD-Führung rechnete man damit, daß das Programm auf Widerstand in den eigenen Reihen stoßen würde. In

18 So STARITZ/SUCKUT S. 436.
19 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 265.
20 Vgl. LEONHARD: Die Revolution S. 296 ff. Vgl. FISCHER: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 146–158. Vgl. KEIDERLING: „Gruppe Ulbricht“.
21 Vgl. MÜLLER, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands S. 445.

der Partei standen sich vor allem zwei Richtungen gegenüber: die aus Moskau heimkehrenden Reste des alten Zentralkomitees, die die stalinistischen Säuberungen überlebt hatten und fest auf die Linie der KPdSU eingeschworen waren, und auf der anderen Seite Kommunisten, die teils aus Zuchthäusern, Konzentrationslagern, der Illegalität oder dem westlichen Exil kommend weder den Führungsanspruch noch die Taktik der Moskauer Gruppen akzeptierten. Ihnen gegenüber setzte allmählich die KPD-Führung mit Hilfe der SMAD ihren Führungsanspruch durch.[22] Den ersten Schritt dazu bildete die Festlegung auf die am 4. Juni 1945 in Moskau formulierten und beschlossenen Programmpunkte. Zur Durchsetzung ihrer Linie setzten die Moskauer Exulanten außerdem ein Organisationsprinzip durch, das einen Weisungsfluß vom Politbüro bis an die Basis nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gestattete. Nur so konnte die KPD die ihr von der Besatzungsmacht gestellte Aufgabe erfüllen, als verlängerter Arm der sowjetischen Führung in Deutschland zu fungieren. Die Initiativgruppen lösten schrittweise die spontan entstandenen „Antifa-Ausschüsse“ und örtlichen Parteiinitiativen zur Bildung der KPD auf, die sich oft an der Politik der KPD vor 1933 orientierten und z. B. lokale „Sowjetrepubliken“ oder die „Diktatur des Proletariats“ ausriefen.[23]

Nicht nur in der KPD, sondern auch in der Öffentlichkeit warf das moderate Programm die Frage auf, ob die KPD-Führung ausschließlich taktisch handelte oder ob sich das Verhältnis der KPD zur parlamentarischen Demokratie gegenüber der Zeit vor 1933 tatsächlich „grundlegend verändert“[24] hatte. In der KPD-Führung war man sich über den taktischen Charakter des eigenen Vorgehens im klaren. Intern gab Ulbricht die Parole aus: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Nach außen wies die KPD Vermutungen empört zurück, sie werde sich nicht an die demokratischen Regeln halten.[25]

SPD: Parallel zur KPD bildete sich als zweite marxistische Partei die SPD. Nach Kriegsende trafen sich zunächst illegal Gruppen von SPD-Funktionären, um den Wiederaufbau des Landes und der Partei zu diskutieren. Unter den Sozialdemokraten gab es unterschiedliche Vorstellungen über die künftige organisatorische Form der Sozialdemokratie. So trat Karl Germer, der in Kontakt mit Jakob Kaiser stand, zunächst für eine breite reformerische Arbeiterpartei anstelle der wiedergegründeten SPD ein.[26] In Thüringen konstituierte sich im Mai 1945 unter Leitung von Hermann Brill ein „Bund demokratischer Sozialisten“, der sich erst im Juli 1945 zum Thüringer Bezirksverband der SPD umbildete. Die Vorarbeiten zur Parteigründung erfolgten vor allem in

22 Vgl. STARITZ: Die Gründung der DDR S. 80 f.
23 Vgl. EBD. S. 78 f. Vgl. CREUZBERGER: „Antifaschistisch-demokratische“ Anfänge.
24 So MÜLLER, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands S. 440.
25 Vgl. HERMES: Die Christlich-Demokratische Union S. 14.
26 Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 463.

den ehemaligen SPD-Hochburgen und wurden von Funktionären getragen, die vor 1933 der Parteiführung auf Bezirksebene, den freien Gewerkschaften oder den Jugendorganisationen der SPD angehört hatten. Die SPD-Emigranten blieben beim Parteiaufbau fast ohne Einfluß. Ebenso blieben die politischen Konzepte und Planungen des SPD-Exils ohne nennenswerte Wirkung auf die SPD-Gründung in der SBZ und in Berlin. Nur wenige Mitglieder der alten Führungsmannschaft hatten später wieder exponierte Stellungen in der Partei inne.

In Berlin bildeten sich nach Kriegsende um Otto Grotewohl, Erich W. Gniffke, Karl Germer, Gustav Dahrendorf und Max Fechner drei Gruppierungen, die sich bald auf eine Wiedergründung der SPD verständigten. Diese drei Gruppen konstituierten sich zum Zentralausschuß (ZA) der SPD.[27]

Im Gegensatz zur Schumacher-Gruppe in Hannover oder zum Londoner Exil-Vorstand der SPD orientierten sie sich am „Prager Manifest“ der Exil-SPD von 1934 und forderten eine Rückbesinnung auf den revolutionären Marxismus und die politische Einheit mit den Kommunisten.[28] Im „Prager Manifest“ hatte es geheißen, die Einigung der Arbeiterklasse werde zum „Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt“[29]. Dementsprechend wurde in der SPD eine Kooperation mit der KPD für selbstverständlich gehalten. Bestrebungen, über eine Kooperation hinaus zu einem Zusammenschluß mit der KPD zu kommen, gab es vor allem in Berlin, Dresden und Görlitz. An einigen Orten lebten jedoch auch die alten Animositäten zwischen SPD und KPD wieder auf, so in den zunächst westlich besetzten Städten Leipzig, Halle und Magdeburg, aber auch in Rostock.

Gemessen an ihren politischen Forderungen und ihrer Terminologie trat die SPD im Vergleich zur KPD als die radikalere Arbeiterpartei auf. Das Gründungsprogramm proklamierte „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“. Gefordert wurde die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes sowie die Verstaatlichung von Bodenschätzen, Bergwerken, Banken und Versicherungen. Der ZA der SPD erklärte außerdem, Ziel der SPD sei keine Vermittlung zwischen Ost und West, sondern die langfristige Orientierung der SPD auf eine wirtschaftliche und politische Entwicklung nach Osten.

CDU: Als dritte Partei trat am 26. Juni 1945 die CDU mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit.[30] Mit der CDU bildete sich eine Partei, die es vor 1933 nicht gegeben hatte. Die überwiegende Mehrheit der Initiatoren hatte

27 Vgl. GNIFFKE: Jahre mit Ulbricht S. 22 f.
28 Vgl. STARITZ: Die Gründung der DDR S. 82.
29 „Neuer Vorwärts“ vom 28. Januar 1934.
30 Vgl. FISCHER: 1945: Die Anfänge der CDUD. Vgl. RICHTER: Die Entstehung der CDUD S. 12–36.

während des „Dritten Reiches“ unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung angehört.[31] Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs gehörten u. a. Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Heinrich Krone, Ferdinand Friedensburg, Theodor Steltzer und Otto Nuschke. Ziel der Gründer, die aus den Christlichen Gewerkschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, aus der Volkskonservativen Vereinigung, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, dem Zentrum, den Liberalen Demokraten, der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Deutschen Staatspartei kamen, war es, die konfessionelle Spaltung der Parteienlandschaft zu überwinden. Entsprechend breit waren die ersten Programmentwürfe der Partei angelegt, in denen sich die CDU zu einer christlichen, demokratischen und sozialen Politik bekannte, die u. a. die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Schlüsselindustrien vorsah. Die sowjetischen und deutschen Kommunisten hatten mit der Wiedergründung des Zentrums gerechnet, das wegen seiner katholischen Ausrichtung in den eher protestantisch geprägten Ländern und Provinzen der SBZ wenig Einfluß gehabt hätte. Stattdessen trat eine Volkspartei mit dem Anspruch auf aktive Mitgestaltung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an die Öffentlichkeit. Die SMAD akzeptierte zwar die konfessionsübergreifende Gründung, stand der CDU allerdings skeptisch gegenüber. Erst mit zweiwöchiger Verspätung erteilte sie die Lizenz, nachdem der erste Vorsitzende der CDU, Andreas Hermes, zugesagt hatte, in der „Einheitsfront“ mitzuarbeiten.

Bei Sondierungsgesprächen noch vor der Parteigründung hatte sich gezeigt, daß die von Jakob Kaiser favorisierte Idee einer „Partei der Arbeit“ bzw. eines „Christlichen Volksblocks“ unter Einbeziehung der Sozialdemokraten nicht durchsetzbar war.[32] Nicht nur die SMAD wandte sich gegen das Konzept, auch in Gewerkschaftskreisen und in der Sozialdemokratie gab es wenig Neigungen zur Bildung einer großen Linkspartei im Sinne Kaisers. Auch durch die marxistische Ausrichtung der SPD und ihr Drängen zur Zusammenarbeit mit der KPD war die Idee nicht realisierbar. Neben Versuchen zur Bildung einer umfassenden Linkspartei wurden auch alle Versuche, die bürgerlichen Kräfte in einer einheitlichen Partei zu organisieren, von der SMAD unterbunden. Ein Versuch von Hermes, die Gründer der DDP von der Bildung einer einheitlichen „Union“ zu überzeugen, wurden von der SMAD abgeblockt.[33] Allerdings fanden wegen des Niedergangs der liberalen Parteien am Ende der Weimarer Republik viele ehemalige Mitglieder der DDP zur CDU.

LDP/DDP: Wie die CDU-Gründer die Chance ergriffen, die konfessionelle Selbstbegrenzung der Parteien zu verhindern, so sahen auch viele Liberale nach dem Krieg die Möglichkeit, durch eine einheitliche Partei die Zersplitterung des liberalen Lagers zu überwinden, um so zu einer maßgeblichen

31 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 516.
32 Vgl. SUCKUT: Christlich-Demokratische Union Deutschlands S. 516.
33 Vgl. CONZE: Jakob Kaiser S. 24. Vgl. LEONHARD: Die Revolution S. 332.

politischen Kraft zu werden. Dabei kam es der LDP zugute, daß durch die Zulassungspraxis der SMAD in der SBZ und in Berlin nicht mit einer weiteren liberalen Partei zu rechnen war. Wie bei der CDU wurde das Ziel einer Sammelpartei durch das Kalkül der SMAD gefördert, über starke Parteien in Berlin Einfluß auf die gesamtdeutsche Parteienlandschaft zu gewinnen. Dem Willen zur Gründung einer Partei stand allerdings die Resignation prominenter Liberaler entgegen, die sich wie Walter Schreiber, Ernst Lemmer oder Otto Nuschke der CDU anschlossen, weil sie im Liberalismus keine ausreichende Grundlage mehr für eine Parteibildung sahen.[34]

Sechs Tage nach dem Befehl Nr. 2 konstituierte sich in Anwesenheit von Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Gustav Noske, Waldemar Koch und anderen zunächst der Hauptausschuß einer neuen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP). Koch wurde zum ersten und Külz zum zweiten Parteivorsitzenden gewählt und eine Satzung verabschiedet. Gespräche über ein Aufgehen der Liberalen in der CDU verliefen erfolglos, weil die SMAD grundsätzliche Bedenken gegen die Schaffung einer einheitlichen bürgerlichen Partei hatte und Schreiber an der Parteibezeichnung „christlich“ für die Union festhielt.

Am 30. Juni 1945 beschloß der DDP-Hauptausschuß, organisatorisch unabhängig zu bleiben und konstituierte sich am 5. Juli 1945 als Reichsparteileitung einer „Liberal-Demokratischen Partei“.[35] Unabhängig von der Berliner Gruppe hatten sich auch in mehreren Orten der SBZ liberale Parteigruppen gebildet, u. a. eine „Demokratische Partei Deutschlands“ in Dresden, eine „Radikaldemokratische Partei“ in Gotha und eine „Deutsche Demokratische Fortschrittspartei“ in Chemnitz. Diese Gruppen schlossen sich auf Anweisung der SMAD der LDP an.[36]

In ihrem Gründungsaufruf forderten die Liberalen u. a. den Erhalt des Privateigentums und der freien Wirtschaft, die Zulassung von Arbeitgeberorganisationen, eine Trennung von Staat und Kirche, die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Demokratisierung von Schulen und Hochschulen sowie Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz.[37] Damit stand die LDP sowohl in der Tradition der sozial-liberalen als auch der national-liberalen Bewegungen aus der Zeit vor dem „Dritten Reich“ und präsentierte sich programmatisch eher als „Rechtspartei“[38]. Auch bei der SMAD stand sie mehr als die CDU im Verdacht, „reaktionäre“ bürgerliche Strömungen zu repräsentieren. Entsprechend groß war der Druck, den die Besatzungsmacht auf die Partei ausübte. Die Folge war, daß schon kurze Zeit nach der Gründung wenig vom eigentlichen liberalen Profil übrigblieb.

34 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 35.
35 Vgl. DÄHN: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 546.
36 Vgl. EBD. S. 545–547.
37 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 69.
38 STARITZ: Die Gründung der DDR S. 94. Vgl. KOCH, Manfred: Parteien S. 61.

1.3. *„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“*

Bereits im Januar 1944 hatte die Führung der KPD im Moskauer Exil aus taktischen Erwägungen beschlossen, nach dem Krieg alle Parteien in einem „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ zu vereinigen.[39] Dabei war die KPD von Anfang an nicht gewillt, die anderen Parteien als gleichberechtigte Konkurrenten um die Macht anzuerkennen. Die Blockpolitik war „Camouflage“[40]. Sie diente allein der Beeinflussung des Parteiensystems und der Durchsetzung kommunistischer Interessen.

Nach dem sowjetischen Einmarsch gingen die Initiativgruppen der KPD mit sowjetischer Unterstützung an die Umsetzung ihres Konzeptes. Zunächst wurden überall im Lande „Antifa-Blocks“, meist aus Kommunisten und Sozialdemokraten, gebildet. Die SMAD und KPD-Führung sah in der Bildung einer „Einheitsfront“ mit den Sozialdemokraten die Grundlage für eine umfassendere Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Block als der zentralen „Volksfrontorganisation“. Durch ihre enge Zusammenarbeit sollten KPD und SPD ihre Dominanz im Block sichern und die SPD von einer Hinwendung zu den bürgerlichen Kräften abgehalten werden.[41]

Auch die Praxis bei der Zulassung der Parteien durch die SMAD folgte im wesentlichen den bündnispolitischen Erwägungen der Kommunisten.[42] Nachdem Grotewohl die Bereitschaft zur Mitarbeit der SPD in der Einheitsfront erklärt hatte, drängten SPD und KPD die bürgerlichen Parteien gemeinsam zur Zusammenarbeit im Block. Das trug erheblich dazu bei, die Blockpolitik gegenüber CDU und LDP durchzusetzen.[43]

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weimarer Republik waren die Gründer von CDU und LDP bereit, sich dem von den Sowjets angeordneten Block anzuschließen. Sie hofften auf diese Weise, der Bevorzugung der KPD durch die Sowjets zu begegnen und Einfluß auf die Politik zu gewinnen.[44] Dabei bedeutete ihre Entscheidung für die Blockpolitik keinen Verzicht auf ein nach demokratischen Grundsätzen arbeitendes Parlament und eine daraus gewählte deutsche Regierung. Sie sahen im Block eher eine Art nationaler Notstandskoalition,[45] die ihre Aufgaben nur vorübergehend, bis zur Bildung

39 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 86 u. S. 103–108.

40 WILKE: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 S. 254 f. Nach KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 83 darf der Zusammenschluß im Block 1945 nicht von vornherein als „kommunistisches Betrugsmanöver“ abgetan werden. Der Block bot demnach „für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik“. Auch KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem S. 15 meinen, daß die Blockpolitik zumindest im Ansatz für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik bot.

41 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

42 Vgl. STARITZ/SUCKUT S. 435.

43 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

44 So auch SUCKUT: Blockpolitik S. 21.

45 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.

einer aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung zu erfüllen hatte. Vor diesem Hintergrund entwickelten die führenden CDU-Politiker ein eigenes Verständnis, wonach Blockpolitik eine auf Gleichberechtigung und Toleranz gegründete Arbeits- und Ausgleichsgemeinschaft war, in der keine Partei eine führende Rolle innehaben durfte. Blockpolitik war demnach eine der möglichen Formen loyaler Zusammenarbeit von Parteien unter außerordentlichen Umständen, durch die keine Partei ihre programmatische Unabhängigkeit und Oppositionsmöglichkeit verlor.[46] Ähnlich war die Sicht in der LDP. Johannes Dieckmann erklärte, Blockpolitik bedeute die „Absage an ein politisch-parlamentarisches System formalistisch-demokratischen Denkens, dessen Grundformeln die Begriffe Koalition und Opposition waren". Die Blockpolitik erlaube es keiner Partei, „die aufbauwilligen fortschrittlichen Kräfte anderer Parteien aus der Mitverantwortung auszuschließen und eine Alleinherrschaft auszuüben". Sie gestatte es aber auch keiner Partei, sich aus der Verantwortung herauszuhalten.[47] In beiden bürgerlichen Parteien wurde das Blocksystem damit im Sinne des klassischen politischen Konkordanzsystems interpretiert, in dem nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Prinzip des gütlichen Einvernehmens verfahren wird, um zu Entscheidungen zu gelangen.

Die Einwilligung aller Parteigründer zur Mitarbeit im Block hing aber in erster Linie damit zusammen, daß die Lizenzierung der Parteien von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit abhing. Kurz nach Kriegsende gab es ohnehin kaum Alternativen, als derartige Vorgaben der Besatzungsmacht vorbehaltlos zu akzeptieren. Die Entscheidung fiel jedoch leicht, weil die geforderte Form der Zusammenarbeit den ohnehin vorhandenen Überzeugungen entsprach, daß im zerstörten Deutschland eine parteiübergreifende Kooperation notwendig sei. Außerdem spielten Erfahrungen aus der Weimarer Republik eine Rolle, in der die Zerrissenheit der Parteienlandschaft das Emporkommen der NS-Bewegung gefördert hatte. Trotz des auch in den Westzonen vorhandenen Willens zur Beseitigung der Folgen der NS-Diktatur fällt auf, daß hier keine Block-Ausschüsse entstanden. Die Vorgaben der Besatzungsmächte wurden in allen Zonen von den deutschen Akteuren akzeptiert. CDU und LDP hätten von sich aus eine Block-Kooperation nicht vorgeschlagen. Die Parteien wurden, da von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit ihre Lizenzierung abhing, praktisch in den Block hineingegründet,[48] der damit die „conditio sine qua non der neuen Parteienbetätigung" war.[49] Schon im Mai und Juni 1945 übte die SMAD massiven politischen Druck aus, um die sich bildenden Parteien CDU und LDP auf eine Mitarbeit festzulegen.[50] Dabei bot der „Antifaschismus" als Grundlage

46 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 69–71.
47 „Sächsisches Tageblatt" vom 12. Juni 1947.
48 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84.
49 EBD. S. 22.
50 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 271.

des Blocks „schon ideologisch keine Möglichkeit des Nicht-Mitmachens“[51]. In den Block hineingegründet wurden die Parteien jedoch nur auf Zonenebene. Der Block-Ausschuß der preußischen Provinz Brandenburg konstituierte sich z. B. erst am 22. November 1945, lange nach den Parteigründungen.[52] Allerdings ging die SMAD davon aus, daß die Entscheidungen an der Spitze peu à peu für die gesamten nachgeordneten Strukturen maßgeblich sein würden.

Am 14. Juli 1945 schlossen sich die vier Parteien „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ im Block, der praktisch unkündbaren „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, zusammen. Als gemeinsame inhaltliche Ziele wurden vor allem die Entnazifizierung, der wirtschaftliche Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht und die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung angegeben. Beschlossen wurde die Bildung eines Ausschusses, der regelmäßig und unter wechselndem Vorsitz tagen sollte. Den Parteiorganisationen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene wurde der Zusammenschluß zu entsprechenden Organisationen empfohlen. Blockausschüsse bildeten sich in Folge auf allen Ebenen der Verwaltung. Neben dem zentralen Block in Berlin entstanden Landes-, Kreis- und kommunale Blocks. Wenngleich es keine formale Hierarchie der Ebenen gab, galten Blockbeschlüsse der höheren Ebenen in der Regel als verbindlich.

Auf der konstituierenden Sitzung gelang es den CDU-Vertretern, die Selbständigkeit aller Parteien im Gründungsdokument zu verankern. Nach dem vereinbarten Einstimmigkeitsprinzip hatte zwar jede Partei ein Vetorecht, tatsächlich aber bestimmte die KPD, deren Politik sich mit der sowjetischen Besatzungspolitik deckte, maßgeblich die Entwicklung. Es zeigte sich schnell, daß der Bewegungsspielraum der anderen Parteien durch das Einstimmigkeitsprinzip erheblich eingeengt war. Innerhalb des Blocks waren Koalitionsbildungen gegen die KPD nicht möglich. Die KPD hingegen konnte mit ihrem Veto nach Belieben alle Vorstöße der anderen Parteien stoppen und ihre Anträge notfalls per Befehl von der SMAD durchsetzen lassen. Auch für die Sozialdemokraten wurde der Block schnell zum Bumerang, als sich herausstellte, daß er nur ein Mittel der KPD war, die verbündeten Parteien stillzuhalten und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.[53] Spätestens die Auseinandersetzungen um

51 KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84. Angesichts des Zwanges der Mitarbeit im Block kann allerdings nicht davon gesprochen werden, daß die bürgerlichen Politiker diesem „freiwillig und ohne ernste Bedenken“ beigetreten seien. So EBD.

52 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 596.

53 Vgl. GEYER: Einheitsfrontpolitik S. 33 f.

die Bodenreform zeigten die „antipluralistische Tendenz und instrumentelle Handhabung des Blocksystems durch die Kommunisten“[54].

Der Block erlebte eine erste Belastungsprobe, als die SMAD im Spätsommer 1945 eine radikale Bodenreform einleitete und aus Legitimationsgründen die Unterstützung durch die Parteien forderte. Nachdem der Vorsitzende der LDP, Waldemar Koch, den von der KPD am 22. November 1945 im Zentralen Block vorgelegten Entschließungsantrag „Helft den Neubauern“ zurückwies, wurde er am 29. November 1945 auf Drängen der SMAD durch Wilhelm Külz ersetzt. Er war bereit, den Aufruf zu unterzeichnen. Wenig später verweigerte die CDU als einzige Partei ihre Zustimmung zur entschädigungslosen Enteignung und verhinderte erneut einen Blockbeschluß zur Neubauernhilfe. Die Weigerung kam einer Spaltung der Einheitsfront gleich und wurde von der Besatzungsmacht nicht akzeptiert. Die SMAD machte deutlich, daß es für die Parteien kaum Möglichkeiten für oppositionelles Verhalten gab. Am 19. Dezember 1945 setzte sie die CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber mit der Begründung ab, sie besäßen nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder. Damit wurde deutlich, daß das Einstimmigkeitsprinzip und der gesamte Block nur der Durchsetzung der Besatzungspolitik diente. Auch die veröffentlichten Protokolle des zentralen Block-Ausschusses zeigen, daß es der SMAD nur darum ging, den zunächst noch ausschließlich von der Militärregierung getroffenen gesellschaftspolitischen Schlüsselentscheidungen eine breitere Legitimation zu verschaffen und die Veränderungen nicht als rein besatzungspolitisch-administrative Maßnahmen erscheinen zu lassen.[55] Der SMAD als alleiniger Machtinhaberin stand es völlig frei, welche Entscheidungen sie per Befehl durchsetzte und welche sie formal vom Block, von den Parlamenten und Verwaltungen tragen ließ.

2. *Die Entwicklung des Parteiensystems in der Zeit der beginnenden Ost-West-Konfrontation 1946–1948*

2.1. *Gründung der SED und illegale Weiterarbeit der SPD*

Nach ihrer Gründung war es zunächst die SPD, die auf eine Fusion mit der KPD drängte. In allen Zonen war unter Kommunisten und Sozialdemokraten das Bestreben stark, eine einheitliche Partei zu bilden. Lokale Parteiorganisationen von KPD und SPD schlossen sich auf örtlicher, aber auch auf der Ebene der Bezirksvorstände bzw. Landes- und Provinzialleitungen zu Tausenden Arbeits- und Aktionsausschüsse zusammen.[56]

54 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.
55 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 598.
56 Vgl. KRUSCH: Arbeiterbewegung S. 60–62.

Das Angebot der SPD zum Zusammenschluß mit den Kommunisten wurde von der KPD jedoch im Juni 1945 abgelehnt. Für die KPD kam es zunächst darauf an, die Linie der Moskauer KPD-Emigranten durchzusetzen. Stattdessen gelang es der KPD-Führung, die SPD auf eine „Aktionseinheit“ festzulegen. Am 19. Juni 1945 bildeten Vertreter beider Parteien einen gemeinsamen Arbeitsausschuß, der sich u. a. die Aufgabe stellte, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen“[57], der den Willen beider Parteien ausdrückte, die Voraussetzungen für die politische Einheit beider Parteien zu schaffen. Die KPD sah im gemeinsamen Arbeitsausschuß mit der SPD zugleich den organisatorischen Kern des von ihr angestrebten Allparteienblocks.[58]

Mit der Schaffung dieses Arbeitsausschusses setzte das ZK der KPD seine Vorstellungen über den Weg zur Einheit beider Parteien durch: erst Aktionseinheit, dann Vereinigung.

Nach der Ablehnung des Angebotes zur Parteifusion durch die KPD und angesichts der politischen Praxis wuchsen in der SPD schnell Zweifel an der Bereitschaft der KPD zu einer fairen Zusammenarbeit. Die SPD-Funktionäre erlebten überall, wie örtliche Kommandaturen und SMA-Institutionen KPD-Funktionäre auf einflußreiche Posten brachten und privilegiert behandelten.

Unter dem Druck der von der KPD geführten Aktionseinheitskampagne distanzierte sich der ZA der SPD im Laufe des Sommers 1945 mehr und mehr von seinen anfänglichen Vorstellungen einer Einheitspartei. Stattdessen formulierte Grotewohl im September 1945 selbst einen Führungsanspruch der SPD für alle Zonen und erklärte, daß die Voraussetzungen für eine Vereinigung mit der KPD noch nicht erfüllt seien. Die Einheit sei nur als das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses denkbar, zu dem die Schaffung einer gesamtdeutschen SPD und deren Profilierung zum bedeutendsten Sprecher der deutschen Arbeiterklasse gehörten.[59]

Die KPD wurde plötzlich nicht nur mit dem Führungsanspruch der SPD konfrontiert, sie mußte zudem feststellen, daß sie wegen ihrer kritiklosen Unterstützung der Besatzungsmacht als „Russenpartei“ an Ansehen verlor. Auch die „Aktionseinheit“ zwischen KPD und SPD erfüllte angesichts der Haltung der SPD nicht den von der KPD avisierten Zweck, die SPD an die KPD zu binden. Die neue Situation veranlaßte die SMAD, die KPD-Führung auf eine baldige Vereinigung drängen zu lassen. Am 19. September 1945 startete die KPD eine Einheitskampagne, die vor allem von regionalen und lokalen „Aktionsausschüssen“ getragen wurde. Längst war allen Seiten

57 Zit. b.: KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 86.
58 So STARITZ/SUCKUT S. 436.
59 Wo stehen wir – Wohin gehen wir? Der Historische Auftrag der SPD. Berlin 1945 S. 43. Vgl. STARITZ: Die Gründung der DDR S. 113.

klar, daß die Aktionen sowohl der KPD als auch der SPD nicht auf eine gleichberechtigte Verschmelzung beider Parteien zielten, sondern daß jede Partei versuchte, die andere Seite organisatorisch und programmatisch zu inkorporieren und als potentiellen Konkurrenten auszuschalten.

Die SMAD mußte davon ausgehen, daß sie langfristig die Macht für die Kommunisten nur sichern konnten, wenn es gelang, die rivalisierende SPD zu eliminieren. In Anbetracht der Stimmungslage der Bevölkerung nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee und kurz vor den ersten Wahlen 1946 befürchtete die SMAD, daß die KPD nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erhalten würde. Diese Befürchtung wurden durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Österreich und Ungarn bestätigt. In Österreich erhielt die SPÖ am 4. November 1945 76 Parlamentssitze, die KPÖ lediglich vier. Mit einem vergleichbaren Ergebnis wäre im besetzten Deutschland die angestrebte demokratische Legitimierung der sowjetischen Besatzungspolitik in Frage gestellt und damit die sowjetische Position gegenüber den westlichen Alliierten geschwächt worden.

Die Forderung nach einer Vereinigung beider marxistischer Parteien avancierte daher zum Hauptinhalt der Parteiarbeit der KPD. Dabei scheute die SMAD nicht davor zurück, die KPD offen zu unterstützen, indem sie selbst unmittelbar in die Belange der SPD eingriff. Sie setzte Gegner der Parteifusion unter Druck und protegierte Funktionäre, die sich für die Einheit aussprachen.

In der SPD war die Meinung über eine Fusion gespalten. Den Anhängern eines Zusammenschlusses, wie den Landesvorsitzenden von Sachsen, Otto Buchwitz, von Mecklenburg, Carl Moltmann, und von Thüringen, Heinrich Hoffmann, standen breite Kreise der Mitgliederschaft gegenüber, die die Einheit entweder ablehnten oder ihre Einheitsofferten an die KPD eher als Wiedereingliederung der 1919 abgespaltenen KPD in die SPD verstanden wissen wollten. Sie befürworteten zudem nur eine reichsweite Vereinigung, bedeutete ein Zusammenschluß auf Zonenebene doch die Spaltung der SPD. Die deutliche Gefahr einer Spaltung bestand um so mehr, als der Wortführer der SPD der Westzonen, Kurt Schumacher, jede Zusammenarbeit und erst recht jede Vereinigung mit der KPD strikt ablehnte. Schumacher sah in der KPD-Aktion die Absicht, die SPD als „großen Blutspender“ für die KPD zu mißbrauchen und den Sozialdemokraten eine kommunistische Führung aufzuzwingen. Anders als die Politiker in der SBZ konnte er dies ohne Gefährdung aussprechen.

Auf einer Konferenz in Wennigsen bei Hannover am 6. Oktober 1945 wiederholte er seine strikte Ablehnung eines Zusammengehens mit der KPD. Schumacher und Grotewohl anerkannten sich gegenseitig als Vorsitzende der SPD der westlichen Zonen bzw. der SBZ. Durch die damit verbundene Beschränkung seines Mandats auf die SBZ reduzierten sich für den ZA der SPD die Möglichkeiten, eine Parteifusion mit der KPD durch den Hinweis

auf einen gesamtdeutschen SPD-Zusammenschluß abzulehnen. Obwohl sich der ZA der SPD unter sowjetischem Druck der Position Schumachers nicht anschließen konnte,[60] erklärte Grotewohl am 11. November, die Vereinigung könne kein Beschluß von Instanzen und dürfe auch nicht das Ergebnis eines äußeren Drucks oder indirekten Zwanges sein. Eine Vereinigung auf Zonenebene erschwere zudem die reichsweite Vereinigung.[61] Die SMAD untersagte die Veröffentlichung der Rede und setzte damit ein deutliches Signal.

Auf Drängen der vereinigungswilligen Teile von KPD und SPD traten am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin je dreißig Vertreter beider Parteien zur „Sechziger-Konferenz“ zusammen. Grotewohl erklärte erneut, in der Mitgliedschaft der SPD sei wegen der Bevorzugung der KPD und der Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und politischer Realität eine „tiefgehende Mißstimmung“ gegen die Kommunisten zutage getreten. Er kritisierte die „Zeugnisse eines undemokratischen Drucks auf Sozialdemokraten“ und forderte die „Aufgabe aller unzulässigen Einflußnahme auf die SPD“ als wesentliche Bedingung für eine Vereinigung.

Entscheidender als diese Kritiken war jedoch, daß die SPD auf die KPD-Forderung nach einer Vereinigung einging, nachdem sie die Streichung einiger Passagen aus dem Resolutionsentwurf der KPD durchgesetzt hatte. Die SPD verlangte, daß die Vereinigung nur für ganz Deutschland und auf einem Parteitag für alle vier Zonen erfolgen dürfte. Nach der „Sechziger-Konferenz“ wurden daraufhin in allen Bezirks- und Ortsgliederungen der SBZ und Berlins gemeinsame Konferenzen von KPD und SPD abgehalten, auf denen bei Präsens sowjetischer Offiziere kaum noch sozialdemokratischer Widerstand formuliert werden konnte.[62] Den ZA der SPD erreichten bereits erste Berichte über teilweise unter Zwang erreichte Vereinigungsbeschlüsse auf Orts- und Kreisebene.[63] Gegner der Fusion wurden, wie der thüringische SPD-Landesvorsitzende Hermann Brill, auf Anweisung der SMA durch kooperationsbereite Funktionäre ersetzt.[64]

Angesichts der Einheitskampagne und des damit verbundenen politischen Drucks wiederholte Schumacher am 6. Januar 1946 seine Weigerung, mit der KPD zu fusionieren. Er erklärte außerdem, daß die organisatorische Einheit der SPD nicht mehr gegeben sei. Damit waren Vereinbarungen der Ost-SPD für die Partei in den westlichen Zonen nicht bindend. Nach der erneuten Weigerung Schumachers sagten sich die KPD-Vertreter aller Zonen auf der ersten Reichskonferenz der KPD am 8. und 9. Januar 1946

60 Vgl. WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1986 S. 13.
61 Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 468.
62 Vgl. MÜLLER, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands S. 450.
63 Vgl. THAPE: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold S. 247 f.
64 Vgl. OVERESCH: Hermann Brill.

von der Vereinbarung los, die Vereinigung nur in allen Zonen zugleich durchzuführen, und beschlossen, zunächst in der SBZ und in Berlin eine Einheitspartei zu gründen. Die SMAD und die KPD-Führung waren nicht mehr bereit, die Parteifusion aus gesamtdeutschen Rücksichten zu verschieben. Daran änderte auch der Beschluß des ZA der SPD vom 15. Januar 1946 nichts, die Fusion nur in allen Zonen zugleich vorzunehmen. Im Januar 1946 wurde die Offensive zur Vereinigung von KPD und SPD verstärkt. Seit Ende Januar bereiteten paritätisch besetzte „Einheitsbüros“ die Fusion vor. Innerhalb der SPD unterstützten vor allem die neugebildeten Betriebsgruppen der SPD die Einheitskampagne der KPD. Meist auf Initiative der KPD traten Betriebsgruppen der SPD und gemeinsame Tagungen von Vertretern beider Parteien mit Fusionsforderungen an die Öffentlichkeit.

Die SMAD forderte unmißverständlich, daß die Vereinigung bis zum 1. Mai 1946 abgeschlossen sein müsse.[65] Überall drängten die sowjetischen Kommandanten auf eine baldige Vereinigung und gingen mit Repressalien und Verhaftungen gegen Einheitsgegner vor.[66] Nach Auskunft des ehemaligen Leiters des Ostbüros der SPD, Stephan Thomas, wurden bis zum Vereinigungsparteitag etwa 20 000 Mitglieder und Funktionäre der SPD verhaftet, verhört, geschlagen, gemaßregelt oder zur Flucht getrieben.[67] Durch die Umstände, die zu ihrer Gründung führten, war die neue Partei von Anfang an „mit einer schweren Hypothek belastet“[68].

Am 4. Februar 1946 suchten Grotewohl und Dahrendorf die britische Militärregierung auf, um sie zu informieren, daß die SPD-Organisationen im gesamten Zonengebiet unter dem politischen und physischen Druck zerrieben wurde.[69] Der ZA der SPD versuchte noch einmal, dem Drängen durch die Bildung einer einheitlichen Führung der SPD in Deutschland zu begegnen und erklärte, die Vereinigung lasse sich anders nicht mehr aufhalten. Der Vorstoß scheiterte am 8. Februar 1946 erneut an der Haltung Schumachers, der Grotewohl aufforderte, die SPD in der SBZ aufzulösen. Das war für den ZA der SPD schon deswegen unmöglich, weil bereits mehrere Landesvorsitzende der SPD in der SBZ eine Fusion mit der KPD forderten. Diese Landesvorsitzenden hätten einer Auflösung der SPD nicht zugestimmt und selbst bis zur Fusion die Führung übernommen. Schon auf einer erweiterten Sitzung des Zentralausschusses am 10. und 11. Februar 1946 drohten die Landesvorsitzenden Buchwitz, Hoffmann und Moltmann, die selbst unter sowjetischem Druck standen,[70] sich vom Zentralausschuß loszusagen und die Fusion mit der KPD

65 Vgl. CREUZBERGER: Die Sowjetische Miltäradministration in Thüringen S. 3.
66 So jetzt auch KRUSCH: Arbeiterbewegung S. 70 f.
67 Vgl. SPD-Pressedienst Nr. 90 vom 26. April 1962. Vgl. FRICKE: Warten auf Gerechtigkeit S. 69. Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 40.
68 So jetzt auch BADSTÜBNER: Alliierte Politik S. 37.
69 Vgl. HEYDEMANN: Ein deutsches Sowjetrußland? S. 20.
70 Vgl. STARITZ: Zur Gründung der SED S. 60 f.

regional durchzuführen. Vereinigungen auf örtlicher Ebene und in Kreisen fanden bereits seit Ende Februar statt. Auf Empfehlung der SMA kündigte Moltmann in Mecklenburg für Ende Februar 1946 einen Vereinigungsparteitag an, der vom Zentralausschuß schließlich nur noch mit dem Einverständnis einer baldigen Vereinigung auf Zonenebene gestoppt werden konnte.

Damit war der Durchbruch erreicht und die Bereitschaft zur Bildung der SED wurde sofort bekanntgegeben. Der Parteiausschuß der SPD, dem neben den Mitgliedern des ZA die Vertreter aller Bezirke der SBZ angehörten, bestätigte am 19. Februar 1946 die Entscheidung zur Bildung der SED. Von nun an realisierte die SPD nur noch den von der KPD vorgegeben Einheitskurs.[71]

Als Schumacher Ende Februar 1946 erfuhr, daß der ZA nicht bereit sei, in den Westsektoren Berlins eine selbständige SPD aufrechtzuerhalten und die SPD in der SBZ aufzulösen, brach er jeden Kontakt zur Ost-SPD ab.[72] Auch in den Westsektoren Berlins stieß der Fusionsbeschluß des ZA der SPD auf Widerspruch, der hier im Gegensatz zum Ostsektor auch ungestraft formuliert werden konnte. Am 1. März 1946 konstituierte sich im Westteil Berlins eine Opposition gegen die Zwangsvereinigung und forderte ein Votum der Mitglieder. Eine Urabstimung, die wegen des Vetos der sowjetischen Kommandantur nur in den Westsektoren durchgeführt werden durfte, brachte ein deutliches Votum für die Unabhängigkeit der SPD bei gleichberechtigter Zusammenarbeit mit der KPD. Von ca. 23 000 abgegebenen Stimmen votierten 82 Prozent gegen eine Vereinigung, 62 Prozent befürworteten jedoch eine Zusammenarbeit mit der KPD. In Berlin konnte die SPD so, begünstigt durch den Viermächtestatus der Stadt, ihre Eigenständigkeit bewahren. Nur ein Drittel der Berliner SPD-Mitglieder wechselte zur SED. Unter dem Schutz der Alliierten gründete sich der Berliner Landesverband nach der Vereinigung am 7. April 1946 in allen Sektoren neu. Ende Mai 1946 erlaubte der Alliierte Kontrollrat die Tätigkeit der SED und der SPD für das Gebiet von Groß-Berlin.

Auf einem gemeinsamen Parteitag beschlossen die Delegierten der KPD und der SPD am 22. April 1946 ohne Gegenstimme die Gründung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden als gleichberechtigte Vorsitzende gewählt und ein paritätisch besetzter Parteivorstand bestimmt, dem auch Funktionäre aus den Westzonen angehörten. Es wurden „Grundsätze und Ziele der SED“, ein Statut und ein „Manifest an das deutsche Volk“ verabschiedet. Nach der Vereinigung bekannte sich die Partei in Distanzierung zum sowjetischen Modell erneut zu dem von Anton Ackermann bereits im Frühjahr 1946

71 Werner Müller spricht in diesem Zusammenhang von vier Phasen der Entwicklung der SPD. Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 460.

72 Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 23.

postulierten „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“[73]. Marx und Engels wurden als ideologische Leitfiguren bezeichnet und alle Positionen in der Partei paritätisch mit Kommunisten und Sozialdemokraten besetzt. Auf dem Gründungsparteitag der SED versicherte Wilhelm Pieck, die neue Partei werde keine Einparteiendiktatur errichten.[74] Bereits auf der 2. Tagung des Parteivorstandes der SED am 14. und 15. Mai 1946 betonte jedoch Franz Dahlem, der SED gehöre als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten.[75]

Am 18. April 1946 beschloß der Parteivorstand der SPD der westlichen Zonen, den Fusionsbeschluß nicht anzuerkennen. Auch mehrere zehntausend Sozialdemokraten in der SBZ ließen sich nicht in der SED registrieren, zogen sich in die Passivität zurück oder flohen in die Westzonen. Die West-SPD, die sich als gesamtdeutsche Partei verstand, entschloß sich, in der SBZ illegal tätig zu werden. Schon kurz vor der Fusion wurde im Westen eine „Betreuungsstelle Ost des Parteivorstandes der SPD“ aktiv, aus der sich ein „Ostbüro der SPD“ entwickelte.[76] Es betrieb eine Form antikommunistisch-demokratischer Widerstandsarbeit, die später auch von anderen Parteien übernommen wurde. Die Tätigkeit des Ostbüros wurde von der SPD-Führung als notwendige Fortsetzung der illegalen Arbeit der demokratischen Kräfte gegen das NS-Regime angesehen. Schumacher sah in den Verhältnissen der SBZ inhaltlich wie praktisch kaum Unterschiede zur Nazizeit.[77]

Bis heute ist die Frage umstritten, ob und inwieweit es sich bei der SED-Gründung um eine „Zwangsvereinigung“[78] handelte. Die lange Zeit vertretene These von der Zwangsvereinigung berücksichtigt die Tatsache unzureichend, daß die Vereinigung an der Basis und unter vielen Funktionären der SPD begrüßt wurde. Sie trifft damit das Wesen der Bewegung nicht adäquat, aus der die SED schließlich hervorging.[79] Die Fusion zur SED kann deswegen nur teilweise als Zwangsvereinigung bezeichnet werden.[80] Eine Zwangsvereinigung war sie nur für die SPD-Mitglieder, die die Fusion ablehnten. Sie hatten somit keine Alternative, die Parteiarbeit der SPD legal fortzusetzen. Der Teil der SPD, der die Vereinigung wollte, übte selbst Druck auf den Zentralausschuß und die Gegner einer Fusion aus. Dabei hofften viele

73 ACKERMANN, Anton: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit 1 1946.
74 Vgl. Protokoll des Vereinigungsparteitages S. 12.
75 Vgl. WEBER, Hermann: Geschichte der DDR S. 133 ff.
76 Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 44. Vgl. SPANGER: Die SED S. 51.
77 Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 175.
78 Zum Begriff „Zwangsvereinigung“: Vgl. MÜLLER, Werner: SED-Gründung unter Zwang S. 52 ff. und die entsprechende Diskussion des Begriffes in: DA 4 1991 S. 410–415.
79 Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 471. Vgl. Staritz: Zur Gründung der SED S. 39. Vgl. KRUSCH: Arbeiterbewegung S. 72.
80 Nach Meinung von GREBING: Zur Situation der Sozialdemokratie und KLEßMANN: Verflechtung und Abgrenzung S. 35 war die Fusion in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, eine Zwangsvereinigung.

einheitswillige Sozialdemokraten allerdings, die eigenen Traditionen in der neuen Partei fortsetzen und dominierenden Einfluß ausüben zu können. Ihre Zustimmung galt einer Partei nach ihren Vorstellungen, nicht aber der sich später tatsächlich herausbildenden kommunistischen SED.

Die Modalitäten der Vereinigung lassen insgesamt keinen Zweifel daran, daß die Vereinigung in der vollzogenen Art einem großen Teil der SPD mit Druck und Gewalt aufgezwungen wurde. Bestes Beispiel sind die Verhaftungen vereinigungsunwilliger Funktionäre. So wurde der mecklenburgische Landessekretär Willi Jesse wegen seiner Haltung bereits kurz nach der Vereinigung verhaftet und für viele Jahre in sowjetischen Lagern interniert.

Mit der von der SMAD durchgesetzten Fusion waren alle weiteren gesamtdeutschen Initiativen der SBZ-Parteien von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Aktion förderte die ohnehin vorhandenen antikommunistischen Ressentiments und war ein wichtiger Beitrag zur Teilung Deutschlands. So sah z. B. die britische Besatzungsmacht in der Gründung der SED einen ersten entscheidenden Schritt zur Aushebelung der Demokratie in der SBZ und zur Machteroberung durch die KPD. Das britische Foreign Office ging davon aus, daß die Sowjets auch im Westen eine ähnliche Vorgehensweise planten und schätzte ein, daß die sowjetische Führung nicht vorhabe, die Abmachungen von Potsdam einzuhalten. Die Sowjets planten demnach die Schaffung eines politischen „strongholds“ in ihrer Zone, die Schritt für Schritt sowjetisiert und als Ausgangspunkt für ein Übergreifen in die Westzonen benutzt werden sollte.[81]

In diesem Sinne interpretierten die westlichen Alliierten auch die Versuche der SMAD, die SED in den westlichen Zonen zu etablieren und dafür die Wiederzulassung einer SPD in der Ostzone in Kauf zu nehmen. Nach der Vereinigung starteten die SED-Führung und die Vorstände der KPD-Bezirke im Westen eine Kampagne zur Bildung der SED.[82] Sie stieß auf allgemeine Ablehnung und wurde im Sommer 1946 von den westlichen Alliierten untersagt. Im Februar 1947 scheiterte auch ein erneuter Versuch, eine Zulassung der SED in den Westzonen durch eine Umbenennung der KPD in SED zu erreichen, am Einspruch der westlichen Alliierten. Im Frühjahr 1947 bekundete die sowjetische Führung daraufhin im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz zwecks „Schadensbegrenzung“[83] ihre Bereitschaft, die SPD wieder zuzulassen, um so doch noch eine Westausdehnung der SED zu erreichen.[84] Auch Sergej Tjulpanow deutete Anfang April 1947 an,

81 FO 1030/162 (Top Secret: The Soviet Campaign against Great Britain in Germany) und: FO 1049/575 (Confidential, Sir M. Peterson (brit. Botschafter in Moskau), Moskau, 22.7.1946 an Außenminister Bevin). Zit. b.: HEYDEMANN: Ein deutsches Sowjetrußland? S. 20 f.

82 Vgl. MÜLLER, Werner: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“.

83 BADSTÜBNER: Alliierte Politik S. 37.

84 IfGA, ZPA NL 36/734, Bl. 250 u. IfGA, ZPA NL 36/694, Bl. 25.

„daß eine SPD in der sowjetisch besetzten Zone eventuell wieder zuzulassen wäre“.[85] Inzwischen verfügte die SMAD über Erfahrungen mit der SPD im Ostsektor Berlins und orientierte sich darauf, die Partei durch politische Repressionen ebenso zu beeinflussen wie CDU und LDP. Die Wiedergründung einer SPD in der SBZ hätte dem Berliner Modell folgen können. Nach der Fusion in der SBZ und der Abspaltung der Berliner SPD existierte die SPD zunächst legal nur in den Westsektoren, in denen die SED nicht zugelassen war. Die vorangegangenen Zulassungen waren erloschen. Neue Anträge von SED und SPD wurden vom Alliierten Kontrollrat positiv entschieden und Ende Mai 1946 beide Parteien in allen vier Sektoren lizenziert.[86]

Die Gründe, die die SMAD bewogen, eine Wiederzulassung der SPD in der SBZ zu erwägen, ließen Schumacher davon Abstand nehmen.[87] Nach seiner Überzeugung war die Fusion rechts- und sittenwidrig und daher nichtig.[88] Er hatte kein Interesse an einer SMAD-gelenkten Block-SPD und favorisierte stattdessen die bereits begonnene illegale SPD-Arbeit in der SBZ. Schumacher erklärte, es gebe nur eine SPD, die ihren Sitz in Hannover habe. Erst wenn in der SBZ die politischen Grundrechte wieder in Kraft träten, sei ihr legales Wirken dort sinnvoll: „Wir wollen in der Ostzone der illegale Faktor bleiben und beabsichtigen nicht, die Nachteile einer Legalität auf uns zu nehmen, ohne ihre geringsten Vorteile dabei zu haben.“[89]

Die SPD lehnte eine Neuzulassung schon deswegen ab, weil die SMAD bereits mit Verhaftungen und Deportationen in großem Umfang gegen Sozialdemokraten in der SED vorging. Aus der SBZ äußerten Sozialdemokraten gegenüber Schumacher ihre Bedenken, daß im Falle einer Zulassung „gekaufte Elemente“ in der Partei führend werden würden.[90] Wie recht sie damit hatten, zeigte die spätere Entwicklung von CDU und LDP.

2.2. *Situation der Parteien bis zu den Wahlen im Herbst 1946*

Bei seinen Entscheidungen hatte Schumacher die Situation nach der Gründung der SED vor Augen. In der SBZ nahm die SMAD überall direkten Einfluß auf die Parteiarbeit der SED. Sie unterstützte die Kommunisten und ließ Initiativen von Sozialdemokraten mit dem Argument scheitern, daß diese nicht der Politik der SMAD entsprächen. Zu den ständigen organisatorischen und programmatischen Eingriffen kamen Verhaftungen unliebsamer Funktionäre, die in der Partei eine Atmosphäre der Angst schürten. Massiver als an der Parteispitze ging die SMAD jedoch mit Verhaftungen und Drohungen

85 GNIFFKE: Jahre mit Ulbricht S. 226 ff.
86 Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 285.
87 Vgl. BENSER: Die SED zwischen Massenpartei S. 93.
88 Manuskript vom 13. Dezember 1947 (AdsD Ostbüro-Archiv Bd. 0301 III).
89 Zit. in: SCHOLZ: Kurt Schumacher 1 S. 106 f. u. 226 f.
90 Vgl. BUSCHFORT: Das Ostbüro der SPD S. 290.

gegen die Funktionäre auf lokaler und regionaler Ebene vor. Während führende Sozialdemokraten in der Zeit zwischen der Fusion und Anfang 1948 bei „Fehlverhalten“ meist nur gerügt oder zwangsversetzt wurden, mußten einfache Mitglieder damit rechnen, wegen angeblicher Vergehen durch ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilt zu werden. Sozialdemokraten, die aus der SED austreten wollten, wurden von sowjetischen Kommandeuren 25 Jahre Zwangsarbeit wegen sowjetfeindlichen Verhaltens angedroht.[91] Im November 1946 erschien ein Aufsatz in der Berliner Zeitschrift Neue Welt, in der ein Sprecher der SMAD die SPD als „bourgeoise ideologische Entartung der Sozialdemokratie“ bezeichnete, die von der „Clique Schumacher und Co.“ geführt werde. Später schreckten SMAD und SED auch nicht vor Vergleichen der SPD mit den Nazionalsozialisten zurück.[92]

Der Druck, den die Kommunisten in der SED auf die Sozialdemokraten ausübten, galt in ähnlicher Weise den „Blockpartnern“. Bereits ab Frühjahr 1946 versuchte die SED die vereinbarte Selbständigkeit der Parteien im Block schrittweise einzuschränken und setzte allmählich ihren noch nicht öffentlich formulierten Führungsanspruch durch. Die SMAD behinderte CDU und LDP massiv bei der Gründung von Ortsgruppen und Kreisverbänden und verhaftete immer wieder unliebsame Politiker aller Ebenen.[93] Im Vorfeld der Wahlen zu den Gemeindevertreungen im September 1946 und zu den Kreis- und Landtagen im Oktober 1946 spitzte sich das Spannungsverhältnis zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien erheblich zu. CDU und LDP wiesen den Hegemonieanspruch der SED zurück und bauten ihre Organisationen sowie ihre gesamtdeutschen Kontakte mit dem Ziel der Schaffung gesamtdeutscher Parteistrukturen aus. Nur so glaubten sie, der Entwicklung in der SBZ begegnen zu können. 1946 reisten Wilhelm Külz und Jakob Kaiser durch die SBZ und die Westzonen und warben für die Parteien als Alternative zur SED. Die CDU bekannte sich auf ihrem 1. Parteitag im Juni 1946 zu einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“, der freilich zu keinem Zeitpunkt programmatisches Allgemeingut der Mitglieder wurde. Deutschland, so Jakob Kaiser, sollte eine „Brücke zwischen Ost und West“ sein. Mit dem sozialistischen Kurs versuchte Kaiser auch, ehemalige Mitglieder der SPD zu gewinnen, die der Vereinigung mit der KPD ablehnend gegenüberstanden. In der Praxis erwies sich die CDU jedoch eher als eine Partei, die mittelständische, bäuerliche und kirchliche Interessen vertrat und als „(rechtes) Korrektiv zur Politik gesellschaftlicher Umwälzung“ wirkte.[94]

Die Bildung eines organisierten LDP-Zonenverbandes erfolgte auf der 1. Delegiertenkonferenz in Weimar Anfang Februar 1946. Wie die CDU betonte

91 Vgl. BUSCHFORTH: Das Ostbüro der SPD S. 42.
92 Vgl. LÜBBE: Kommunismus und Sozialdemokratie S. 156 f.
93 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 271.
94 SUCKUT: Christlich-Demokratische Union Deutschlands S. 524.

auch die LDP im Laufe des Jahres wiederholt ihre Eigenständigkeit und protestierte gegen die Neigung der SED, den Block in ihrem Sinne zu instrumentalisieren.

Im Herbst 1946 wurden in der SBZ Landtags- und Gemeindewahlen durchgeführt, deren Ablauf erneut die Tendenz der politischen Entwicklung in der SBZ dokumentierte. Von freiem Wahlkampf konnte keine Rede sein. Die SMAD unterstützte die SED massiv und behinderte die bürgerlichen Parteien. Den sowjetischen Ortskommandanten war die Behinderung von CDU und LDP regelrecht zur Vorschrift gemacht worden, bei deren Nichterfüllung ihnen eine Strafversetzung drohte.[95] So teilten die sowjetischen Kommandanturen den bürgerlichen Parteien weniger Papier zu, weigerten sich, Ortsgruppen zu registrieren, was faktisch einem Wahlbeteiligungsverbot gleichkam,[96] lösten Ortsgruppen durch Verhaftung ihrer Vorsitzenden auf, verhafteten Mitglieder und Funktionäre, griffen massiv in die Kandidatenaufstellung ein, verboten oder verzögerten die Genehmigung von Wahlplakaten, Flugblättern und Versammlungen, störten Wahlversammlungen, behinderten das Erscheinen der Parteipresse, verbreiteten Gerüchte, wonach ein Sieg von CDU und LDP strengere Maßnahmen der Besatzungsmacht gegenüber der Bevölkerung zur Folge haben würde und zwangen beide Parteien zur Veröffentlichung von Artikeln der SMAD, in denen sich CDU und LDP gegenseitig diskreditierten.[97]

Mit massiver Unterstützung der SMAD erhielt die SED im September 1946 bei den Gemeindewahlen 57,1 Prozent aller Stimmen. In zahlreichen Gemeinden – vor allem im Süden der SBZ – errangen CDU und LDP trotz des ungleichen Kampfes Mehrheiten in den Kommunalparlamenten. Während CDU und LDP bei den Gemeindewahlen zusammen nur 39,2 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten, erreichten sie bei den Landtagswahlen, bei denen zwar auch Benachteiligungen verschiedener Art, nicht aber die restriktive Zulassungspraxis von Ortsgruppen eine Rolle spielte, bereits 49,1 Prozent der Stimmen. Die Landtagswahlen brachten der SED insgesamt 47,6 Prozent der Stimmen. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt votierten mehr Wähler für CDU und LDP als für die SED.

Bei den Gemeindewahlen konnte die SED vor allem in den ländlichen Gebieten Stimmenmehrheiten verbuchen, während CDU und LDP in nahezu sämtlichen Städten Mehrheiten hatten. Der Grund für das bessere Abschneiden der SED ergab sich vor allem aus der besonderen Benachteiligung der bürgerlichen Parteien auf dem Lande, wo SMA und SED weit intensivere Methoden des Drucks und der Diskriminierung anwandten als in den Städten.[98]

95 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 96 f.

96 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 42.

97 Badstübner behauptet auch 1993 noch, daß die Wahlen 1946 „unter weitgehender Einhaltung der Prinzipien freier, gleicher und geheimer Wahlen durchgeführt“ wurden. Vgl. BADSTÜBNER: Alliierte Politik S. 35.

98 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 98.

Der Wahlausgang war für die SMAD und die SED unbefriedigend. Trotz der massiven Einflußnahme verfügten CDU und LDP in zahlreichen Kommunen und Kreisen, aber auch in zwei Landtagen über eine formale Mehrheit. Die SED, die auf eine absolute Mehrheit gesetzt hatte, mußte nun in den Landtagen gegen ein etwa gleich starkes bürgerliches Lager antreten. Trotz des guten Abschneidens von CDU und LDP wurden der SED in den nach den Wahlen gebildeten Landesregierungen von der SMAD überall Schlüsselpositionen zugewiesen. Neben drei Ministerpräsidenten stellte sie in allen Ländern die Innen- und Volksbildungsminister.

Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebte die SED ein Fiasko. Unter dem Schutz und der Kontrolle der West-Alliierten votierten nur 19,8 Prozent der Wähler für die SED. Die SPD Schumachers ging als klarer Sieger aus den Wahlen hervor. Die Wahlen in Berlin machten deutlich, daß die SED keine Chance hatte, ihren Herrschaftsanspruch demokratisch zu legitimieren.

In der SBZ, wo es eine legale SPD nicht mehr gab, hatten sich CDU und LDP im Bewußtsein der Wähler als Oppositionsparteien etabliert. Gestützt auf das Wahlergebnis entwickelten sie nun verstärkt eigene Vorstellungen, die sie in die Blockarbeit einbrachten, und widersetzten sich der Gleichschaltungspolitik. Allerdings gelang es ihnen wegen teils erheblicher Meinungsunterschiede und der Konkurrenz um gleiche Wählerschichten nur selten, gemeinsam gegen die SED aufzutreten. Oft polemisierten sie stärker gegeneinander als gegen die SED. Daher konnten sie bürgerliche Mehrheiten, wie sie in einzelnen Länderparlamenten und zahlreichen Kreis- und Kommunalparlamenten bestanden, kaum nutzen. SMAD und SED gingen nach den Wahlen immer stärker dazu über, die Parteien auch intern zu polarisieren, demokratische Kräfte zu behindern und „fortschrittliche“ Kräfte zu unterstützen. Im September 1946 erklärte der Parteivorstand der SED, „daß reaktionäre und faschistische Elemente am Werk“ seien, „sich im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Parteien zu tarnen und an ihrer Peripherie zu sammeln“, und daß „dunkle Elemente mit den niedrigsten Mitteln faschistischer Propaganda und Verleumdung versucht“ hätten, „Verwirrung in die Reihen der Wähler zu tragen“.[99] Die SED forderte eine „Stärkung der fortschrittlich-demokratischen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien“ und nahm damit allmählich direkten Einfluß auf deren innerparteiliche Entwicklung. Die Stärkung der „fortschrittlichen“ Kräfte wurde vor allem durch Gewaltanwendung erreicht. Zahlreiche Funktionäre beider Parteien wurden verhaftet, verschwanden in sowjetischen Lagern, wurden umgebracht oder konnten rechtzeitig in die Westzonen fliehen.

Die SED erklärte nach den Wahlen auch die Notwendigkeit einer intensiveren Blockarbeit parallel zur parlamentarischen Arbeit. Sie verlagerte ihre

99 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands I S. 89.

Blockaktivitäten auf die unteren Ebenen und reduzierte ihr Interesse am weniger beeinflußbaren zentralen Block. Seit Anfang 1947 kam es dadurch zu einer Stagnation der Blockpolitik auf zentraler Ebene, die dadurch verstärkt wurde, daß CDU und LDP ihre Eigenständigkeit im Block betonten und die Einstimmigkeit der Beschlußfassung mehr und mehr als Hebel nutzten, um Initiativen der SED zu verzögern.[100] Im Rahmen der durch die Blockarbeit gesetzten engen Grenzen versuchten sie, sich so als Alternativen zur SED zu profilieren.[101] Gemeinsam wehrten sie sich im Frühjahr 1947 gegen die in den Landtagen von Thüringen und Sachsen-Anhalt auf der Tagesordnung stehende Verstaatlichung der Bergwerke und Bodenschätze.

2.3. *Gründung des Kominform und II. Parteitag der SED September 1947*

Die Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes führte Mitte 1947 zu einem Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die sowjetische Führung favorisierte nun noch deutlicher die Bildung eines kommunistisch gelenkten Separatstaates in ihrer Besatzungszone.

Ab Mitte 1947 wurden in der SBZ neue zentralstaatliche Gremien gebildet. Anfang Juni 1947 konstituierte sich die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK), wenig später folgte mit dem „Deutschen Volksrat“ ein Repräsentationsgremium, in dem ebenfalls die SED dominierte. Die SED-Führung rief zu einem „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ auf. Auch diese Massenbewegung diente der avisierten SED-Alleinherrschaft, der Bildung eines Oststaates und damit der Durchsetzung der deutschlandpolitischen Vorstellungen Stalins. Mit den nicht aus Wahlen hervorgegangenen, sondern von der SMAD besetzten Zentralinstanzen reagierte die sowjetische Führung auf die Tatsache, daß die SED keine Chance hatte, bei Wahlen eine Mehrheit zu erreichen.

Ende September 1947 wurde im schlesischen Schreiberhau das „Kominform“ gegründet. Politbüromitglied Andrej Shdanow verkündete eine „Zwei-Lager-Theorie“, nach der jede neutrale Haltung in den weltpolitischen Auseinandersetzungen unmöglich sei. Die hier gefaßte sowjetische Entscheidung für einen „aggressiven revolutionären Kurs“[102] basierte auf einer Strategie der Sowjets, deren Ziel der Aufbau eines in sich festgefügten, der Kontrolle der Moskauer Zentralgewalt unterstehenden Satellitensystems war.[103] Sein politisches Ziel definierte Stalin im Januar 1948 wie folgt: „Der Westen wird sich Westdeutschland zu eigen machen, und wir werden aus Ostdeutschland

100 Vgl. KOCH, Manfred: Blockpolitik und Parteiensystem S. 10.
101 Vgl. FOCKE: Sozialismus S. 268. Vgl. KOCH, Manfred: Blockpolitik und Parteiensystem S. 10.
102 MEISSNER: Die Sowjetunion S. 448. Vgl. FOITZIK: Fragen der sowjetischen Außenpolitik S. 329–335.
103 Vgl. GEILING: Außenpolitik S. 16.

unseren eigenen Staat machen.“[104] Wesentliche Weichenstellungen für die Teilungsoption waren bereits seit 1945 mit Maßnahmen wie der Gründung der sowjetisch lizenzierten Block-Parteien, der Bodenreform, den Sequestrationen und der SED-Gründung getroffen worden.

Vor dem Hintergrund des Konfliktes zwischen der UdSSR und Jugoslawien mußte sich die SED nun zu einer stalinistischen „Partei neuen Typus“ wandeln. Ein Markstein auf diesem Weg war der II. Parteitag der SED im September 1947. Bereits im Vorfeld des Parteitages wurden Änderungen der Ideologie, Programmatik und Parteistruktur eingeleitet. Bei der Umgestaltung zur „Partei neuen Typus“ nahmen außerdem „Säuberungen“ und politischer Terror gegen „Abweichler“ einen zentralen Platz ein. Die SED rückte von der These ab, Deutschland müsse einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ einschlagen.[105]

Schon im Vorfeld ihres II. Parteitages postulierte die SED ein neues Bündniskonzept, nach dem die Blockpolitik außer den Parteien auch alle organisierten Gruppen und Schichten umfassen sollte und die SED unter ihnen einen Führungsanspruch zu beanspruchen habe. Im August 1947 hieß es dazu, im Block sei „die geeinte Arbeiterschaft das entscheidende Kraftzentrum“. Die Blockpolitik habe zur Folge, „daß die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien gestärkt werden und der reaktionäre Flügel zurückgedrängt wird“. Auf die SED-Forderung nach Einbeziehung der Massenorganisationen in die Blockarbeit erwiderte der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser auf dem 2. Parteitag seiner Partei im September 1947, daß die Union die Blockpolitik lediglich als „eine der möglichen Formen für loyale Zusammenarbeit der Parteien in außerordentlicher Zeit“ betrachte, die sie künftig nur noch unter der Bedingung bejahe, daß allein Parteien politische Willensträger seien und die Blockpolitik von der SED nicht dazu mißbraucht werde, sich eine „ideologische und praktische Vorherrschaft zu sichern“[106]. Kaiser forderte, die CDU müsse zum „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen“[107] werden. Auch die inzwischen eher kooperationsbereite LDP-Führung drohte nach dem SED-Parteitag mit ihrem Austritt aus dem Block.[108] Wilhelm Külz erklärte, die LDP weigere sich, einem Block anzugehören, der das Ziel verfolge, „unter Führung der Arbeiterklasse den Kommunismus zu verwirklichen“[109].

104 Zit. b. DJILAS: Gespräche mit Stalin S. 195. Vgl. MEISSNER: Die sowjetische Deutschlandpolitik S. 466.
105 Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands S. 479.
106 Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der CDU S. 283.
107 „Neue Zeit“ vom 7. August 1947.
108 Vgl. „LDPD-Informationen“ 28/29 (1. und 2. Dezemberheft) 1947 S. 5.
109 LDPD-Informationen 1 1947 28/29 S. 5.

2.4. *Volkskongreßbewegung*

Zu einer weiteren Eskalation der Spannungen zwischen den Parteien kam es im Zusammenhang mit der sogenannten „Volkskongreßbewegung“, die SMAD und SED Ende 1947 mit dem Ziel in Gang setzten, vorparlamentarische Repräsentationsorgane für den sich bildenden Oststaat zu schaffen. Bei den Volkskongressen und ihren Ausschüssen handelte es sich um nicht demokratisch legitimierte Kongresse von Personen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Sie hatten die Aufgabe, Einfluß auf das Parteiensystem in der SBZ zu nehmen, und sollten die sowjetische Deutschlandpolitik auf der Londoner Außenministerkonferenz im November 1947 unterstützen.

CDU und LDP befanden sich in einer schwierigen Situation. Die Volkskongresse waren Bestandteil der Deutschlandpolitik der Besatzungsmacht, der gegenüber die Parteien zur Loyalität verpflichtet waren. Sie dienten aber zugleich der Etablierung eines nicht auf demokratischen Wahlen basierenden Separatstaates. Wenn CDU und LDP die Politik der Besatzungsmacht anerkannten, akzeptierten sie damit zugleich die wachsende Rolle der SED. Opponierten sie dagegen, konnte dies als Widerstand gegen die sowjetische Deutschlandpolitik interpretiert werden. So waren sie zur Aufgabe ihrer demokratischen Orientierung gezwungen, wollten sie als Parteien überleben. Die Anerkennung des Volkskongresses als Teil der sowjetischen Politik bedeutete eine Absage an die parlamentarisch-demokratischen Traditionen beider Parteien; eine Zustimmung stellte ihre Integrität und Glaubwürdigkeit direkt in Frage.

Während die LDP unter Wilhelm Külz der Einberufung eines 1. Deutschen Volkskongresses dennoch zustimmte, lehnte der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser das Vorhaben als undemokratisch und der deutschen Einheit schadend ab. Durch diese Weigerung zwang die CDU-Führung die SED erstmals, eine auf Gesamtdeutschland zielende sowjetische Initiative ohne die formelle Unterstützung aller Blockpartner zu ergreifen und stellte damit deren Glaubwürdigkeit offen in Frage. Für die Sowjets war das Anlaß genug, einen Wechsel in der Führungsspitze der CDU herbeizuführen. Dafür standen ihnen genügend kooperationsbereite CDU-Politiker zur Verfügung, die sich wie Otto Nuschke und die Mehrzahl der Landesvorsitzenden für eine Teilnahme am Volkskongreß aussprachen. Die SMAD setzte Jakob Kaiser und seinen Stellvertreter Ernst Lemmer ab und berief einen Koordinierungsausschuß der Landesvorsitzenden als neue interimistische CDU-Führung unter Hugo Hickmann und Otto Nuschke.[110]

Waren bisherige Absetzungen dieser Art in der SBZ von den westlichen Alliierten toleriert worden, ergab sich angesichts der politischen Gegensätze

110 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 32 f.

Anfang des Jahres 1948 eine neue Situation, da Kaiser seine Absetzung nicht akzeptierte und erklärte, als gewählter Vorsitzender vom britischen Sektor Berlins aus weiterarbeiten zu wollen. Kaiser konnte zu diesem Zeitpunkt bereits damit rechnen, als Symbolfigur einer unterdrückten CDU der SBZ im Westen anerkannt zu werden. Wie Kaiser oder Schumacher glaubten auch die Alliierten inzwischen nicht mehr an die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Sowjets. Franklin D. Roosevelts Utopie der „one world“ und einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der UdSSR war gescheitert. Im beginnenden Kalten Krieg diente Kaisers Anspruch, legitimer, weil gewählter Vorsitzender der CDU der SBZ zu sein, zugleich der sich entwickelnden Auffassung vom Weststaat als dem demokratischen „Kernstaat“ eines wiederzuvereinigenden Deutschlands.

Da Kaiser die Parteiarbeit fortsetzte, existierten nun in Berlin zwei konkurrierende Parteileitungen der CDU der SBZ und Berlins: der von den Sowjets abgesetzte Teil des Hauptvorstandes mit Sitz im britischen Sektor und der Koordinierungsausschuß mit Sitz im sowjetischen Sektor. Beide beanspruchten, als gewählte Mitglieder des Hauptvorstandes die legitime CDU-Führung zu vertreten.

2.5. *Scheitern gesamtdeutscher Parteiorganisationen von CDU und LDP und illegale Parteiarbeit 1948*

Die Berliner Gründerkreise von CDU und LDP waren 1945 mit dem Anspruch an die Öffentlichkeit getreten, Reichsparteien zu repräsentieren. Entsprechend richteten sich ihre Aktivitäten auch auf die Westzonen. Beide Parteien hatten ein existentielles Interesse an der deutschen Einheit, weil sie befürchteten, daß die Teilung Deutschlands zur Errichtung totalitärer Verhältnisse in der SBZ führen würde.

So bildete sich unter dem Drängen der LDP-Führung bis 1947 eine „Demokratische Partei Deutschlands“ (DPD). Theodor Heuß und Wilhelm Külz waren gleichberechtigte Vorsitzende, und die Mitgliedsparteien führten neben dem gemeinsamem Namen in den Ländern und Zonen auch ihre alten Bezeichnungen weiter.[111] Der 1947 eskalierende Konflikt zwischen der UdSSR und den Westmächten beeinträchtigte die Zusammenarbeit erheblich. Die Bereitschaft der LDP-Führung, sich am sowjetisch gesteuerten Volkskongreß zu beteiligen, führte schließlich zum schnellen Verfall der organisatorisch kaum entwickelten DPD und zur Trennung der Liberalen in Ost und West.[112] Maßgeblichen Einfluß auf die Trennung hatte der Ausschluß des Landesverbandes Berlin unter Carl Hubert Schwennicke aus dem Gesamtverband der LDP und die Neubildung eines Ost-Berliner LDP-Verbandes. Angesichts der Zustimmung

111 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 145 f.
112 Vgl. DÄHN: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 552.

der LDP zum Volkskongreß und der Teilung des Landesverbandes Berlin beschlossen die westlichen Parteiverbände den Abbruch der Beziehungen zur LDP der SBZ. Die Berliner Liberalen unter Schwennicke lösten sich im Februar 1948 von der LDP und schlossen sich der westdeutschen F.D.P. an. Eine Tagung der westlichen Verbände am 18. Januar 1948 brachte das Ende der DPD.[113]

Auch die CDU verstand sich seit ihrer Gründung als Reichspartei. Andreas Hermes organisierte noch kurz vor seiner Absetzung im Dezember 1945 ein Reichstreffen in Bad Godesberg, das die Bildung eines interzonalen Verbindungsbüros mit Sitz in Frankfurt am Main beschloß. Im Frühjahr 1947 entstand daraus die „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU“ als gesamtdeutsche Organisationsklammer der Unionsverbände aller Zonen und Berlins. Nach der Absetzung Kaisers und der Wahl Nuschkes zum neuen Vorsitzenden brachen die westlichen Unionsverbände den Kontakt zur CDU in der SBZ im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU“ mit der Begründung ab, das Votum sei nicht demokratisch zustande gekommen. Kaiser sei auch weiterhin als demokratisch legitimierter CDU-Vorsitzender der SBZ anzusehen, dem allein das Recht zustehe, die Gesamtunion in der SBZ und Berlin zu repräsentieren. Wie bei der LDP spielte bei der Entscheidung die Teilung des Berliner Landesverbandes der CDU und der Ausschluß des gewählten Berliner CDU-Vorsitzenden, Walther Schreiber, von den Sitzungen der CDU der SBZ eine gewichtige Rolle.[114]

Die Folge der programmatischen und organisatorischen Auseinanderentwicklung der Schwesterverbände in Ost und West relativierte schnell die Bedeutung der verbliebenen Gemeinsamkeiten. Die Anstrengungen der Parteien der SBZ, gegenüber den westlichen Verbänden zu demonstrieren, daß sie auch weiterhin demokratische Prinzipien vertreten, konnten die polarisierende Entwicklung nicht bremsen. Die westlichen Parteien mußten ihre Solidarität verweigern, wollten sie nicht selbst zum Spielball sowjetischer Interessen werden. Wie vor ihnen die SPD sahen sie sich nun in gesamtdeutscher Verantwortung und organisierten vom Westen aus eine illegale Widerstandsarbeit der Parteigliederungen gegen die entstehende Diktatur.

CDU und LDP in der SBZ waren völlig auf sich selbst gestellt, wodurch sich ihre Transformation noch beschleunigte. Sie waren dem Zugriff der SMAD und der SED schutzlos ausgeliefert und wurden zudem für die illegale Parteiarbeit mitverantwortlich gemacht, die nach dem Vorbild der SPD in der gesamten SBZ entstand.

Die SPD hatte bereits zum ersten Volkskongreß 1947 Tausende von Plakaten geklebt. Sie verbreitete eine illegale Zeitung mit dem Kopf eines SED-Blattes,

113 Vgl. KOCH/MÜLLER/STARITZ/SUCKUT: Versuch und Scheitern S. 103.
114 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 126 f. u. 131–155.

verschickte Rundbriefe mit offiziellem SPD-Parteikopf und verfügte über ein Netz illegaler Gruppen, deren Einfluß bis in höchste SED-Kreise reichte.[115] Ab Sommer 1948 begannen auch CDU und LDP von den Westzonen aus eine illegale Widerstandsarbeit in der SBZ zu organisieren. Die Ortsgruppen, die sich gegen den Kurs der neuen Parteiführungen aussprachen, fanden sich immer mehr in der Situation, daß ihre Parteiarbeit durch die SMAD kriminalisiert wurde. Die bisher normale Parteiarbeit wurde durch die sich verändernden politischen Bedingungen in die Illegalität gedrängt. Dementsprechend richteten sich die zahlreichen Prozesse, mit denen die Sowjetischen Militärtribunale gegen illegale Gruppen vorgingen, oft gegen normale Ortsverbände der SPD, CDU und LDP, die nicht bereit waren, sich dem politischen Kurs der SMAD zu fügen. 1948 wirkten zahlreiche Widerstandsgruppen in der SED, den bürgerlichen Parteien, Massenorganisationen, der Volkspolizei, in Sportklubs und in den Kirchen, die die Errichtung demokratischer Verhältnisse in der SBZ und die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel hatten. Viele Gruppen arbeiteten mit westlicher Unterstützung; einige hielten Kontakt zu antikommunistisch-demokratischen Bewegungen in den anderen „Volksdemokratien“ oder zu den Geheimdiensten der westlichen Alliierten. Die CDU-Gruppen wurden seit deren Gründung 1950 von der Exil-CDU der SBZ unter Vorsitz Jakob Kaisers angeleitet,[116] die Koordinierung der liberalen Widerstandsgruppen lag in den Händen des F.D.P.-Vorstandes.

2.6. *Widerstand von CDU und LDP gegen den Führungsanspruch der SED und Ende der Blockarbeit Anfang Februar 1948*

Aber nicht nur von den westlichen Parteiorganisationen kam Widerstand gegen die Entwicklung in der SBZ. Auch die Führungen von CDU und LDP in der SBZ wehrten sich weiterhin energisch gegen den seit Anfang 1948 immer deutlicher erhobenen Führungsanspruch der SED. Im Februar 1948 beendeten sie deswegen ihre Zusammenarbeit mit der SED im Zentralen Block. In der Zeit vom 13. Februar bis 5. August 1948 trat dadurch der Zentrale Blockausschuß in Berlin nicht mehr zusammen. Auch auf regionaler und lokaler Ebene kam es zu Unterbrechungen der Blocksitzungen.[117]

Auf der vorläufig letzten Sitzung am 13. Februar 1948 traten die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und LDP einerseits und der SED andererseits noch einmal klar zutage. So sehr die Vertreter der bürgerlichen Parteien auch zur Zusammenarbeit und zu Konzessionen bereit waren, die Auffassungen der SED über die weitere Entwicklung stießen „auf

115 Vgl. SPANGER: Die SED S. 51. Vgl. Bericht Dresden. 5. Februar 1948 (BA NL Kaiser 51).
116 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 263–284.
117 Vgl. SUCKUT: Blockpolitik S. 248.

Unverständnis und strikte Ablehnung“[118]. Die Kritik betraf vor allem den Versuch der SED, mit Hilfe der SMAD „Führungs- und Totalitätsansprüche anzumelden und in die Tat umzusetzen, d. h. die Gleichberechtigung der übrigen Parteien zu verneinen“[119].

Nach der Anerkennung der Volkskongreßbewegung als Instrument der sowjetischen Besatzungsmacht bekundeten CDU und LDP durch ihre Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der SED im Zentralen Block, daß ihre Loyalität gegenüber der SMAD nicht die Akzeptanz der von der SED beanspruchten Führungsrolle einschloß. Wenige Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur existierten in CDU und LDP lebendige demokratische Traditionen, die dazu führten, daß viele Mitglieder und Funktionäre dieser Parteien nicht willens waren, eine neue Diktatur widerstandslos hinzunehmen. Anders als die öffentliche Polemik der westlichen Parteiorganisationen weismachen wollte, profilierten sich die angeblich längst gleichgeschalteten Parteien noch einmal als aktive Opposition und drohten das Blockprinzip als Form kommunistischer Alleinherrschaft zu sprengen. Die SMAD sah dadurch und durch die fortwährende starke Präsens von CDU und LDP in den Parlamenten der SBZ den Führungsanspruch der SED gefährdet. Noch immer verfügten CDU und LDP in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie in zahlreichen Kreis- und Kommunalparlamenten über teilweise erhebliche Mehrheiten, die sie nutzten, um deutlich gegen den Führungsanspruch der SED und ihr unparlamentarisches, oft radikales Verhalten zu protestieren.

Der provisorische Vorstand der LDP versuchte nach dem Tod von Külz im April 1948, die LDP in eine offene Oppositionshaltung zur SED zu bringen. Ein Austritt aus dem Block wurde ebenso erwogen wie die Selbstauflösung der Partei. Wie die CDU standen die Liberalen vor der Alternative, den Weg der Transformation zur Blockpartei der SED oder den Weg des Widerstandes gegen die Errichtung der Diktatur zu gehen. Auch die CDU-Führung unter Hugo Hickmann und Otto Nuschke versuchte, der Errichtung einer kommunistischen Diktatur in der SBZ und der Bildung eines östlichen Separatstaates Einhalt zu gebieten. Dabei unterschieden die führenden Politiker beider Parteien sehr genau zwischen unumstößlichen, von der Besatzungsmacht angeordneten Gegebenheiten, die sie wie den Volkskongreß akzeptierten und auf das Konto der SMAD schrieben, und Aktionen, die sie der SED anlasteten. Während sie die Maßnahmen der Besatzungsmacht aus Mangel an Alternativen akzeptierten, kritisierten sie zugleich entschieden die Ansprüche und das restriktive Vorgehen der SED. Die CDU-Führung erklärte seit Anfang des Jahres 1948 freie Wahlen zur Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit. In diesem Sinne instruierte sie alle Parteigliederungen und untersagte die Beteiligung an Maßnahmen, die gegen freie Wahlen gerichtet waren. In allen

118 Sitzung vom 13. Februar 1948 (Regeste). In: SUCKUT: Blockpolitik S. 248.
119 „Union teilt mit“ vom 9. September 1948 S. 5.

Parlamenten der SBZ kritisierten CDU und LDP die Vormachtstellung der SED sowie zahlreiche Gesetzesanträge der SED und forderten die Einhaltung parlamentarischer Regeln. Vertreter beider Parteien wandten sich gegen den Zweijahresplan der SED und den damit verbundenen Anspruch, Plan des ganzen Volkes zu sein. Die CDU stellte als Gegenplan ein eigenes Wirtschafts- und Sozialprogramm auf. Auch die LDP arbeitete an ihrem Programm, um sich stärker als eigenständige politische Kraft zu profilieren.

Die Tatsache, daß die Vertreter von CDU und LDP den Führungsanspruch der SED offen in Frage stellten, führte der SMAD klar vor Augen, daß die Alleinherrschaft der SED nur auf dem Weg radikaler Veränderungen von CDU und LDP und des gesamten Parteiensystems möglich war. Dazu bedurfte es einer verstärkten personellen Unterwanderung der Parteien sowie der Unterstützung der bereits etablierten prokommunistischen Kräfte, die „mit aktiver Hilfe der SED“[120] und der SMAD immer massiver in die Führungen der Parteien lanciert wurden. Auch in der SED kam es zu einer grundsätzlichen Neubestimmung der innenpolitischen Funktion der Block-Kooperation.[121]

3. *Die Veränderung des Parteiensystems angesichts der Dominanz der sowjetischen Separatstaatsoption ab Sommer 1948*

3.1. *Gründung von NDPD und DBD*

Um die avisierte Veränderung der Blockarbeit, der Rolle und des Profils der bürgerlichen Parteien zu erreichen sowie deren noch vorhandene Mehrheiten in zahlreichen Parlamenten zu beseitigen, beschloß die SMAD die Gründung von zwei weiteren Parteien. Ihre Aufgabe sollte es sein, CDU und LDP zu schwächen, ihnen Mitglieder- und Wählerpotentiale zu entziehen und auf diesem Wege zur angestrebten grundsätzlichen Änderung der Mehrheitsverhältnisse in allen Parlamenten und im politischen sowie gesamten offiziellen gesellschaftlichen Leben der SBZ zu kommen. Außerdem plante die SMAD, die anstehenden Wahlen mit Hilfe der neuen Parteien zu verschieben. Mit Hilfe der NDPD sollten darüber hinaus national gesinnte Kreise aller Zonen für die sowjetische Deutschlandpolitik gewonnen werden.[122] Da bereits im Herbst 1948 Gemeindewahlen stattfinden sollten, stand die SMAD unter Zeitdruck. Wegen der wachsenden Unbeliebtheit der SED kamen ihr Wahlen äußerst ungelegen. Zu Recht befürchteten sie eine Niederlage der SED, die ihre

120 Gemeinsam zum Sozialismus S. 99.
121 Vgl. SUCKUT: Zu Krise S. 683.
122 So auch DIRKSEN: Bürgertum auf dem Marsch S. 378.

gesamte Deutschlandpolitik desavouiert hätte. Mit dem Hinweis auf neugegründete Parteien ließ sich eine Verschiebung der Wahlen am glaubwürdigsten durchsetzen.

Die wichtigste Funktion von NDPD und DBD bestand jedoch in der langfristigen Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien. Um die Politik der SMAD und SED kritiklos umzusetzen, sollten sich die neuen Parteien in ihrer Organisationsstruktur, Programmatik und Arbeitsweise völlig von den bürgerlichen Parteien unterscheiden. Als „schichtenspezifische Transmissionsparteien“[123] hatten sie für die SMAD gleichzeitig Modellcharakter für die angestrebte Deformierung von CDU und LDP zu „kleinbürgerlich-demokratischen Parteien“.[124]

Bereits Ende 1947 beschloß die SMAD die Bildung einer bäuerlichen und einer „nationaldemokratischen“ Partei.[125] Es folgten Beratungen mit der SED-Führung, die in der Gründung loyaler Bündnispartner ebenfalls den einzig erfolgversprechenden Weg sah, ihre Pläne der Alleinherrschaft trotz Parteienvielfalt zu verwirklichen.[126] Seit dem Frühjahr 1948 beschleunigten SMAD und SED die Vorbereitungen. Mit Hilfe der SED-Kaderabteilungen wurden zuverlässige, aber weniger bekannte Kommunisten ausgesucht, die ihre SED-Mitgliedschaft formal niederlegten und in anderen Gegenden der SBZ zum Einsatz kamen. Hier bildeten sie den Grundstamm der neu zu schaffenden Parteien. Am 16. und 18. April 1948 kündigten Ulbricht und Pieck erstmals öffentlich die Erweiterung des bestehenden Parteiensystems an.[127] Die Bildung der NDPD wurde mit der angeblich fehlenden Anziehungskraft der bestehenden Parteien auf jene Personengruppen begründet, „die zwölf Jahre politisch ganz anders dachten, in der jetzigen weltpolitischen Auseinandersetzung sich nicht zurechtfinden und im neuen, fortschrittlichen demokratischen Deutschland nicht warm werden können“[128].

NDPD: Gemeinsam hatten SMAD und SED überlegt, wie man die ehemaligen Nationalsozialisten an der Seite der SED gegen die demokratischen Kräfte in der CDU und LDP mobilisieren könnte. Kleinster gemeinsamer Nenner war die antidemokratische Gesinnung von Nationalsozialisten und Kommunisten. SMAD und SED beschlossen, eine scheinbar nationale Partei ins Leben zu rufen, die völlig unter kommunistischer Kontrolle stehen und ehemaligen Nationalsozialisten die Möglichkeit geben sollte, sich gemeinsam mit der SED an der Schwächung der demokratischen Kräfte und der Etablierung

123 STARITZ: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953 S. 17.
124 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 164. Vgl. SCHNEIDER/AUTORENKOLLEKTIV: Zur Entwicklung S. 42.
125 Nach Unterlagen des Archivs des Ostbüros der SPD. Akte NDPD – 0372 –. Zit. n. STARITZ: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953 S. 42.
126 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 100.
127 Vgl. LEONHARD: Die Revolution S. 396.
128 „Neues Deutschland“ vom 30. April 1948.

einer neuen Diktatur zu beteiligen. Den meisten Mitgliedern waren diese Implikationen freilich unbekannt. Sie suchten lediglich nach Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Mitarbeit unter den gegebenen Bedingungen.

Der vormals aktive, politisch ansprechbare und zur Mitarbeit bereite Teil der rund zwei Millionen ehemaligen Mitglieder der NSDAP in der SBZ hatte sich bisher kaum artikulieren dürfen. Nur die SED hatte einen Teil der ehemaligen Nazis aufgenommen. Für CDU und LDP hingegen war die Aufnahme untersagt. Auch weiterhin wollten SMAD und SED verhindern, daß sich viele ehemalige Nazis den beiden Parteien anschlossen. Die meisten ehemaligen Mitglieder der NSDAP konnten wegen ihrer zwar demokratiefeindlichen, aber auch strikt antikommunistischen Haltung jedoch kaum direkt für die Politik der SED gewonnen werden. Ihre ablehnende Haltung wurde noch dadurch verstärkt, daß bis 1947 mehrere zehntausend „Ehemalige“ in den sowjetischen Sonderlagern der SBZ sowie im sowjetischen GULag durch Hunger und Entkräftung vernichtet wurden.[129]

Mit dem Befehl Nr. 35 der SMAD vom 26. Februar 1948, der die Beendigung der Entnazifizierung anordnete, erhielten sie nun überraschend das Recht, sich in allen politischen Parteien zu betätigen. Im Vorspruch des Befehls hieß es, nach Gründung der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ könnten frühere Nazis, sofern sie „durch ehrliche Arbeit sühnen, zum demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau“[130] herangezogen werden. Der Befehl Nr. 35 wurde eigens dafür erlassen, „das Terrain für die geplante Gründung der National-Demokratischen Partei vorzubereiten“[131]. Die SMAD lizenzierte der NDPD Plakate mit der Aufschrift „Gegen den Marxismus – für die Demokratie“, für die CDU und LDP niemals eine Erlaubnis erhalten hätten.[132] Die Finanzierung der Partei lag bis zur Gründung der DDR in den Händen der sowjetischen Besatzungsmacht, danach wurde sie von der SED übernommen.[133]

Für die Gründung der NDPD standen den Sowjets genügend ehemalige sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung, die sich dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ oder dem „Bund deutscher Offiziere“ angeschlossen hatten. Diese Gruppe wurde ergänzt durch Kommunisten wie Lothar Bolz. Nach außen ließ die SMAD jedoch ehemalige Generäle und Offiziere der Wehrmacht hervortreten: so vor allem die Generäle Vincenz Müller, Otto Korfes und Arno von Leski sowie die Obristen Wilhelm Adam, Heinrich Homann und Egbert von Frankenberg und Proschlitz. Die Namen der Generäle und Offiziere waren den Sowjets wichtig, weil sie aus der NDPD ehemalige

129 Vgl. FINN: Die politischen Häftlinge S. 11–51.
130 Vgl. Zentralverordnungsblatt . . . der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland 7 1948 S. 88.
131 RÜHMLAND: Ulbrichts Bürgerfalle S. 73.
132 Vgl. BLOCH: Zwischen Hoffnung S. 125.
133 Vgl. RÜHMLAND: Ulbrichts Bürgerfalle S. 75.

Berufsoffiziere und -soldaten als Kader für den Aufbau der „Kasernierten Volkspolizei“ gewinnen wollten.

Am 22. März 1948, zwei Monate vor der offiziellen Gründung der NDPD, erschien erstmalig die National-Zeitung. Am 21. April 1948 trat ein „Gründungsausschuß“ der NDPD zusammen, dem die SMAD am 16. Juni 1948 die Zulassung erteilte. Den Vorsitz der NDPD übernahm Lothar Bolz, der bis zu seiner Emigration in die Sowjetunion im Jahre 1933 Mitglied der KPD und danach der VKP (B)[134] war. Um die Entwicklung der NDPD zu fördern, erschien die Tägliche Rundschau, die Zeitung der SMAD für die deutsche Bevölkerung, nach dem 25. Mai 1948 mit der National-Zeitung als Werbeeinlage.

Mit der Gründung der NDPD schuf die SMAD eine Partei, die den kommunistischen Alleinherrschaftsanspruch von Anfang an bejahte und sich dennoch nach außen antimarxistisch gebärdete.[135] So erklärte Bolz, die NDPD lehne es ab, ihren Weg nach dem von der SED empfohlenen Sozialismus auszurichten.[136] Am 22. Juni 1948, sechs Tage nach ihrer Zulassung, beantragte die NDPD wie vorgesehen die Verschiebung der anstehenden Kommunalwahlen.

Bei CDU und LDP stieß die Gründung der NDPD auf Widerstand. Otto Nuschke machte auf die Gefahren eines Vielparteiensystems aufmerksam. Der Morgen, das Blatt der LDP, berichtete über gescheiterte Gründungsversammlungen und zählte ehemalige SED-Mitglieder auf, die an der Konstituierung der NDPD beteiligt waren. Einige LDP-Ortsverbände versuchten, Gründungsversammlungen der neuen Partei zu sprengen. In Thüringen gingen LDP-Mitglieder in Veranstaltungen der NDPD und informierten dort über die Subventionierung der Partei durch die Sowjets.[137]

Am 30. Juli 1948 wurde die NDPD in den Deutschen Volksrat, am 7. September 1948 in den Zentralen Blockausschuß aufgenommen. Nach der Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission im November 1948 nahmen drei Vertreter der NDPD im Präsidium Platz. Bei der Konstituierung des Volksrates als Provisorische Volkskammer der DDR wurden ihr 17 Plätze zugewiesen. NDPD-Vorsitzender Lothar Bolz wurde Minister für Aufbau. Ohne demokratische Legitimation und nennenswerte Mitgliederschaft erreichte die NDPD fast denselben Status wie CDU und LDP.[138]

DBD: Auch die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) wurde von Kommunisten gegründet. Ihre Gründung zielte vor allem auf die Schwächung der bürgerlichen Parteien auf dem Lande. Die Positionen von CDU

134 Der späteren KPdSU.
135 Vgl. KOPP: Die „National-Demokratische Partei Deutschlands“.
136 Vgl. „National-Zeitung“ vom 4. September 1948.
137 Vgl. STARITZ: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953 S. 66.
138 Vgl. EBD. S. 577 f.

und LDP waren besonders in den ländlichen Regionen sehr stark, in denen die sogenannten „Altbauern“ dominierten. Diese Dominanz blieb nicht ohne Einfluß auf die personelle Besetzung der Gemeinderäte und der Vorstände der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB), in denen die SED ständig an Einfluß verlor. Immer mehr wichtige Funktionen der VdgB fielen der CDU zu. Bei den 1948 anstehenden Kommunalwahlen hätten CDU und LDP voraussichtlich auch in der Mehrzahl der ländlichen Gemeindevertretungen eine Stimmenmehrheit erhalten. Mit einer vorwiegend in ländlichen Gebieten beheimateten „Partei des Dorfes“[139] sollte daher eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in den von CDU und LDP majorisierten Parlamenten, Regierungs- und Verwaltungsorganen der Gemeinden und Kreise zugunsten der SED erreicht werden.

Wollte die SMAD das Vordringen von CDU und LDP in den ländlichen Bereichen stoppen, mußte sie schnell handeln. „Auf Drängen demokratischer Kreise des Mittelstandes“[140] genehmigte die SMAD daher am 16. Juni 1948 neben der NDPD zugleich auch die DBD.

In den Monaten Mai bis Juni 1948 entstanden in allen Ländern der SBZ Kreis- und Landesgründungsausschüsse der DBD.[141] Am 26. Mai 1948 konstituierte sich, obwohl erst ein einziger Landesverband (Mecklenburg) lizenziert war, in der Stadt Brandenburg ein provisorischer Zentralvorstand unter Vorsitz von Ernst Goldenbaum, der am 2. Juni 1948 bei der SMAD eine Zulassung der DBD für die SBZ beantragte. Im Juli 1948 erfolgte die Bildung eines Parteivorstandes und die Bildung von Landesvorständen, die von sich aus Kreis- und Ortsvorstände einsetzten. Die DBD, die wie die NDPD „von oben nach unten“ konstruiert war, hatte zunächst keine Mitglieder.[142] Sie warb ab Sommer 1948 vor allem unter den parteilosen Bauern und CDU-Mitgliedern der ländlichen Bereiche der SBZ. Dabei machte sie im Gegensatz zur NDPD keinen Hehl aus ihrer prokommunistischen Haltung.[143] Wie für die National-Zeitung der NDPD warb die Tägliche Rundschau auch für das Bauern-Echo der DBD, indem es den Beziehern des SMAD-Blattes eine Zeitlang gratis mitgeliefert wurde. Die SMAD finanzierte die DBD von Anfang an, überprüfte die Eignung und politische Zuverlässigkeit der Parteifunktionäre und traf alle Personalentscheidungen.[144] Der SED erteilte sie den Auftrag, geeignete Kader zur Verfügung zu stellen. Die SED griff bei der Auswahl in erster Linie auf Funktionäre aus den eigenen Reihen zurück, die den Parteiauftrag erhielten, aus der SED auszutreten, die Bauernpartei zu gründen, Funktionen darin zu

139 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 102.
140 Zit. b. RÜHMLAND: Ulbrichts Bürgerfalle S. 74.
141 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 104.
142 Vgl. Bericht: Sondersitzung der „Demokratischen Bauernpartei“ am 5. September 1949 (ACDP I-238–002/1).
143 Vgl. WOLFGRAMM: Zu Fragen des Bündnisses S. 515.
144 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 136 f.

übernehmen und die gesamte Parteiarbeit und -organisation in Absprache mit der SED zu gestalten.

Auf seiner ersten Sitzung am 10. Juli 1948 in Weimar äußerte der Zonenvorstand der DBD sich erstmals zur innenpolitischen Situation. Die Parteiführung faßte eine Entschließung zum SED-Zweijahresplan, den sie als geeignete Maßnahme für den „Aufstieg aus eigener Kraft“ und zur „Hebung der Landwirtschaft“ begrüßte. In einer weiteren Resolution erklärte die DBD ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Volkskongreßbewegung. Die 1. Parteikonferenz der DBD, die am 16. und 17. Juli 1948 in Schwerin stattfand, bestätigte die organisatorischen und programmatischen Grundlagen für den Aufbau der Partei und billigte einen an die SMAD gerichteten Antrag auf Verschiebung der anstehenden Wahlen. Von allen Parteigliederungen ergingen nun ähnliche Resolutionen an die zuständigen Besatzungsbehörden.

Am 24. August 1948 gab die SMAD unter Berufung auf die Gesuche von DBD und NDPD sowie einiger Massenorganisationen die Verschiebung der Gemeindewahlen auf den Oktober 1949 bekannt. Zu diesem Zeitpunkt sollten sie zusammen mit den dann fälligen Kreis- und Landtagswahlen durchgeführt werden.

Am 18. Juli 1948 trat die DBD mit „Grundsätzen und Forderungen“[145] an die Öffentlichkeit, in denen sie sich offen zum Bündnis mit der SED bekannte und die politische und gesellschaftliche Integration der Bauern in das entstehende kommunistische System als eines ihrer wichtigsten Ziele bezeichnete.

LDP und CDU bewerteten auch die Gründung der neuen Bauernpartei als gegen sie gerichtete Maßnahme. Die LDP erklärte, es sei „nicht schwer zu erkennen, was hinter der Forderung nach einer Bauernpartei steht“. Die LDP habe keine Veranlassung, diese Bestrebungen zu unterstützen.[146] Die CDU-Führung meinte, mit der DBD würden Ziele verfolgt, die mit dem Wesen des Bauerntums nichts zu tun hätten. Eine Ständepartei sei überholt, und die Bauern seien in der CDU besser aufgehoben.[147] Der CDU-Vorsitzende Otto Nuschke erklärte, es wäre besser gewesen, den Entscheidungs- und Bewegungsspielraum der bereits bestehenden Parteien zu vergrößern.[148] Er forderte damit genau das, was SMAD und SED um jeden Preis verhindern wollten.

145 „Bauern-Echo“ vom 18. Juli 1948.
146 LDPD-Informationen. 1. Mai-Heft 1948.
147 „Union teilt mit“ vom August 1949 S. 12 f.
148 Vgl. „Union teilt mit“ vom Mai 1948 S. 4.

3.2. *Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ und Wende in CDU und LDP ab Sommer 1948*

Mitte des Jahres 1948 vertiefte sich die Teilung Europas und Deutschlands weiter. Die Londoner Empfehlungen der Westmächte veranlaßten die UdSSR, ihren Machtbereich noch stärker abzugrenzen. Mit der Blockade der Berliner Westsektoren versuchten sie zugleich, ihren Einflußbereich zu stabilisieren und zu erweitern. In Ungarn und der Tschechoslowakei wurden nach sowjetischer Regie die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zwangsvereinigt. Damit waren in allen sowjetisch besetzten Staaten Europas die wesentlichen oppositionellen Kräfte ausgeschaltet, und die Kommunisten kamen unter dem Schutz sowjetischer Waffen an die Macht.[149]

Auf Drängen der sowjetischen Regierung mußten alle kommunistischen Parteien Mittel-, Ost- und Südosteuropas ihre bis dahin verfolgten „eigenen Wege zum Sozialismus“ aufgeben und sich auch äußerlich vollständig der Parteidoktrin der KPdSU unterordnen. Das sowjetische Herrschaftsmodell wurde allgemein verbindlich.

Vor diesem Hintergrund ließ die UdSSR die Regierungen der sowjetisch besetzten Staaten am 14. Juni 1948 in Warschau beschließen, durch den Volksrat die Bildung einer Regierung und die Integration der SBZ in den sich bildenden Ostblock vorzubereiten.[150] Der Volksrat bezeichnete sich daraufhin als oberstes Organ der „Volkskongreßbewegung“ und zur „berufenen Repräsentation für ganz Deutschland“. Ein vom Volksrat eingesetzter Arbeitsausschuß legte einen Verfassungsentwurf vor, der im Oktober 1948 einstimmig angenommen wurde. Zugleich mit der Blockade der Westsektoren Berlins betonte Grotewohl auf der 11. Tagung der SED am 29. Juni 1948, die SED werde sich in Zukunft eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren haben. Ulbricht erklärte: „Setzen wir an die Stelle des Wortes ’Rußland’ das Wort ’Deutschland’, dann haben wir haargenau die Kennzeichnung der Situation, in der wir heute leben.“[151] Die SED gab ihren Zweijahresplan bekannt und kündigte an, als „Partei neuen Typus“ ihre führende Rolle in Staat und Wirtschaft durchzusetzen.[152] Mit der Erklärung waren die Grundsätze des Vereinigungsparteitages aus dem Jahre 1946 definitiv aufgehoben.[153] In einer Situation, in der ihre Minorität bei freien Wahlen offenkundig geworden wäre, behauptete die SED, die Mehrheit des Volkes zu vertreten und erhielt von den Sowjets immer mehr politische Macht übertragen. Als CDU und LDP gegen den Anspruch der SED opponierten, bezeichnete Ulbricht die beiden Parteien

149 Vgl. HACKER: Der Ostblock S. 413.
150 Vgl. HELLER: Entwicklung S. 14. Vgl. GOROSCHKOWA: Die deutsche Volkskongreßbewegung S. 87.
151 ULBRICHT: Zweijahresplan S. 138.
152 Vgl. BADSTÜBNER/HEITZER: Die DDR in der Übergangsperiode S. 97.
153 Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 497.

als Unterschlupf der „Reaktion“ und erklärte, daß es angesichts ihrer Haltung „kein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus“[154] geben werde. Wie ernst dies gemeint war, wurde durch die ständigen, zahllosen Verhaftungen demokratischer Kräfte beider Parteien dokumentiert.[155]

Nachdem die SED mit den Beschlüssen der 11. Tagung des Zentralsekretariats am 3. Juli 1948 ihren Führungsanspruch noch einmal bekräftigt hatte, protestierten CDU und LDP erneut und wiesen den Anspruch der SED kategorisch zurück. Für die CDU erklärte Hickmann, die SED sei „weit über die Grenze hinausgegangen, die der politisch gute Geschmack auch jedem Parteimann gebieten sollte“. Die CDU müsse der SED nun „ein offenes ’Stopp’ entgegensetzen“; man werde sich keine neue Diktatur gefallen lassen.[156]

In den Führungen von CDU und LDP wurde von Anfang an konstatiert, daß der Umbau der SBZ-Gesellschaft von zahlreichen Maßnahmen begleitet war, die beide Parteien nicht billigen konnten. Ihre Einbindung in den Block und die befohlene Loyalität gegenüber der kommunistischen Besatzungsmacht als Grundlage jeder politischen Betätigung in der SBZ erschwerte ihnen jedoch, gegen die Entwicklung zu opponieren. In dem Maße aber, in dem die SED ihre Konzeption für die weitere sozialökonomische Umgestaltung der SBZ und damit für die Zukunft der Bündnispolitik konkretisierte,[157] konnten die Vorstände von CDU und LDP absehen, daß ihre „hemmend-modifizierende Teilnahme“[158] die Entwicklung zur kommunistischen Diktatur nicht wesentlich behinderte. Daher verzichteten sie auf taktische Rücksichtnahmen gegenüber der SED und suchten im Interesse von Demokratie und deutscher Einheit die Auseinandersetzung. Beide Parteien zogen eine endgültige Aufhebung der Blockpolitik in Erwägung und verhandelten miteinander über die Koordinierung der weiteren Vorgehensweise gegen die SED.[159] Daraufhin bezeichnete Grotewohl die SED als „Avantgarde der deutschen Arbeiterschaft“ und begründete den Führungsanspruch der SED damit, daß CDU und LDP „nicht fähig“[160] seien, produktionssteigernden Einfluß auf die Arbeiter auszuüben. Zu den verbalen Angriffen der SED kamen ständig weitere Verhaftungen von Mitgliedern der CDU und LDP. So wurde im Juli 1948 der Vorsitzende der LDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Hermann Becker, verhaftet. Überall wurden LDP-Politiker zum Rücktritt gezwungen. Viele flüchteten in den Westen, so z. B. der brandenburgische Finanzminister Walter Kunze, der erste

154 ULBRICHT: Der deutsche Zweijahresplan S. 35.
155 Vgl. FRICKE: Opposition S. 59.
156 „Neue Zeit“ vom 6. und 14. Juli 1948.
157 Die 11. Tagung des Parteivorstandes der SED am 29./30. Juni 1948 nahm die Vorschläge für den Halbjahresplan 1948 und für den Zweijahresplan 1949/50 an. Vgl. MÜLLER, Hans: Auf dem Wege S. 98.
158 STARITZ: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953 S. 41.
159 Vgl. „Der Tag“ vom 15. Juli 1948.
160 Otto Grotewohl am 15. Juli 1948 in Suhl. In: Dokumentation des Informationsbüros West S. 76.

Stellvertreter des Landesverbandes Thüringen der LDP, Alphons Gaertner oder der thüringische Finanzminister Leonhard Moog.

Ulbricht kündigte die Entfernung der „reaktionären Elemente in den bürgerlichen Parteien“ an, die „formal-demokratische Verhältnisse“ anstrebten. Eine wesentliche Aufgabe des Staates müsse in Zukunft die „Niederhaltung dieser Kräfte“[161] sein. Der Vizepräsident der Zentralverwaltung für Inneres, Erich Mielke, sagte den „Feinden der Demokratie, Agenten, Schumacherleuten, Spionen, Saboteuren“[162] in der Verwaltung den Kampf an. Zugleich beschloß die SED eine weitere Stärkung der Massenorganisationen, um den Einfluß von CDU und LDP weiter zu reduzieren und betonte ihren Führungsanspruch im Block, in dem es „keine Koalitionspolitik alten Stils“[163] geben dürfe. Ein Vorfall in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung kennzeichnete die Stimmung. Hier riefen die SED-Abgeordneten den Mandatsträgern der CDU und LDP zu, sie würden „sowieso bald abgeholt“[164], dann könne die SED machen, was sie wolle.

Ab Sommer 1948 verfolgte die sowjetische Führung offen das Ziel, die SED nach dem Vorbild der VKP (B) umzuformen. Ziel der Aktion war es, die SED auf ihre Rolle als Staatspartei des geplanten Oststaates vorzubereiten. Am 29. Juli 1948 beschloß der SED-Parteivorstand in diesem Zusammenhang die „Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen“. Parteimitglieder, die sich weigerten, die Entwicklung zur Diktatur mitzutragen, wurden ausgeschlossen oder strafrechtlich verfolgt. Mitte des Jahres 1948 kam es zur Entlassung von Tausenden früheren SPD-Mitgliedern aus der öffentlichen Verwaltung und aus dem SED-Apparat.[165] Viele von ihnen verschwanden oft für immer in den Zuchthäusern und sowjetischen Sonderlagern in der SBZ, andere wurden in die UdSSR deportiert, wo zu diesem Zeitpunkt über zehn Millionen Menschen in kommunistischen Arbeitslagern vegitierten.

Im September 1948 verwarf die SED-Führung endgültig das Konzept des 1946 propagierten „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ und übernahm das sowjetische Modell. Anton Ackermann übte Selbstkritik und erklärte, die Theorie vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ sei eine Konzession an „antisowjetische Stimmungen“ gewesen und jetzt als Abgrenzung von der Sowjetunion strikt zu bekämpfen.[166]

Ohne daß die SED von ihrem Führungsanspruch abgerückt war, kam es am 5. August 1948 erstmals seit dem 13. Februar 1948 wieder zu einer Sitzung des Zentralen Blocks,[167] bei der die Fortsetzung der Blockpolitik sowie die

161 ULBRICHT: Die Entwicklung S. 128 f. u. 133.
162 MIELKE. Zit. in: Geschichte des Staates und des Rechts 1 S. 159.
163 „Neues Deutschland“ vom 27. Juli 1948.
164 Zit. b. STÖßEL: Positionen 1 S. 389.
165 Vgl. MORAW: Die Parole der Einheit S. 228.
166 „Neues Deutschland“ vom 24. September 1948.
167 Protokoll der Sitzung bei SUCKUT: Blockpolitik S. 257–282.

Aufnahme der DBD und des FDGB beschlossen wurde. Die Aufnahme der NDPD in den Block folgte am 7. September 1948. Da sich CDU und LDP bislang nur gegen die Aufnahme von Massenorganisationen in den Block gewehrt hatten, konnten sie die Aufnahme der neuen Parteien nicht verhindern. Sie versuchten aber vergeblich, mit Hinweis auf die fehlende Legitimation durch Wahlen, die Repräsentation von DBD und NDPD bis zu den nächsten Wahlen auf einen Vertreter zu beschränken. Von nun an befanden sich CDU und LDP nominell in der Minderheit gegen den von der SED dominierten Block aus SED, DBD, NDPD und FDGB.

Die Wiederaufnahme der Blockarbeit ging vermutlich auf entsprechende Anordnungen der SMAD zurück. Die plötzlich gezeigte Kompromißbereitschaft von CDU und LDP nach einer Phase erbitterten Widerstandes muß vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen zwischen Ost und West gesehen werden. Die Geduld der Sowjets beim Spiel mit einer „konfliktbereiten Oppositionspolitik“[168] hatte rapide abgenommen. Ihnen ging es um die Sicherung ihrer Macht durch eine kommunistische Diktatur, in der CDU und LDP lediglich als demokratische Staffage dienen sollten.

Mit der Wiederaufnahme der Blockarbeit, der Einbeziehung des FDGB und der neuen prokommunistischen Parteien NDPD und DBD in den Block gelang es der SMAD, das Parteiensystem der SBZ entscheidend zugunsten der SED zu verändern.[169] Für die neuen Parteien und den FDGB war mit der Aufnahme in den Zentralen Block jedoch keineswegs der Anspruch auf eine parallele Vertretung in den Landes-, Kreis- und Ortsblockausschüssen verbunden. Hier konnten CDU und LDP die formale Mehrheit der SED, die durch die Einbeziehung der anderen Parteien und der Massenorganisationen erreicht werden sollte, zunächst verhindern.[170] Während die DBD in Thüringen schon am 11. August 1948 in den Landesblockausschuß gelangte, erfolgte ihre Einbeziehungen in den sächsischen Landesblock erst am 27. Mai 1949. Auch die Aufnahme von DBD und NDPD in die Volkskongreßausschüsse scheiterte wie in Sachsen zunächst am Widerstand der bürgerlichen Parteien, die hier entsprechende Anträge am 7. September 1948 ablehnten. Durch die Einbeziehung des FDGB, der DBD und der NDPD in den Zentralen Block und in den Deutschen Volksrat waren allerdings auch für die untergeordneten Gremien deutliche Zeichen gesetzt. DBD und NDPD reagierten auf die ablehnende Haltung von CDU und LDP, indem sie offen die Gleichschaltungspolitik gegenüber CDU und LDP unterstützten, den Führungsanspruch der SED anerkannten und ihre Zusammenarbeit auf „progressive“ und „kooperationsbereite“ Vertreter der bürgerlichen Parteien beschränkten.[171]

168 SUCKUT: Blockpolitik S. 688.
169 Vgl. WEBER, Hermann: Geschichte der DDR S. 169. Vgl. DIRKSEN: Bürgertum S. 381.
170 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 142.
171 Vgl. EBD S. 165.

Parallel zur Umwandlung der SED und des Blocksystems forcierte die SMAD nun immer stärker die Umgestaltung von CDU und LDP in prokommunistische Kaderparteien. Die optionale Deutschlandpolitik ließ es den Sowjets geraten erscheinen, CDU und LDP nicht einfach zu zerschlagen, wie sie es mit ähnlichen Parteien in Ungarn und Rumänien praktizierten. Ziel der SMAD war es, den Block und die Parteien zu erhalten. Im Rahmen der Realisierung der Wiedervereinigungsoption der UdSSR wurden CDU und LDP Funktionen zugewiesen, die die SED so nicht erfüllen konnte. In der auf die SBZ beschränkten Alleinherrschaft der SED fand die Teilungs- und Arrondierungsoption der UdSSR ihren Ausdruck. Damit war die Rolle der SED deutlich auf die SBZ reduziert. Anders waren die Pläne für CDU und LDP. Während ihre Bedeutung innerhalb der SBZ ständig sank, behielten sie als möglicherweise entscheidende Faktoren im Falle einer Wiedervereingung für die Sowjets eine gewisse Bedeutung. Für diese gesamtdeutsche Funktion war nach sowjetischer Überzeugung allerdings Voraussetzung, daß beide Parteien völlig nach ihren Anweisungen funktionierten. Daher wurden in den Parteien die Kräfte gefördert, die sich für eine enge Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht aussprachen. Dabei nutzte die SMAD die Heterogenität, die es noch immer in den Parteien gab. Schritt für Schritt wurden Personen in den Parteien aufgebaut und an die Spitzen lanciert, die dort unmittelbar die Politik der SMAD umsetzten.

Auf dem 3. Parteitag der CDU im September 1948 forderte der Chef der Informationsverwaltung der SMAD, Tjulpanow, erstmals öffentlich von der CDU ihre Umwandlung in eine prokommunistische Transmissionspartei nach dem Muster von NDPD und DBD. Tjulpanow verlangte, die CDU müsse die sowjetischen Reformen der sozial-ökonomischen Struktur der SBZ, die Unveränderbarkeit der Oder-Neiße-Grenze und die wachsende Rolle der Arbeiterklasse, d. h. der SED, anerkennen.[172] Nach dem Tod von Külz im April und dem Rücktritt von Lieutenant vom Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden am 9. Oktober 1948 verstärkte sich unter sowjetischem Druck auch in der LDP die Tendenz zur Anpassung an die von der SED betriebene Politik der gradualistischen ökonomischen und politischen Umgestaltung der SBZ.[173] Unter Leitung von Hermann Kastner und Karl Hamann, die auf dem 3. Parteitag im Februar 1949 zu gleichberechtigten Zonenvorsitzenden gewählt wurden, fand die LDP schneller als die CDU zu ihrer neuen Rolle, verlor ihr bürgerlich-demokratisches Profil und entwickelte sich zu einer Partei, die den Führungsanspruch der SED akzeptierte.

Trotz der erzwungenen Wandlung gaben jedoch die demokratischen Kräfte in beiden bürgerlichen Parteien ihre Opposition gegen die SED zu diesem

172 Vgl. TJULPANOW, Sergej: „Die Überwindung der faschistischen Ideologie“. In: „Neue Zeit“ vom 19. September 1948.

173 Vgl. DÄHN: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 556.

Zeitpunkt noch nicht völlig auf. Mehr und mehr verlagerte sich ihre Oppositionshaltung allerdings auf die Durchsetzung organisationseigener Interessen und führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen mit den von der SMAD geführten und protegierten „fortschrittlichen“ Kräften.

Um ihre Eigenständigkeit zu behaupten, nutzten beide bürgerlichen Parteien die ihnen von den Sowjets übertragenen gesamtdeutschen Funktionen. Vor allem die CDU-Führung versuchte, den eng gewordenen Spielraum der Partei zu nutzen. Die CDU-Zeitungen lobten die Sowjetunion, kritisierten aber zugleich Aktionen der SED. Die CDU wandte sich gegen die Art der Enteignungen, die Benachteiligung der privaten Wirtschaft und die fehlende Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. Nuschke übernahm von Kaiser das Bekenntnis zum „christlichen Sozialismus“, unterstützte die Kirchen und lehnte den Marxismus/Leninismus der SED als Staatsideologie ab. Diese Orientierungen wurden auch in die von der SED heftig attackierten Programme zur Wirtschafts-, Kommunal- und Kulturpolitik aufgenommen. Im Dezember 1948 brachte die CDU-Presse immer neue Beispiele von Benachteiligungen der CDU durch die SED. Nuschke rief alle CDU-Mitglieder auf, „Mut in dem harten Selbstbehauptungskampfe“[174] zu behalten. Mit dem Abdruck der Ergebnisse der westdeutschen Kommunalwahlen[175], bei denen die Union sehr gute Ergebnisse verbuchen konnte, demonstrierte die CDU zugleich, welche Ergebnisse bei freien Wahlen in der SBZ zu erwarten waren. Aber auch in der LDP regte sich noch immer Widerstand. So stellte das 1949 veröffentlichte „Eisenacher Programm“ der LDP eine Mischung aus versuchter Eigenständigkeit und Anpassung an die politische Realität dar. Gefordert wurden darin u. a. freiheitliche Grundrechte, freie und geheime Wahlen, Selbstverwaltung und eine unabhängige Justiz.[176]

Kennzeichnend für den Prozeß der Transformation war die schrittweise Lähmung und Umfunktionierung der bürgerlichen Parteien. Die Veränderung der Funktion, Organisation und Programmatik vollzog sich zugleich innerhalb der Parteien als auch durch die schrittweise Umwandlung der gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. So trug etwa die Schaffung eines Systems staatlicher Betriebe, in denen die SED von Anfang an dominierte, erheblich zur Schwächung der beiden Parteien bei. Die Besatzungsmacht schuf mit der befohlenen Sowjetisierung der SBZ ein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System, in dem die CDU und die LDP mehr und mehr als Fremdkörper erschienen.

Die SED befaßte sich auf ihrer 1. Parteikonferenz Ende Januar 1949 mit der Vollendung ihrer Struktur als „Partei neuen Typus“.[177] In einer internen

174 „Neue Zeit“ vom 25. Dezember 1948.
175 Vgl. „Union teilt mit“ vom Dezember 1948 S. 11.
176 Vgl. KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem S. 41.
177 Vgl. Dokumente der SED 2 S. 179 f.

Sitzung des Parteivorstandes der SED im Januar 1949 erklärte Anton Ackermann, „daß der Sinn des Begriffs Partei neuen Typus der ist, eine Partei nach dem Vorbild der Bolschewistischen Partei der Sowjetunion zu schaffen“[178]. Es wurde ein Politbüro und ein Apparat gebildet. Der in der Parteistruktur bereits angelegte zentralistische und hierarchische Aufbau wurde verstärkt und das Nomenklaturprinzip eingeführt, wonach allein die übergeordneten Instanzen für die Besetzung von Funktionen sowie für den Einsatz und die Entwicklung der Kader zuständig waren. Der „demokratische Zentralismus“ wurde verbindliches Organisations- und Leitungsprinzip. In der Partei wurde ein aufwendiger Personenkult um den sowjetischen Diktator Stalin betrieben und die Schulungsarbeit in der Art radikaler Sekten darauf reduziert, gemeinsam Schriften und Biographien des „Führers des Weltproletariats“ zu lesen. Als „eine Art innerparteiliche Polizei“[179] überwachten „Kontrollkommissionen“ die „Reinheit“ der SED. Jede Gruppenbildung innerhalb der Partei wurde untersagt. Die beim Zusammenschluß der SPD mit der KPD vereinbarte paritätische Besetzung der Führungsgremien wurde immer mehr beseitigt. Sozialdemokratische Tendenzen in der SED wurden bekämpft.[180] Gehörten 1946 40 ehemalige SPD-Mitgliedern der SED-Führung an, so waren die meisten einige Jahre später aus ihren Funktionen verdrängt. Von ihnen waren fünf inhaftiert (Max Fechner, Max Frank, Paul Szillat, Stanislaw Trabalski und Willi Jesse), neun flohen in den Westen.[181] Verhaftungen von „Agenten des Ostbüros der SPD“ und von „Titoisten“ waren an der Tagesordnung. Bis zu Beginn der 1. Parteikonferenz hatten die Kommunisten bereits vierhundert „Agenten des Ostbüros der SPD“ aus der SED ausgeschlossen oder verhaften lassen.[182] Selbst unter vielen SED-Mitgliedern herrschte angesichts dieser Entwicklung inzwischen eine Atmosphäre der Furcht.

Immer wieder forderte Walter Ulbricht die weitere Zurückdrängung der „reaktionären Kräfte“ von CDU und LDP. Er rief die SED-Funktionäre auf, die NDPD und die DBD zu stärken, da diese Parteien der CDU und LDP, nicht aber der SED Stimmen und Plätze wegnähmen.[183] Nuschke verlangte daraufhin, die „SED müsse sich befreien von den Terroristen, die unsere Freunde mit Entlassungen aus ihren Stellungen bedrohen, wenn sie nicht der SED beiträten“[184]. Die der CDU angehörenden Minister erbaten sich noch für den Januar 1949 ein klärendes Gespräch mit der SED über dies radikale Vorgehen, und im Agrarpolitischen Ausschuß des Volksrates protestierte die CDU gegen den von der SED inszenierten „Klassenkampf auf dem Dorf“.

178 IfGA, ZPA, IV,2/1/30.
179 WEBER, Hermann: Die Wandlung S. 260.
180 Vgl. SPANGER: Die SED S. 40–53.
181 Vgl. WEBER, Hermann: Die Wandlung S. 261.
182 Vgl. WEBER, Hermann: Kleine Geschichte S. 46.
183 Vgl. ULBRICHT: Zur Geschichte 3 S. 678 f.
184 „Der neue Weg“ vom 4. Februar 1949.

Im Rahmen der von SMAD und SED inszenierten Volkskongreßbewegung fanden am 15. und 16. Mai 1949 in der SBZ Wahlen zum „3. Deutschen Volkskongreß“ statt.[185] Die hierbei verwendeten Stimmzettel trugen die Aufschrift: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Ich stimme daher für die nachstehende Kandidatenliste zum 3. Deutschen Volkskongreß.“[186] Zum ersten Mal mußten sich die fünf Blockparteien und die Massenorganisationen gemeinsam dem Votum des Wählers stellen. Die einheitliche Kandidatenliste erlaubte keine Auswahl unter verschiedenen Parteien, und die Teilnahme war „de facto obligatorisch“[187]. Da sich bereits am ersten Wahltag eine Mehrzahl von Nein-Stimmen herauskristallisierte, wurde in der Nacht zum 16. Mai 1949 per Fernschreiben der Deutschen Zentralverwaltung des Inneren und der Landesinnenminister, die durchweg der SED angehörten, eine Fälschung der Wahl angeordnet.[188] Dadurch ergab sich eine Änderung des Ergebnisses um bis zu zehn Prozent zugunsten der Ja-Stimmen.[189] Trotz der Wahlfälschung war das Ergebnis für die SMAD und die SED unbefriedigend. Bei einer Wahlbeteiligung von 92,5 Prozent konnten nur 66,1 Prozent als Ja-Stimmen gewertet werden. Im Ostsektor Berlins waren es sogar nur 51,6 Prozent.

Drei Tage nach der Wahl rief Walter Ulbricht daher in einer Rede vor SED-Funktionären zu einer weiteren Verschärfung des Kampfes gegen SPD, CDU und LDP auf. Die Wahl habe gezeigt, daß die Hauptgefahr für die SED nicht von den Nationalsozialisten ausgehe, „die jetzt anständig arbeiten“, sondern von „Kreisen der CDU und LDP“ und des Ostbüros der SPD,[190] die von „Helfershelfern der Yankee-Faschisten geleitet“[191] würden. Die Repressalien von SMAD und SED gegenüber Funktionären der CDU und LDP, die sich gegen die Volkskongreßwahlen ausgesprochen hatten, nahmen daraufhin im Sommer 1949 Formen an, die den Vorsitzenden der EKD, Bischof Otto Dibelius, veranlaßten, die Verhältnisse in der SBZ mit der Zeit des Nationalsozialismus zu vergleichen.[192]

Angesichts des ständig zunehmenden politischen und physischen Drucks richteten sich im Sommer und Frühherbst 1949 die Hoffnungen in CDU und LDP noch immer auf die für den Oktober 1949 angekündigten und

185 Vgl. GOROSCHKOWA: Die deutsche Volkskongreßbewegung S. 159.
186 Zit. b. HELLER: Entwicklung und Aufgaben S. 15.
187 GRADL: Anfang unter dem Sowjetstern S. 160.
188 Texte der Anweisungen in: Der große Wahlbetrug S. 20–23.
189 Vgl. Protokoll der Sitzung des Zentralen Blocks am 8. Juni 1949. In: SUCKUT: Blockpolitik S. 423 und S. 600 Anm. 461.
190 ULBRICHT: Zur Geschichte 3 S. 724.
191 Die Organisationsarbeit der SED. Reden von W. Ulbricht und P. Verner auf der Organisationskonferenz der SED. Beglaubigte Abschrift der LDP Kreis Osterburg vom 23. Juni 1950 (ACDP III-013–628).
192 Der Evangelische Bischof von Berlin. K.I Nr. 1814. Berlin-Dahlem 1. Juni 1949 (BA NL Kaiser 159).

von der SMAD mehrfach zugesagten freien Wahlen. In den meisten Kreisverbänden machte man die Zukunft der bürgerlichen Parteien von diesen freien Wahlen abhängig.[193] Der Ausgang der Bundestagswahlen im August 1949 hatte die Hoffnungen auf ein ähnliches Abschneiden auch in der SBZ verstärkt.[194] Die Sicherheit, mit der eine Wahlniederlage der SED erwartet wurde, ließ jedoch Zweifel aufkommen, ob die SMAD die mit den Wahlen einhergehende Veränderung der politischen Landschaft tatsächlich akzeptieren würde. Diese Zweifel wurden dadurch bestärkt, daß bereits die Wahlen zum 3. Volkskongreß im Mai 1949 auf Einheitslisten durchgeführt worden waren.

In dieser Situation tagte am 8. Juni 1949 der Zentrale Block, der seit dem März 1949 nicht mehr zusammengetreten war. Grotewohl analysierte die Volkskongreßwahl und bezeichnete die 31 Prozent Nein-Stimmen als „Ergebnis einer planmäßig eingeleiteten Gegenpropaganda“ und eines „gegnerischen Wahlapparates“, den er im Ostbüro der SPD, bei den Zeugen Jehovas, den „Faschisten“ und in der „Kaiser-CDU“ ausmachte. Allen Blockparteien, so Grotewohl, stünden „sehr reale, politisch organisierte Kräfte . . . als Feinde“ gegenüber, die man gemeinsam bekämpfen müsse.[195]

Am 17. Juni 1949 setzte die SED im Block eine Entschließung durch, mit der sich alle Parteien verpflichteten, „gegen unverbesserliche und unbelehrbare Elemente und Störenfriede in den eigenen Reihen mit Entschlossenheit aufzutreten und auch vor der Anwendung organisatorischer Säuberungsmaßnahmen nicht zurückzuschrecken“[196]. Eine Woche zuvor waren in Prag fünf Todesurteile wegen „Organisierung einer Gegenrevolution“ gefällt worden. So konnte nicht an der Bereitschaft der Besatzungsmacht gezweifelt werden, in der SBZ auf dieselbe Weise gegen jede Opposition vorzugehen.

Bei der Sitzung des Zentralen Blocks am 19. August 1949 setzte die SED neue Blockgrundsätze durch, wonach Landes-, Kreis- und Ortsblockausschüsse sich zukünftig nach den Entscheidungen des Zentralen Blocks zu richten hatten. Auf diese Weise pflanzte sich die Dominanz der SED im Zentralen Block bis in die letzten Ortsblockausschüsse fort, in denen CDU und LDP oft noch dominierten. Innerhalb des Zentralen Blocks sicherte sich die SED durch die Bestätigung des Prinzips der Einstimmigkeit ihre bestimmende Rolle. Mit der Einführung des „demokratischen Zentralismus“ im Blocksystem schufen sich die Kommunisten ein effizientes Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Da die Kommunisten nicht auf eine Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Politik setzen konnten – wie sie noch im Moskauer Exil während des Krieges

193 Vgl. SUCKUT: Blockpolitik S. 41 f.
194 Vgl. SCHOLLWER: Potsdamer Tagebuch S. 137.
195 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 8. Juni 1949. In: SUCKUT: Blockpolitik S. 409.
196 EBD. S. 471.

gehofft hatten –, bereiteten sie nun die endgültige Machtübernahme „von oben“ vor.[197]

3.3. *Gründung der DDR und der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ im Oktober 1949*[198]

Im Oktober 1949 sollten in der SBZ Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen stattfinden. Die SMAD und auch die SED-Führung selbst wußten, daß die SED bei freien Wahlen keine Chance hatte.[199] Nach internen Schätzungen der SMAD hätten CDU und LDP zusammen über 50 Prozent der Stimmen erhalten. Mit dem zu erwartenden Wahlsieg der bürgerlichen Parteien wären bei der noch immer auf Wiedervereinigung und Demokratisierung zielenden Politik beider Parteien von deutscher Seite die Weichen in Richtung Einheit gestellt gewesen. Demokratisierung in der SBZ und Einheit des Landes lagen dicht beieinander. Die zu erwartenden Folgen freier Wahlen stellten somit die sowjetischen Interessen völlig in Frage. Daher gab es aus sowjetischer Sicht keine Alternative zur Bildung eines Oststaates unter kommunistischer Führung.

Kurz vor der Staatsgründung regte sich in der CDU noch einmal Widerstand gegen die Gründung des Separatstaates, der erneut durch Drohungen und falsche Versprechungen des SMAD zerschlagen wurde.[200] Am 5. Oktober 1949 informierte Nuschke den Hauptvorstand über eine Erklärung Semjonows, daß ein Beschluß der CDU gegen die DDR-Gründung und die Forderung nach sofortigen freien Wahlen aus sowjetischer Sicht „einen Verzicht auf die Fortsetzung der Arbeit der CDU“ bedeuten würden.[201] Der Hauptvorstand beschloß daraufhin, der Staatsgründung nur unter der Zusicherung baldiger freier Wahlen zuzustimmen und sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich im Ostsektor Berlins der „Deutsche Volksrat“ als „Provisorische Volkskammer“ und nahm einen vom Volksrat vorgelegten Entwurf als Verfassung an. Am 8. Oktober 1949 ersuchte der Deutsche Volksrat die fünf Landtage der SBZ, ihre abgelaufene Wahlperiode um ein Jahr zu verlängern und sie gemeinsam mit der Wahl zur Volkskammer am 15. Oktober 1950 durchzuführen.

197 Zur Strategie und Taktik S. 8–13.
198 Siehe dazu auch: STARITZ: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR S. 3–16.
199 Vgl. SUCKUT: Die Entscheidung zur Gründung der DDR S. 129 f.
200 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 193–197.
201 Protokoll über die Hauptvorstandssitzung der CDU am 5. Oktober 1949 9.00 Uhr Unions-Haus Berlin (ACDP III-013–869). Vgl. 862.00/10–749: Telegram. The United States Commander, Berlin (Taylor), for the Acting Secretary of State. Berlin, October 7, 1949–8 a.m. In: FOREIGN RELATIONS 1949 3 S. 527–529.

Parallel zur Staatsgründung erfolgte die Bildung der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“, zu der sich alle Parteien und „Massenorganisationen“ zusammenschließen mußten. Hauptsächliches Ziel der Nationalen Front war es, die DDR als Kernstaat eines zu vereinenden Deutschlands erscheinen zu lassen und die kommunistische Politik in die Bundesrepublik zu tragen. Die SED und die Blockparteien sprachen vom versklavten westdeutschen Volk, das in einer Kolonie der westlichen Alliierten leben müßte. Im „nationalen Befreiungskampf“ sollten auch die Deutschen westlich von Elbe und Werra der sowjetischen Errungenschaften teilhaftig werden. Im Januar 1950 entstanden ein Sekretariat der Nationalen Front sowie Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse. Auch in der Bundesrepublik bildeten sich mit Hilfe der KPD Organisationsstrukturen der Nationalen Front. Innerhalb der DDR nutzte die SED die Organisation, um Einfluß auf die Parteien und Massenorganisationen zu nehmen, sie anzuleiten und zu kontrollieren. Über Hausgemeinschaften wurden auch nicht organisierte Bürger in ein System der Kontrolle einbezogen. So konnte jede oppositionelle Regung schnell erkannt und bekämpft werden. Am 7. Januar 1950 beschloß das Sekretariat der Volkskongreßbewegung seine Konstituierung als Sekretariat und die Umbildung der Volksausschüsse in Ausschüsse der Nationalen Front.[202] Die neuen Ausschüsse dienten der Durchsetzung der deutschlandpolitischen Ziele der UdSSR und der Ausschaltung der noch verbliebenen demokratischen Opposition in der DDR. Dazu gab Ulbricht auf der 24. Tagung des Parteivorstandes der SED am 10. und 11. Januar 1950 genaue Anweisungen. Er legte eine Liste der politisch zu neutralisierenden Personen und einen genauen Ablaufplan vor. Der Westen, so Ulbricht, versuche, die Nationale Front „von unten her“ über den „mittleren Funktionärskörper“ zu unterminieren. Um sich davor zu schützen, müßten CDU und LDP vollständig von ihren westlichen Schwesterparteien getrennt werden.

In zahlreichen Orten der DDR veranstaltete die Nationale Front im Januar 1950 Versammlungen, die alle demselben Ziel dienten: „Entlarvung und Isolierung der reaktionären Elemente und Unterstützung und Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der CDU und LDP.“[203] Die Parteiführungen, die von der SED-Führung ungeachtet aller bereits erfolgten Veränderungen auch weiterhin als „Gegner“ galten, mit denen man „fertig“ werden wollte,[204] wurden aufgefordert, ihre Mitglieder auf den neuen Staat zu verpflichten.

Parallel zur Erweiterung des Bündnissystems durch die Nationale Front setzten die sowjetische Besatzungsmacht und die SED nun auch die längst geplante Erweiterung des Blocksystems durch. Am 2. November 1949 beantragten

202 Vgl. Geschichte des Staates und des Rechts 1 S. 145.
203 SACHER: Die Entwicklung der Blockpolitik S. 189.
204 IfGA, ZPA IV/2/1/38. Vgl. SUCKUT: Die Entscheidung zur Gründung der DDR S. 129 f.

DBD und NDPD beim Zentralen Block die Entsendung von Vertretern in die Ausschüsse der Landes-, Kreis- und Kommunalparlamente. Nach anfänglichen Widerständen von CDU und LDP beschloß der Zentrale Block am 30. November 1949, die Mitwirkung der neuen Parteien in den Land- und Kreistagen zu gestatten. Im Januar 1950 erließen die Landtage Gesetzesverordnungen über die Erweiterung der Wahlkörperschaften in den Ländern, die eine Einbeziehung der neuen Parteien vorsahen. Neue Richtlinien der Landesregierungen sahen nun auch die stärkere Einbeziehung von Vertretern der DBD und der NDPD bei der Besetzung staatlicher Funktionen vor. Während sich die Etablierung von DBD und NDPD auf Landes-, Kreis- und Ortsebene noch bis Anfang des Jahres 1950 verzögerte, waren beide Parteien durch ihre frühzeitige Einbeziehung in die Zentralinstanzen der SBZ mit der Staatsgründung der DDR schon in allen Organen der zentralen Staatsebene, im Block, in der Provisorischen Volkskammer und in der Provisorischen Regierung vertreten.

Mit dem Übergang von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum SED-Vasallenregime vollzog sich nach der Gründung der DDR der Wechsel vom autoritären Besatzungsregime zur totalitären Parteidiktatur. Hatte die sowjetische Besatzungsmacht aus deutschlandpolitischen Erwägungen noch Formen politischer Opposition sowie gewisse kulturelle und wirtschaftliche Freiheiten zugelassen, verschwanden diese unter der Herrschaft der SED völlig. Die SED instrumentalisierte die Justiz für den Kampf gegen jede politische Opposition, schuf das Ministerium für Staatssicherheit, zerschlug die letzten Reste der Selbständigkeit von CDU und LDP, ging gegen Sozialdemokraten und andere „Abweichler“ in den eigenen Reihen vor, verhaftete Tausende Andersdenkende, führte Schauprozesse, begann mit der Verfolgung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, griff immer stärker in die Wirtschaft ein, gestattete fast nur noch kommunistische Kulturformen, lenkte die Medien, verpflichtete alle bewaffneten Einheiten auf die kommunistische Politik und führte an Schulen und Universitäten die kommunistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen ein. Ab Herbst 1949 verkündete die SED öffentlich, sie sei mit ihrer Ideologie im Besitz der Wahrheit, sie kenne die Gesetze der Geschichte und baue unter Nutzung dieser Kenntnisse eine bessere Gesellschaft auf. Gesteuert und unterstützt wurde sie dabei von den Sowjets, die im Hintergrund weiterhin alle wesentlichen Entscheidungen trafen.

3.4. *Entwicklung bis zur Einheitslistenwahl: Errichtung totalitärer Strukturen im Jahr 1950*

Das Jahr 1950 wird in die Geschichte der SED und der DDR als ein Jahr kaum gezügelten Terrors der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED gegen die noch verbliebenen demokratischen Kräfte eingehen. Erst in diesem Jahr nahm die DDR mit der Zerschlagung der letzten Reste demokratischer Strukturen

ihre endgültige Gestalt an. Mit der Ende des Jahres 1949 beginnenden flächendeckenden Absetzung und Verhaftung demokratischer Politiker aus CDU und LDP und der „Säuberung“ der SED von Sozialdemokraten bereiteten die Kommunisten die Einheitslistenwahlen im Oktober 1950 und die endgültige Machtübernahme durch die SED vor.

Bereits nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Laszlo Rajk und andere kommunistische Spitzenfunktionäre in Budapest im September 1949 wurden die „Säuberungen“ auch in der SBZ/DDR forciert. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros beschloß Ende Oktober 1949, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ ebenso zu enthüllen wie den „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“.[205] Die SED erklärte: „Genosse Stalin lehrt uns, entschieden gegen die Einflüsse der barbarischen Ideologie der amerikanisch-englischen Kriegstreiber und ihrer rechten sozialdemokratischen Lakaien zu kämpfen, treu und prinzipienfest zu sein und äußerste Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Partei ... zu üben. Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“[206] Es begann ein Kampf gegen „Spione und Agenten“ der „Tito-Clique“, des Ostbüros der SPD, gegen angebliche Trotzkisten und Bürger jüdischer Abstammung. Die „Säuberungen“ richteten sich auch gegen Altkommunisten, frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO), Mitglieder ehemaliger Splittergruppen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und Westemigranten. Am 17. Oktober 1949 beschloß das Politbüro der SED außerdem eine Überprüfung aller Parteifunktionäre, die in der westlichen Emigration oder länger als drei Monate in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft waren.[207] Die SED-Führung war bestrebt, den Konformismus und die Zentralisierung der SED durch die gezielte Einschüchterung der eigenen Funktionäre zu sichern und sie jedem Befehl der Führung gefügig zu machen. Bei einer 1950 eingeleiteten Parteiüberprüfung wurden rund 150 000 Mitglieder aus der SED entfernt. Auch in der Führung wurde gesäubert. Kommunisten wie Paul Merker, Leo Bauer, Willi Kreikemeyer, Lex Ende und andere wurden aus der SED ausgeschlossen. Im März 1950 verhaftete das neugeschaffene MfS in Ost-Berlin den 2. Vorsitzenden der bundesdeutschen KPD, Kurt Müller. Gegen ihn sollte ein Schauprozeß nach dem Vorbild des Rajk-Prozesses exerziert werden.

Typisch für die Instrumentalisierung der Justiz zur Bekämpfung der politischen Gegner war auch der Schauprozeß gegen den Sozialdemokraten Willi Brundert und den Christdemokraten Leo Herwegen, die beide zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Schon vor Prozeßbeginn hatte das „Kleine

205 IfGA, ZPA, IV/2/3/058.
206 Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins. Methodische Anleitung für Propagandisten. Hg. v. ZK der SED, Abtl. Propaganda. Ost-Berlin 1950 S. 22.
207 IfGA, ZPA, IV/2/3/057.

Sekretariat“ des Politbüros der SED am 27. Februar 1950 entschieden: „Der Prozeß ist so zu führen, daß die Rolle des Monopolkapitals, seine Zersetzungsarbeit mit Hilfe käuflicher Agenten und deren verbrecherische Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik deutlich zutage tritt.“[208] Allein im Jahr 1950 verurteilten DDR-Gerichte über 78 000 Angeklagte wegen angeblicher politischer Delikte und sprach zahlreiche Todesurteile aus. Aber auch ohne die Unrechtsurteile kamen in den Gefängnissen und Lagern viele Menschen durch Mißhandlungen ums Leben.

Der 3. Parteitag der SED im Juli 1950 beschloß die weitere Entwicklung der SED als „Partei neuen Typus“ und die andauernde Vereinnahmung der anderen Parteien zur Durchsetzung kommunistischer Politik. Der Parteivorstand wurde durch ein Zentralkomitee ersetzt und das Parteiprogramm von 1946 für ungültig erklärt. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Otto Grotewohl, der in seiner Haltung kaum wiederzuerkennen war, rief die Deutschen zum „nationalen Widerstand“ gegen den „rechtlosen Zustand“ in der Bundesrepublik auf und gab dafür die Parole „Gewalt geht vor Recht“[209] aus. Der 3. Parteitag der SED machte deutlich, welche Bedeutung die SED der Zerschlagung der demokratischen Kräfte im eigenen Herrschaftsbereich zumaß. Wilhelm Pieck erklärte, die „Zerschlagung der Reaktion“ sei die wichtigste Bedingung für den Erfolg des Kampfes der SED um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele in ganz Deutschland.[210] So deutlich hatte vor ihm noch kein Politiker der SED den Zusammenhang zwischen der Bekämpfung von Demokraten im eigenen Machtbereich und den Zielen der auf die Bundesrepublik gerichteten Aktivitäten beim Namen genannt. Wiedervereinigung durch die Beseitigung demokratischer Strukturen in ganz Deutschland hieß die Devise. Keinen Zweifel ließ die SED an ihrem Selbstverständnis und daran, wem sie ihre Gründung im Jahr 1946 verdankte. Als „von Stalin geschweißte“ Partei postulierte sie erstmalig ihren bis ins Jahr 1989 reichenden Anspruch, „immer recht“[211] zu haben.

Der Parteitag bildete den Auftakt für weitere „Säuberungen“ in der SED. Im Herbst 1950 richteten sich die Angriffe vor allem gegen die führenden Funktionäre, die bei den ersten „Säuberungen“ aus der SED-Führung ausgeschlossen worden waren. Leo Bauer, Bruno Goldhammer und Willy Kreikemeyer wurden inhaftiert. Kreikemeyer kam in der Haft um.

Aber auch die bürgerlichen Parteien standen weiterhin im kommunistischen Visier. Typisch für die Vorgehensweise der SED gegen demokratische Politiker in CDU und LDP war die Aktion, die zur Absetzung des stellvertretenden

208 IfGA, ZPA, IV/2/3/988. Vgl. WEBER, Hermann: Die Wandlung S. 264.
209 Otto GROTEWOHL auf dem 3. Parteitag. In: „Der neue Weg“ vom 25. Juli 1950.
210 PIECK: Die gegenwärtige Lage S. 44.
211 So in einer von Louis Fürnberg für den 3. Parteitag der SED verfaßten SED-Hymne.

CDU-Vorsitzenden und sächsischen CDU-Landesvorsitzenden, Hugo Hickmann, führte.

Am 13. Januar 1950 hatte Hickmann in der CDU-Presse seine Forderung nach Eigenständigkeit der Parteien in der neugegründeten DDR wiederholt.[212] Auch in zahlreichen Versammlungen wandte er sich immer wieder deutlich gegen den Alleinherrschaftsanspruch der SED und den von der SED gegen ihre politischen Gegner angewandten Terror. Die Folge war eine Verschärfung der SED-Kampagne gegen ihn. Am 14. Januar 1950 rief Ulbricht offen zum Kampf gegen die „Feinde der deutschen Nation“[213] auf, die durch Forderungen nach Eigenständigkeit der Parteien den Kampf der Nationalen Front für die Befreiung Westdeutschlands sabotierten. Die Angriffe der SED nahm Hickmann am 18. Januar 1950 zum Anlaß, die Zusammenarbeit der sächsischen CDU mit der SED im Landesblockausschuß einzustellen und die Initiative zur Bildung eines „Bürgerblocks“ aus CDU und LDP zu ergreifen.[214] In der zweiten Januarhälfte organisierte die SED daraufhin in allen Teilen Sachsens Protestaktionen, bei denen Betriebsdelegationen und andere kommunistische Gruppen die Absetzung Hickmanns und des sächsischen CDU-Finanzministers Gerhard Rohner forderten. Am 23. Januar 1950 stürmten SED-Gruppen die CDU-Landesgeschäftsstelle in Dresden und forderten randalierend die Absetzung des sächsischen Landesvorsitzenden.[215] Parallel zum Sturm der CDU-Landesgeschäftsstelle kam es in zahlreichen anderen sächsischen Orten zu „spontanen Volksaktionen“ der SED, bei denen Delegationen die Absetzung mißliebiger CDU-Politiker forderten. In allen Orten, in denen sich CDU-Funktionäre zu Hickmann bekannten, organisierte die SED in der zweiten Januarhälfte 1950 Versammlungen der Nationalen Front, die der SED und den prokommunistischen Mitgliedern der CDU Gelegenheit gaben, die „Hickmänner“ auf allen Ebenen anzugreifen. Das Neue Deutschland brachte in einer Art Frontberichterstattung in jeder Ausgabe Spitzenmeldungen über den neuesten Stand des Kampfes der SED gegen die Landesleitung der CDU Sachsens.

Auch in den anderen Ländern organisierte die SED Protestresolutionen von Betriebsbelegschaften, veranstaltete Pressekampagnen, bediente sich motorisierter Gruppen zur Einschüchterung von CDU- und LDP-Politikern und ließ reihenweise CDU- und LDP-Mitglieder verhaften.[216] Der ehemalige CDU-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Leo Herwegen, wurde in einem Schauprozeß zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Der mecklenburgische Wirtschaftsminister Siegfried Witte wurde auf Drängen der SED verhaftet und

212 Vgl. „Neue Zeit“ vom 18. Januar 1950.
213 ULBRICHT: Zur Geschichte 3 S. 751 u. 753.
214 Vgl. STÖßEL: Positionen und Strömungen 1 S. 414.
215 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 222 f.
216 Vgl. FRICKE: Politik und Justiz S. 578. Vgl. RICHTER: Vom Widerstand.

auch die Anhänger der „Witte-Clique“ von einer Verhaftungswelle überrollt. In Brandenburg wurde der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Brandenburgischen Landtages und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Schleusener, verhaftet und von MfS-Mitarbeitern zu Tode gefoltert.

Im Juli 1950 ließ die SED den LDP-Vorsitzenden Hermann Kastner absetzen, nachdem er sich der letzten „Gleichschaltung“ seiner Partei widersetzt hatte. Kurz zuvor hatte sich der brandenburgische Finanzminister Lieutenant durch seine Flucht in den Westen einer drohenden Verhaftung entzogen. Bereits im August 1949 wurde der einzige nicht der SED angehörende Ministerpräsident (von Sachsen-Anhalt), Erhard Hübener, von der SMAD abgesetzt. Am 18. Oktober 1949 wurde der Landesjugendreferent der LDP von Mecklenburg, Arno Esch, mit zahlreichen anderen LDP-Funktionären verhaftet und zum Tode verurteilt. Im Dezember 1949 konnten fünf Landtagsabgeordnete der LDP aus Brandenburg in letzter Minute nach West-Berlin fliehen und so ihrer Verhaftung zuvorkommen. Im Januar 1950 floh der thüringische Finanzminister Leonhard Moog in den Westen. Im März 1950 wurde der LDP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Damerow, abgesetzt und die Landtagsfraktion von demokratischen Politikern „gesäubert“. Allein in Brandenburg wurden im März 1950 zehn von 29 Kreisvorsitzenden und acht von 20 Landtagsabgeordneten der LDP abgesetzt.[217] Im Laufe des Jahres wurde fast der gesamte mittlere Funktionärsapparat von CDU und LDP durch Verhaftungen und Absetzungen zerschlagen. Kaum ein 1949 amtierender Kreisvorsitzender dieser beiden Parteien war Ende 1950 noch in seiner Funktion.[218]

Während alle unliebsamen Politiker abgesetzt, verhaftet oder umgebracht wurden, setzte die sowjetische Besatzungsmacht mit Hilfe ihr ergebener Funktionäre wie Gerald Götting und Hans Loch die organisatorische und programmatische Umwandlung der Parteien in prokommunistische Transmissionsparteien durch. Die Diskrepanz zwischen den Parteileitungen und den Mitgliedern verstärkte sich dadurch weiter.[219] Im Dezember 1949 verschärften die Sowjets die Pressezensur und ordneten eine Reduzierung der Seitenzahl der Parteizeitungen an. Den Landes- und Kreisverbänden wurde untersagt, eigene Broschüren herauszugeben. Um neben der Verringerung der Kontingente und der verschärften Zensur das Ende jeder selbständigen Arbeit der Zeitungen zu sichern, wurden Anfang des Jahres 1950 die Chefredakteure fast sämtlicher Zeitungen der CDU und LDP ihrer Ämter enthoben und einige von ihnen inhaftiert. Zur Tilgung jeder Erinnerung an die Zeit eigenständiger politischer Arbeit wurde Ende Februar 1950 eine Überprüfung und Bereinigung des gesamten parteiamtlichen Schrifttums angeordnet und alle Publikationen verboten, die bis 1949 erschienen waren. Im Januar 1950 mußten CDU und LDP

217 Vgl. KRIEG: LDP und NDP S. 66 f.
218 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 222–240.
219 Vgl. SUCKUT: Die Entscheidung zur Gründung der DDR S. 140.

Zustimmungserklärungen zur DDR-Gründung und zur Arbeit der Nationalen Front unterschreiben und alle Mitglieder auf die DDR verpflichten. Die Kampagne wurde genutzt, um innerhalb der Parteien protestbereite Mitglieder und Funktionäre in einem Prozeß der „Selbstreinigung“ durch „fortschrittliche“ Sekretäre zu ersetzen. Generalsekretariate wurden die Stabsstellen für die Umfunktionierung der Parteien von innen.

Mit der Zentralisierung verlagerte sich das eigentliche Geschehen an die Parteispitzen und trat in Form von zahlreichen Direktiven in Erscheinung. Der Prozeß der Zentralisierung führte rasch zu einer Veränderung der Parteien. Ab 1950 verloren die Landesverbände ihr Profil. Das Parteileben gestaltete sich einheitlich nach den Anweisungen der Parteiführungen. Die Landesverbände wurden zu Instrumenten der zentralistischen Kaderpartei. Die hier eingesetzten Sekretäre sorgten für die Umsetzung der Anweisungen und delegierten sie an die nachgeordneten Parteigremien. Von einem demokratischen Entscheidungsfluß von der Parteibasis an die Parteispitze konnte bald keine Rede mehr sein.

Auf ihren Parteitagen im Jahr 1950 präsentierten sich CDU und LDP bereits in ihrer neuen Funktion als prokommunistische Transmissionsparteien nach dem Vorbild von NDPD und DBD. Die vorbehaltlose Zustimmung zur angeblich auf Frieden und Einheit Deutschlands zielenden Politik Stalins war zu ihrer Existenzbedingung geworden.

Bei ihrem Plan, die Einparteienherrschaft durch Einheitslistenwahlen bestätigen zu lassen, taten sich für die SED noch einmal Probleme auf, als Otto Nuschke sich bis zum Frühjahr 1950 weigerte, auf getrennte Listen bei den kommenden Wahlen zu verzichten. Ihm war wohl klar, daß die Bevölkerung nur bei getrennten Listen die Möglichkeit hatte, zwischen der SED und den anderen Parteien zu wählen, obwohl sich diese inzwischen ähnlich gebärdeten wie die SED. Trotz der äußeren Erscheinung hätten die Wähler, die wußten, wie es um die Parteien stand, Listenwahlen nutzen können, um der SED eine Abfuhr zu erteilen. Unter dem ständigen Druck der Besatzungsmacht und einer von Generalsekretär Gerald Götting aufgebauten innerparteilichen Fronde gab Nuschke schließlich auch in dieser grundsätzlichen Frage seine Prinzipien auf und erklärte am 16. Mai 1950 seine Zustimmung zur Einführung der Einheitslistenwahl.[220] Noch im Oktober 1949 hatte er ausdrücklich betont, daß ein positives Votum der CDU zur DDR-Gründung ein Fehler wäre, wenn der Staatsgründung keine freien Wahlen folgen sollten.[221] Für die SMAD und die SED war die Abschaffung der Listenwahlen bereits zu diesem Zeitpunkt beschlossene Sache.[222]

220 Vgl. „Festigung unserer Demokratie. Entschließung des Erweiterten Hauptvorstandes der CDU vom 16. Mai 1950“. In: „Union teilt mit“ vom Mai 1950 S. 1.
221 Vgl. „Neue Zeit“ vom 19. Oktober 1949.
222 Vgl. SUCKUT: Die Entscheidung zur Gründung der DDR S. 145.

Mit Nuschkes Zustimmung zur Einheitsliste setzte in der ganzen DDR schlagartig eine Kampagne gegen alle Funktionäre ein, die sich noch immer weigerten, die Einheitsliste zu akzeptieren. Noch am selben Tag folgte eine Erklärung des Zentralen Blocks.[223] Im Juli 1950 wurde der Schlüssel für die Verteilung der Mandate festgelegt. Nach dem vom Politbüro der SED aufgestellten Plan[224] erhielten die Kommunisten und die von ihnen unmittelbar gesteuerten Blockparteien und Massenorganisationen 70 Prozent aller Mandate. CDU und LDP mußten sich mit symbolischen 15 Prozent zufriedengeben.[225] Vorausgegangen war die völlige Entmachtung der CDU- und LDP-Fraktionen in der Provisorischen Volkskammer. Gesetzesentwürfe wurden seit dem Mai 1950 ausschließlich in den Ausschüssen des Nationalrates beraten, wodurch den Volkskammerfraktionen auch der letzte Einfluß auf die Gesetzgebung verlorenging.[226]

Die Einheitslistenwahlen waren nicht geheim. Die Bürger wurden ultimativ aufgefordert, offen und ohne Benutzung der Wahlkabine ihre Stimme abzugeben. 98 Prozent aller Bürger beteiligten sich an der Scheinwahl. 99,7 Prozent der gültigen Stimmen wurden nach der wahrscheinlich auch gefälschten Auszählung für die „Nationale Front“ abgegeben. In der Volkskammer erhielten die SED nach dem vom Block am 7. Juli 1950 festgelegten Schlüssel 100, CDU und LDP je 60, NDPD und DBD je 30, der FDGB 40 und die anderen Massenorganisationen zusammen 80 Sitze.

Mit den Einheitslistenwahlen hatten die Kommunisten ihr Ziel fast erreicht. Die Opposition war weitgehend beseitigt, alle demokratischen Strukturen und Mechanismen waren abgeschafft. Nur wenige Jahre nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus hatte die UdSSR mit Hilfe deutscher Kommunisten ein neues totalitäres System entstehen lassen. Opfer dieser Politik wurden Tausende Demokraten der SPD, CDU und LDP, die in der Nachkriegszeit die kommunistischen Gefängnisse und Lager füllten. Sie hatten sich nicht nur an die kommunistische Parole „Nie wieder Faschismus“, sondern vor allem auch an die Lehre des demokratischen Widerstandes gegen das Nazi-Regime gehalten, nie wieder eine Diktatur in Deutschland zuzulassen.[227]

4. *Forschungsstand*

Die Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und in Berlin wurden in beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen Schwer-

223 Vgl. „Neues Deutschland“ vom 18. Mai 1950.
224 Vgl. KRAUSE: Zur Geschichte S. 116.
225 Vgl. Beschluß des Demokratischen Blocks vom 6. Juli 1950. In: WEBER, Hermann: Parteiensystem S. 336.
226 Vgl. LAPP: Die Volkskammer S. 30. Vgl. Bericht vom 14. Mai (1950) – (BA NL Kaiser 105).
227 Vgl. FINN: Die politischen Häftlinge. Vorwort.

punkten intensiv untersucht. Dabei konzentrierte sich die Forschung vor allem auf die SED. Dennoch fehlen bis heute ausführliche historische Analysen der Entwicklung der SED und des Parteiensystems. In verschiedenen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der SBZ/DDR nehmen die Parteien und insbesondere die SED jedoch breiten Raum ein.

In der Bundesrepublik erschienen einige Überblicksdarstellungen, die auch Informationen über die Entwicklung der Parteien in der SBZ enthielten. Neben einer Studie von Ernst Richert über Agitation und Propaganda[228] blieb eine Veröffentlichung von Norbert Mattedi, in der es vor allem um den Nachweis der Gleichschaltung der Parteien ging, lange Zeit die umfangreichste Untersuchung zur Entwicklung des Parteiensystems der SBZ[229]. 1975 erschien eine Darstellung von Peter Joachim Lapp über die Volkskammer und das Parteiensystem der DDR,[230] 1976 publizierte Dietrich Staritz einen Beitrag über die Entstehung des Parteiensystems,[231] kurz darauf untersuchten Manfred Koch und Werner Müller dessen Transformation.[232] 1982 veröffentlichte Manfred Koch Dokumente zur Blockpolitik in der SBZ, in deren Einleitung er die Block- und Parteienentwicklung erneut analysierte.[233] 1986 erschien von Siegfried Suckut eine umfassende Quellenedition zur Blockpolitik in der SBZ[234], für die er erstmals auf Archivunterlagen aus der DDR zurückgreifen konnte. Die Arbeit ermöglichte fundierte Aussagen zur Entwicklung der Blockpolitik in der SBZ. Einen Überblick dazu gab Suckut erneut im SBZ-Handbuch.[235] Differenzen zum Thema bestehen vor allem in der Frage, ob die Parteien in den Block „hineingegründet“ wurden, ihre Lizenzierung mithin von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit abhing.[236] Einigkeit herrschte in der westlichen Forschung hingegen bislang über die Bedeutung der SMAD, des Blocks, der Volkskongreßbewegung und anderer Faktoren für die Transformation des Parteiensystems in der SBZ. Mit der politischen Verfolgung als Teil dieser Transformation beschäftigte sich ausführlich Karl Wilhelm Fricke.[237] Angesichts des kaum vorhandenen Quellenzugangs waren veröffentlichte Dokumente bis zur „Wende“ von besonderer Bedeutung. Wichtige Dokumente

228 RICHERT: Agitation und Propaganda.
229 MATTEDI: Gründung und Entwicklung.
230 LAPP: Die Volkskammer der DDR.
231 STARITZ: Zur Entstehung des Parteiensystems
232 KOCH/MÜLLER: Transformationsprozeß.
233 KOCH, Manfred: Der Demokratische Block.
234 SUCKUT: Blockpolitik.
235 SUCKUT: Block-Ausschüsse.
236 So z. B. HERMES: Die Christlich-Demokratische Union. Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Die Meinung, daß die Parteien auch freiwillig zur Blockarbeit bereit waren, vertraten u. a. KOCH, Manfred: Der demokratische Block.
237 Zuletzt FRICKE: „Kampf dem Klassenfeind!“

der Parteien fanden sich in verschiedenen Publikationen und Quelleneditionen der Bundesrepublik[238] und der DDR[239].

In der DDR[240] legte Günther Großer 1957 eine historische Überblicksdarstellung der Entwicklung der Blockpolitik aus kommunistischer Sicht vor.[241] 1978 folgte eine ähnliche Darstellung von Manfred Krause.[242] Da sich in der DDR wissenschaftliche Arbeiten und parteioffiziöse Darstellungen bzw. Jubiläumsschriften wenig unterschieden, sei auch auf Veröffentlichungen dieser Art hingewiesen. 1966 und 1969 erschienen materialreiche Darstellungen der SED-Bündnispolitik, die auch im Westen stark rezipiert wurden. Darin wurde durchweg von einer angeblich objektiven Notwendigkeit der totalitären Alleinherrschaft der SED ausgegangen. Die Bemühungen von CDU und LDP um Demokratie und Selbständigkeit wurden hingegen als bürgerlich-reaktionäre Haltungen gegen eine angeblich gesetzmäßige Entwicklung der Gesellschaft gebrandmarkt. Der Kampf der SPD um den Erhalt ihrer Selbständigkeit wurde weitgehend verschwiegen.[243] 1989 erschien unter der Leitung von Rolf Badstübner der neunte Band der auf zwölf Bände angelegten Deutschen Geschichte. Er dokumentiert den letzten Stand der ideologisch einseitigen SED-Forschung über die Geschichte der SBZ und die Entwicklung der Parteien.[244]

KPD: Für die Sichtweise der KPD-Entwicklung bis zur SED-Gründung war über Jahrzehnte ein Erlebnisbericht von Wolfgang Leonhard prägend, der bereits 1955 erschien.[245] Eine verstärkte Beschäftigung mit der KPD setzte erst in den siebziger Jahren ein. So legte 1971 Arnold Sywottek eine Analyse der KPD-Programmatik nach der Wende der KPD im Jahre 1935 vor, die auch die Programmentwicklung nach 1945 berücksichtigte.[246] Zu den programmatischen und organisatorischen Vorarbeiten der KPD im Moskauer Exil legte Alexander Fischer 1975 eine Studie vor.[247] 1979 folgte eine Untersuchung von Werner Müller über Versuche der SED-Gründung in den Westzonen.[248] Trotz des fehlenden Quellenzugangs untersuchte auch Hermann

238 WEBER, Hermann: Parteiensystem. FLECHTHEIM: Dokumente.
239 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. NEEF. Dokumente der CDU. LDP in der Übergangsperiode. LDP im Sozialismus.
240 Kriterien für Darstellungen aus der DDR können wegen ihrer ideologischen Tendenz nur der Gehalt an zugrundeliegenden Materialien und die Dichte verwendbarer Informationen sein. Die Darstellungen, oft genug auf Dissertationen und Habilitationen basierend, entsprechen in der Regel nicht westlichem Standard.
241 GROßER: Der Block der demokratischen Parteien.
242 KRAUSE: Zur Geschichte der Blockpolitik.
243 Bündnispolitik im Sozialismus. Im Bündnis fest vereint. Gemeinsam zum Sozialismus. KRAUSE: Zur Geschichte der Blockpolitik.
244 BADSTÜBNER/BADSTÜBNER-PETERS/BENSER/KIRSTE/KUNTSCHE/MÜHLFRIEDEL: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung.
245 LEONHARD: Die Revolution.
246 SYWOTTEK: Deutsche Volksdemokratie.
247 FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik.
248 MÜLLER, Werner: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“.

Weber in verschiedenen Studien die Entwicklung der KPD.[249] Die „Gruppe Ulbricht“ wurde vor kurzem von Gerhard Keiderling dokumentiert.[250]

In der DDR wurde die Entwicklung der KPD intensiver beschrieben. In den letzten Jahren der DDR publizierte vor allem Günter Benser verschiedene Arbeiten, die neue Informationen enthielten.[251] 1985 erschien eine Darstellung Bensers über die KPD im Jahr 1945, die ganz im Trend der DDR-Geschichtswissenschaft lag, ideologische Einseitigkeit mit größerem Faktenreichtum und einer detaillierteren Darstellungsart zu untermauern.[252] In der DDR erschienen außerdem verschiedene Arbeiten zur Programmgeschichte der KPD[253] und Studien über die regionale Entwicklung der KPD bis zur SED-Gründung.[254] Kaum thematisiert wurden der Einfluß der SMAD auf die Parteientwicklung oder die Kaderpolitik der KPD/SED.

SPD: Bereits 1965 veröffentlichte Klaus-Peter Schulz eine auf Erinnerungen basierende Darstellung der Auseinandersetzungen um die Gründung der SED in Berlin, der sich auch Informationen über die Entwicklung der SPD entnehmen ließen.[255] 1973 befaßte sich Frank Moraw mit der Haltung des Zentralausschusses der SPD. Die Arbeit stützte sich vor allem auf die Nachlässe von Erich W. Gniffke und Gustav Klingelhöfer.[256] Im selben Jahr erschien eine Analyse der SPD von Arnold Sywottek, die die Zeit von 1945 bis 1948 umfaßte.[257] Die Entwicklung der SPD in der SBZ 1945 und 1946 beschrieb 1976 auch B. Bouvier.[258] Aspekte der Parteitradition und Sozialstruktur der Berliner SPD nach der Gründung behandelten 1984 Harold Hurwitz und Klaus Sühl.[259] Mit der Haltung der SPD zur Vereinigung mit der KPD befaßte sich wiederholt Harold Hurwitz.[260] 1987 analysierte Werner Müller die SPD-Entwicklung bis zur SED-Gründung.[261] Ein Jahr später veröffentlichte Lucio Caracciolo eine Untersuchung über die Rolle Otto Grotewohls.[262] 1989 folgte eine Studie Werner Müllers über die Haltung der Leipziger SPD im Prozeß der Vereinigung zur SED.[263] Eine zusammenfassende Bewertung lieferte 1990 erneut Werner Müller.[264] Aufschlüsse über die Arbeit der Ostbüros der

249 WEBER, Hermann: Einleitung. Vgl. ders.: Die deutschen Kommunisten.
250 KEIDERLING: „Gruppe Ulbricht“.
251 BENSER: Das Jahr 1945. Ders.: Kurs auf die legale kommunistische Massenpartei.
252 BENSER: Die KPD im Jahr der Befreiung.
253 U. a. Ein erfülltes Programm. KRUSCH: Von der Dezemberkonferenz.
254 U. a. VOßKE: Die Vereinigung. THOMAS: Entscheidung in Berlin. BENSING: Im revolutionären Kampf geschmiedet. MATTHIAS: Untersuchungen.
255 SCHULZ: Auftakt zum Kalten Krieg.
256 MORAW: Die Parole der „Einheit“.
257 SYWOTTEK: Die „fünfte Zone“.
258 BOUVIER: Antifaschistische Zusammenarbeit.
259 HURWITZ/SÜHL: Autoritäre Tradierung.
260 HURWITZ: Die Anfänge des Widerstandes 1 u. 2. Ders.: Zwangsvereinigung und Widerstand.
261 MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Politik unter sowjetischer Militärverwaltung.
262 CARACCIOLO: Der Untergang der Sozialdemokratie.
263 MÜLLER, Werner: Sozialdemokratie und Einheitspartei.
264 MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Parteien ließen sich der Dissertation Wolfgang Buschforts über das Ostbüro der SPD entnehmen.[265] Die Haltung von Hermann Brill beschrieb 1992 Manfred Overesch.[266]

In der DDR wurde die Entwicklung der SPD kaum als eigenständiges Thema behandelt. Details zur SPD-Entwicklung finden sich in der Regional- und Lokalliteratur zur Vorgeschichte der SED-Gründung. Wenige verwertbare Informationen enthält eine Grotewohl-Biographie von Heinz Voßke aus dem Jahr 1979.[267] Ideologisch verzerrt und im Umgang mit den Tatsachen willkürlich wie alle Darstellungen aus der DDR ist eine Beschreibung der SPD von Ulla Plener aus dem Jahr 1981, die zudem die SPD der SBZ fast völlig ignoriert.[268] 1988 publizierte Andreas Malycha eine der seltenen Beiträge zur Programmentwicklung der SPD.[269] Aus dem selben Jahr stammt auch seine Dissertation über die SPD in der SBZ, die bislang nicht gedruckt vorliegt.[270]

SED[271]: Im Westen wurde die innerparteiliche Entwicklung und Struktur der SED[272] schon früh beschrieben. 1957 analysierte Carola Stern die Parteipolitik der SED.[273] 1963 folgte eine Ulbricht-Biographie der Autorin.[274] Beide Bände prägten das Bild der SED über Jahre. Die bedeutendsten Darstellungen zur Geschichte der SED in der SBZ[275] waren in den achtziger Jahren ein Beitrag von Werner Müller[276], eine Untersuchung von Frank Thomas Stößel über ideologische Strömungen in der SED[277] und ein Überblick von Hermann Weber[278]. Mit den „Säuberungen“ in der SED und der Verfolgung politisch Andersdenkender durch die SED befaßte sich wiederholt Karl Wilhelm Fricke.[279]

In der westlichen Geschichtsschreibung galt es lange Zeit als evident, daß die Gründung der SED gegen den Willen der Mehrheit der Sozialdemokraten erfolgte und mithin eine Zwangsvereinigung war.[280] Hermann Weber wies 1985 darauf hin, daß neben dem Zwang beim Zusammenschluß auch

265 BUSCHFORT: Das Ostbüro der SPD.
266 OVERESCH: Hermann Brill.
267 VOßKE: Otto Grotewohl.
268 PLENER: SPD 1945–1949.
269 MALYCHA: Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD.
270 MALYCHA: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
271 Zum Forschungsstand 1989 vgl. ausführlich STARITZ: Zur Gründung der SED.
272 SCHULTZ, J.: Der Funktionär. FÖRTSCH: Die SED.
273 STERN: Porträt einer bolschewistischen Partei.
274 STERN: Ulbricht.
275 Zum Forschungsstand über einzelne Aspekte der SED-Geschichte (Kaderpolitik, Ideologie etc.) vgl. WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1986 S. 138–140.
276 MÜLLER, Werner: Ein „besonderer“ Weg zur Volksdemokratie?
277 STÖßEL: Positionen und Strömungen.
278 WEBER, Hermann: Geschichte der SED S. 6 ff.
279 U. a. FRICKE: Opposition und Widerstand.
280 Vgl. KADEN: Einheit oder Freiheit? Vgl. MORAW: Die Parole der „Einheit“. Vgl. GRUNER/WILKE: Sozialdemokraten.

andere Faktoren eine Rolle spielten[281], und löste damit eine andauernde Diskussion aus. Kontrovers diskutiert wurde auch die Haltung Schumachers und Grotewohls im Zusammenhang mit der Vereinigung zur SED.[282]

Außer verschiedenen Studien wurde über die SED bislang jedoch keine ausführliche historische Analyse vorgelegt. 1978 erschien in der DDR die einzige Gesamtgeschichte der SED[283], deren Defizite sich in den Bereichen Steuerung durch die SMAD, Machtmechanismen, Organisation, Mitgliederbewegung, soziale Zusammensetzung und Funktionärsapparat wegen der offiziellen Verbindlichkeit des Bandes in allen nachfolgenden Darstellungen zur Geschichte der SED wiederholten. Der „Abriß“ selbst blieb hinter dem bis dahin erreichten Standard der DDR-Geschichtswissenschaft zurück, der 1966 durch die Abschnitte über die SED-Geschichte in der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“[284] gesetzt worden war, und wiederholte die in den DDR-Darstellungen übliche Projektion der gerade aktuellen Parteiposition auf die Geschichte. Ungeachtet der ideologischen Ausrichtung waren die Untersuchungen zu Einzelproblemen der SED sowie verschiedene Regionalstudien in den achtziger Jahren stärker an den Tatsachen orientiert als zuvor.[285] Relativ informativ waren Darstellungen der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED.[286] Fakten zur Geschichte der SED ließen sich auch den zahlreichen Biographien und Autobiographien führender SED-Funktionäre entnehmen.[287] Daneben erschienen Regionalstudien zur SED-Entwicklung, die bis zur „Wende“ wegen des fehlenden Aktenzugangs in der Bundesrepublik als Informationsquellen ebenfalls von Bedeutung waren.[288] Ergänzt wurden sie durch Studien zur Wirtschaftspolitik der SED[289], zum Verhältnis von SED und Staatsmacht[290] und zur SED-Ideologie[291].

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Ost und West gab es vor allem über die Gründung der SED.[292] Die Vereinigung zur SED aus kommunistischer Sicht beschrieb 1981 Rolf Badstübner.[293] Typisch für die zahlreichen DDR-Darstellungen zum Thema war die auch von Heinz Heitzer vertretene

281 Vgl. WEBER, Hermann: Geschichte der DDR. Vgl. STARITZ: Die Gründung der SED S. 39 f.
282 Zu den unterschiedlichen Positionen: Vgl. Einheit oder Freiheit. Vgl. SÜHL: Schumacher.
283 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
284 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
285 Vgl. WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1986 S. 135–137.
286 Zur Vereinigung von KPD und SPD. Die SED – führende Kraft.
287 VOßKE/NITZSCHE: Wilhelm Pieck. NAUMANN: Wilhelm Koenen. VOßKE: Otto Grotewohl. Ein Leben. HONECKER: Aus meinem Leben. ROTHE/WOITINAS: Hermann Matern. DEUTSCHLAND/FÖRSTER/LANGE: Vertrauensmann.
288 Vgl. dazu: MÜLLER, Werner: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands S. 501 f.
289 Wirtschaftspolitik der SED.
290 Zur staatspolitischen Konzeption.
291 Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie.
292 Vgl. dazu im einzelnen WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1986 S. 141–144. Vgl. STARITZ: Zur Gründung der SED.
293 BADSTÜBNER/Autorenkollektiv: Geschichte der DDR S. 58–64.

Meinung, wonach der Zusammenschluß von KPD und SPD im April 1946 „ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus, die bedeutendste Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündigung des Kommunistischen Manifestes durch Marx und Engels und seit der Gründung der KPD“ war.[294]

CDU: Nach kurzen Analysen der CDU im „SBZ-Archiv“ und in Untersuchungen über das Parteiensystem der DDR erschien 1963 eine Abhandlung von Peter Hermes über die Frühgeschichte der CDU.[295] In den sechziger Jahren folgten Biographien Jakob Kaisers von Werner Conze[296] und Erich Kosthorst[297]. Informationen zur Entwicklung der CDU waren auch den Erinnerungen von Ferdinand Friedensburg[298], Manfred Klein[299] und Ernst Lemmer[300] zu entnehmen.

In den siebziger Jahren erschien eine Darstellung von Roderich Kulbach[301]. 1981 veröffentlichte der Weggefährte Kaisers, Johann Baptist Gradl, eine informative, auch als Quelle zur Geschichte der Partei wichtige Darstellung der Entwicklung der CDU.[302] Seit Anfang der achtziger Jahre befaßte sich Siegfried Suckut ausführlich mit der Entwicklung der CDU und legte zahlreiche Veröffentlichungen vor.[303] Instruktiv war auch die Darstellung von Karl Wilhelm Fricke über die Rolle der CDU im antikommunistisch-demokratischen Widerstand.[304] Wichtige Beiträge zur Geschichte der CDU der SBZ lieferten seitdem Winfried Becker[305], Christel Dowidat[306] und Bernhard Wernet-Tietz[307]. Eine Bewertung Kaisers erfolgte im einleitenden Kommentar der 1988 erschienenen Quellenedition von Tilman Mayer.[308] Aufschlußreich waren auch Ausführungen von Christian Hacke in der Einleitung einer Quellenedition von Texten und Reden Kaisers.[309] Wichtige Details und Ergänzungen lieferten die 1986 und 1991 veröffentlichten Erlebnisberichte von Peter Bloch[310] und Friedrich-Wilhelm Schlomann[311]. 1990 erschien von Michael Richter eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der CDU von

294 HEITZER: DDR – Geschichtlicher Überblick S. 48.
295 HERMES: Die Christlich-Demokratische Union.
296 CONZE: Jakob Kaiser.
297 KOSTHORST: Jakob Kaiser.
298 FRIEDENSBURG: Es ging um Deutschlands Einheit.
299 KLEIN: Jugend zwischen den Diktaturen.
300 LEMMER: Manches war doch anders.
301 KULBACH: Die CDU-Ost.
302 GRADL: Anfang unter dem Sowjetstern.
303 U. a. SUCKUT: Zum Wandel von Rolle und Funktion.
304 FRICKE: Opposition und Widerstand S. 47–67.
305 BECKER: CDU/CSU 1945–1950.
306 DOWIDAT: Vom Parlament.
307 WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei.
308 MAYER: Jakob Kaiser.
309 HACKE: Jakob Kaiser.
310 BLOCH: Zwischen Hoffnung und Resignation.
311 SCHLOMANN: Mit soviel Hoffnung fingen wir an.

1948 bis 1952, die sich auf Akten des Kaiser-Nachlasses im Bundesarchiv, des Ostbüros der CDU, der Exil-CDU der SBZ und auf Zeitzeugenbefragungen stützte.[312] Einen Überblick zur Entwicklung der Exil-CDU der SBZ gibt Hans-Otto Kleinmann in einer kürzlich erschienen „CDU-Geschichte".[313]

In der DDR publizierte die CDU seit den siebziger Jahren „Beiträge zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands"[314], die wegen ihrer ideologischen Einseitigkeit nur als Quelle für sonst nicht zugängliche Informationen aus Archiven der DDR und Ost-Berlins von Nutzen waren. Neben neueren Überblickswerken führender SED-Historiker fanden sich in der DDR einige zum Teil ältere Arbeiten von DDR-Autoren, die ebenfalls Aspekte zur CDU-Geschichte lieferten.[315] Auch vom Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED bzw. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erschienen Veröffentlichungen, in denen das Verhältnis der SED zur CDU aus kommunistischer Sicht dargestellt wurde.[316]

LDP: Die LDP war in der Alt-Bundesrepublik relativ gut beschrieben. Standardwerk seit 1961 war eine Untersuchung von Ekkehart Krippendorff.[317] Seine Hauptthese, das Fehlen klarer programmatischer Vorstellungen habe es der LDP unmöglich gemacht, einen deutlichen Kurs gegen SMAD und SED zu steuern, wurde in der Folgezeit kontrovers diskutiert.[318] Etwa zur gleichen Zeit erschien von ihm ein Aufsatz zur Gründungsgeschichte der LDP in Berlin.[319] Seitdem folgte im Westen keine Analyse mehr, die auf neue Quellen zurückgreifen konnte. Hinweise auf die LDP-Entwicklung nach 1945 ließen sich jedoch einer Dissertation von Theo Rütten über den deutschen Liberalismus[320] und einem Beitrag von Dietrich Staritz über die Entstehung des Parteiensystems in der SBZ[321] entnehmen. Eine knappe Übersicht über die Entwicklung der Partei lieferte 1982 Brigitte Itzerott.[322] Interessante Aspekte zu verschiedenen Bereichen der LDP-Entwicklung lieferten Siegfried

312 RICHTER: Die Ost-CDU 1948–1952.
313 KLEINMANN: Geschichte der CDU.
314 BÖRNER: Für die Souveränität. FISCHER, Gerhard: Die prinzipiellen Auseinandersetzungen. GUDENSCHWAGER/KOSTKA. HEINRICH: Politische Erinnerungen. KIND: Christliche Demokraten. KOCH, Hans: Dem Fortschritt zugewandt. KOPPE: Berliner CDU. KRUBKE: Wirtschaftspolitik. THIEL: Christen Thüringens. ZILLIG: In der Mitarbeit gewachsen.
315 Dazu gehören Veröffentlichungen von CERNY: Vom antifaschistisch-demokratischen Block, GROSSER: Der Block, HEINRICH/ULLRICH: Befehdet, HEITZER: Zur Dialektik, HORN: Der Kampf der SED, KEIDERLING: Die Berliner Krise, KRAUSE: Zur Geschichte, KÜNZEL: Die Landtage, NEEF: Entscheidende Tage, SACHER: Die Entwicklung der Blockpolitik.
316 Vgl. u. a. Gemeinsam zum Sozialismus.
317 KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.
318 Vgl. WEBER, Hermann: Die DDR 1945–1986 S. 145.
319 KRIPPENDORFF: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei.
320 RÜTTEN: Der deutsche Liberalismus.
321 STARITZ: Zur Entstehung.
322 ITZEROTT: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

Suckut[323], Dieter Hein[324], Christel Dowidat[325], die Tagebuchaufzeichnungen des brandenburgischen LDP-Politikers Wolfgang Schollwer[326] und eine Biographie über Wilhelm Külz von Hergard Robel.[327] Mit der Kaderpolitik der bürgerlichen Parteien befaßten sich in einer 1984 erschienenen Studie H. J. Brandt und M. Dinges.[328] 1985 erschien eine kurze Darstellung von Ulrich Dirksen.[329]

Interessante Details lassen sich wie bei den anderen Parteien auch den parteioffiziösen Darstellungen der LDP-Führung in der DDR entnehmen. Hier sind vor allem Darstellungen von Rudolf Agsten und Manfred Bogisch[330], von Manfred Gerlach und Kurt Wünsche[331] sowie eine Biographie von Armin Behrendt über Wilhelm Külz[332] zu nennen. Hinzu kommen ungedruckte Dissertationen von Ulrich Dirksen[333] und Wolfgang Hoffmann[334]. Mit der Ideologiegeschichte der LDP befaßte sich L. Hoyer.[335] Die Zerschlagung der letzten Eigenständigkeit und die Umwandlung der LDP und der CDU zu Transmissionsparteien der SED beschrieb 1979 aus kommunistischer Sicht Jochen Cerny.[336]

NDPD: In der Bundesrepublik wurde 1961 eine Dissertation von Harald Krieg über die NDPD veröffentlicht.[337] Mit der Entstehung der NDPD beschäftigte sich auch Norbert Mattedi.[338] 1968 erschien die Dissertation von Dietrich Staritz. Er beschäftigte sich ausführlich mit der Entstehung und frühen Entwicklung der Partei und gab mit seiner Interpretation der NDPD als „Transmissionspartei“ wichtige Impulse für die Forschung.[339] Einige Aspekte zur Frühgeschichte ließen sich auch der Darstellung von Roderich Kulbach und Helmut Weber entnehmen.[340] Wenig Neues brachte 1988 eine Dissertation von Josef Haas.[341] Eine Zusammenfassung erfolgte durch Dietrich Staritz im SBZ-Handbuch.[342]

323 SUCKUT: Blockpolitik S. 7–50.
324 HEIN: Zwischen liberaler Milieupartei S. 278–315.
325 DOWIDAT: Zur Entwicklung.
326 SCHOLLWER: Potsdamer Tagebuch.
327 ROBEL: Wilhelm Külz.
328 BRANDT/DINGES: Kaderpolitik.
329 DIRKSEN: Bürgertum.
330 AGSTEN/BOGISCH: Bürgertum. Dies.: LDP auf dem Wege. Dies.: Zur Geschichte der LDP.
331 GERLACH/WÜNSCHE: Funktion und Entwicklung.
332 BEHRENDT: Wilhelm Külz.
333 DIRKSEN: Die Mitwirkung der LDPD.
334 HOFFMANN: Die Befreiung der LDPD.
335 HOYER: Revolution.
336 CERNY: Vom antifaschistisch-demokratischen Block.
337 KRIEG: Die Rolle „nichtsozialistischer“ Parteien.
338 MATTEDI: Gründung und Entwicklung S. 124–130.
339 STARITZ: Die National-Demokratische Partei Deutschlands.
340 KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem.
341 HAAS: Die National-Demokratische Partei Deutschlands.
342 STARITZ: National-Demokratische Partei Deutschlands S. 574–583.

In der DDR sind kaum Abhandlungen über die Entstehung und frühe Entwicklung der NDPD erschienen. Im Gegensatz zur offiziellen Parteiliteratur der anderen Blockparteien legte auch die Parteileitung keinen Wert darauf, die Entstehung der NDPD zu dokumentieren.

DBD: Im Westen wurde die DBD selten und nur im Rahmen von Gesamtdarstellungen des Parteiensystems der SBZ/DDR thematisiert. 1958 befaßte sich John A. Wortmann in seiner Dissertation mit der DBD[343]. 1966 folgte eine Darstellung der DBD im o.g. Band von Norbert Mattedi. Ausführlich behandelte erst Bernhard Wernet die Bauernpartei. 1982 erschien ein Beitrag von ihm über die VdgB und die DBD,[344] 1984 folgte seine Dissertation über die Entwicklung der DBD.[345] Einen Überblick gab Wernet-Tietz 1990 auch im SBZ-Handbuch.[346]

In der östlichen Forschung fand die Gründung und frühe Entwicklung der DBD wenig Beachtung. 1962 erschien in Moskau ein Artikel von A. B. Weber.[347] Erst 1988 folgte ein Beitrag von Frank Ottofülling über die Entstehung der DBD.[348] Ungedruckt blieben verschiedene Dissertationen zum Thema, so von Fjodor Kijaschko[349], von E.-M. Strohm[350] und Christine Zarend[351]. Die Bauernpartei selbst gab Veröffentlichungen zur Chronologie und Erlebnisberichte von Mitgliedern der DBD heraus.[352]

Seit der Wende hat sich die Forschungslandschaft völlig verändert. Angesichts des jetzt ungehinderten Aktenzugang sind zahlreiche Darstellungen über alle Parteien sowie zur Entstehung und Transformation des Parteiensystems zu erwarten. Sie werden in allen Bereichen zu neuen Erkenntnissen führen und erstmals wissenschaftlich abgesicherte Gesamtdarstellungen der Parteien in der SBZ und in Berlin gestatten.

5. *Quellenlage und Forschungsdesiderate*

Die Quellenlage zum Thema ist gut. Alle deutschen Archive können genutzt werden. Zugänglich sind zum großen Teil auch die Archive der alliierten Besatzungsmächte. Beeinträchtigt wird die Quellenlage nur durch den nach

343 WORTMANN: The Minor Parties S. 277–292.
344 WERNET: Zur Rolle und Funktion.
345 WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei.
346 WERNET-TIETZ: Demokratische Bauernpartei Deutschlands.
347 WEBER, A. B.: Die Rolle der Bauernpartei.
348 OTTOFÜLLING: Die Herausbildung.
349 KIJASCHKO: Die Taktik.
350 STROHM: Auf dem Weg.
351 ZAREND: 40 Jahre.
352 15 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Beilage des „Bauern Echo“ vom 7. Dezember 1962. 20 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands. GOLDENBAUM: Werktätige Bauern. MECKLENBURG: Das Wirken. 40 Jahre DBD.

wie vor restriktiv gehandhabten Zugang zu russische Archiven. Gerade in ihnen befinden sich jedoch die für die Darstellung der SBZ-Entwicklung unerläßlichen sowjetischen Unterlagen. Dieser Umstand bedingt das wesentlichste Defizit bei der Erforschung der Parteienentwicklung in der SBZ und in Berlin. Vor allem kann dadurch die an sich evidente sowjetische Lenkung des Transformationsprozesses nicht im einzelnen nachgewiesen werden. Durch dieses Forschungsdefizit kann nach wie vor in zahlreichen Veröffentlichungen der Eindruck rezipiert werden, die SED habe maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung gehabt. Die Art des Verhältnisses zwischen der sowjetische Führung und der Führung der KPD/SED bedarf dringend einer Klärung.

Außer diesem grundsätzlichen Manko gibt es bei der Erforschung aller Parteien der SBZ noch erhebliche Lücken, die sich vor allem aus der bisherigen Archivsituation erklären. Bis heute fehlen Einzeldarstellungen der Parteien und der Transformation des Parteiensystems auf der Grundlage des heutigen Quellenzugangs.

Bei der KPD/SED war bislang eine Darstellung ihrer Anleitung durch sowjetische Stellen, der Mechanismen der Machtausübung, des Geflechtes der Führungsgremien und -ebenen sowie deren Arbeitsweise nicht möglich. Außerdem fehlen Übersichtsdarstellungen bis zur Zwangsvereinigung, die die regionalen Unterschiede der KPD-Entwicklung berücksichtigen. Erst im Ansatz ist die Zurückdrängung oppositioneller Strömungen und abweichender Initiativen im Umfeld der KPD-Gründung nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee untersucht.

Nicht nur über die KPD fehlen Darstellungen der regionalen Entwicklung, sondern auch über abweichende Parteigründungen und der Vorarbeiten zur Gründung der Parteien in den vorübergehend von westlichen Armeen besetzten Territorien der späteren SBZ. Ebenso mangelt es an genaueren und umfassenderen Darstellungen über die interzonale Parteiarbeit von CDU und LDP und die Entwicklung der Ost-SPD im Ostsektor Berlins. Untersucht werden muß anhand der jetzigen Aktenlage auch das Verhältnis von legaler und illegaler Parteiarbeit auf dem Gebiet der SBZ und in Berlin.

Die neue Archivsituation stellt für die Erforschung der Entwicklung des politischen Systems und der Parteien in der SBZ und in Berlin insgesamt eine enorme Herausforderung dar, der mit den jetzigen Möglichkeiten kaum entsprochen werden kann. In allen Themenbereichen ist angesichts der radikal veränderten Quellenlage ein wissenschaftlicher Neubeginn notwendig, der aber keinesfalls alle bisherigen Darstellungen zur Makulatur werden lassen wird.

Eine Aktualisierung des Forschungsstandes ist vor allem auch für die ehemalige Forschung der DDR vonnöten. Um deren wissenschaftlichen Ertrag zu sichern ist eine entideologisierende Verifizierung der oft faktenreichen DDR-Darstellungen wichtig. Wie schwer es ist, von ideologischen Vorurteilen

Abstand zu nehmen, zeigen heutige wissenschaftliche Arbeiten ehemals führender SED-Zeitgeschichtler.[353]

6. *Verwendete Literatur*

AGSTEN, Rudolf/Manfred BOGISCH: Bürgertum am Wendepunkt. Die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen und antiimperialistischen Grundhaltung bei den Mitgliedern der LDPD 1945/1946. Ost-Berlin 1970.

Dies.: LDPD auf dem Wege in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946–1949. Ost-Berlin 1974.

Dies.: Zur Geschichte der LDPD 1949–1952. 2. Bde. Ost-Berlin 1982.

BADSTÜBNER, Rolf: Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen, demokratischen und friedlichen neuen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. In: Klartext 3/1. Beiträge zur Geschichte der DDR. Hg. v. Verein „Helle Panke“ e. V. S. 22–55.

BADSTÜBNER, Rolf/Autorenkollektiv: Geschichte der DDR. Ost-Berlin 1981.

BADSTÜBNER, Rolf/HEITZER, Heinz (Hg.): Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961. Ost-Berlin 1979.

BADSTÜBNER, Rolf/Evemarie BADSTÜBNER-PETERS/Günther BENSER/Peter KIRSTE/Siegfried KUNTSCHE/Wolfgang MÜHLFRIEDEL: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949. Deutsche Geschichte Bd. 9. Hg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ost-Berlin 1989.

BECKER, Winfried: CDU/CSU 1945–1950. (Studien zur politischen Bildung 13). Mainz 1987.

BEHRENDT, Armin: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden. Ost-Berlin 1985[2].

BENSER, Günter: Das Jahr 1945. In: ZfG Jg. 28 (1980) Heft 4 S. 311 ff.

Ders.: Kurs auf die legale kommunistische Massenpartei (1944/1945). In: BzGA Jg. 22 (1980) Heft 3 S. 334 ff.

Ders.: Die KPD im Jahr der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945). Ost-Berlin 1985.

Ders.: Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs (1946–1948). In: Klartext 3/2. Beiträge zur Geschichte der DDR. Hg. v. Verein „Helle Panke“ e. V. Berlin 1993 S. 81–98.

BENSING, Manfred: Im revolutionären Kampf geschmiedet. Über das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Vereingung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirks Leipzig 1945/46. Leipzig 1978.

BLOCH, Peter: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950. Hg. Siegfried Suckut. Köln 1986.

BÖRNER, Rolf: Für die Souveränität des werktätigen Volkes! Die Mitwirkung der CDU bei der Ausarbeitung der Landesverfassungen und der Verfassung der DDR (1946–1949). (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1975.

BOLZ, Lothar: Einiges Volk! Einiges Land! Ost-Berlin 1949.

BOUVIER, B.: Antifaschistische Zusammenarbeit. Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 16 1976 S. 417 ff.

BRANDT, Hans-Jürgen/Martin DINGES: Kaderpolitik und Kaderarbeit in den „bürgerlichen“ Parteien und den Massenorganisationen in der DDR (Politologische Studien 28). West-Berlin 1984.

353 Vgl. Klartext. Beiträge zur Geschichte der DDR.

BROSZAT, Martin/Hermann WEBER (Hg. im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990.

Bündnispolitik im Sozialismus. Hg. v. d. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Red. H. HÜMMLER. Ost-Berlin 1981.

BUTLAR, Walrab von: Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947. Stuttgart 1980.

BUSCHFORT, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD 1946–1958. Ein Nachrichtendienst im geteilten Deutschland. Diss. Uni. Bochum. Bochum 1989.

CARACCIOLO, Lucio: Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die „Einheit der Arbeiterklasse“ 1945/46. In: VfZ 2 1988 S. 281–318.

– Grotewohls Position(en) im Vereinigungsprozeß (1945–1946). In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 76–107.

CERNY, Jochen: Vom antifaschistisch-demokratischen Block zum sozialistischen Mehrparteiensystem. Eine Studie zur Genesis der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR (Okt. 1949 bis Okt. 1950). In: BADSTÜBNER/HEITZER S. 159–195.

CONZE, Werner: Jakob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1969.

CREUZBERGER, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 (Deutschland-Report 15). Melle 1991.

Ders.: Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen (SMATh) 1945–1949 (Thüringer Blätter zur Landeskunde). Arnstadt 1993.

Ders.: „Antifaschistisch-demokratische“ Anfänge in Berlin 1945. Ein Bericht der Politischen Hauptverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee (GlavPURKKA) über die Berliner Antifa-Bewegung, Mai 1945 (erscheint voraussichtlich im Herbst 1993 im Deutschland Archiv).

DÄHN, Horst: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 544–573.

Der große Wahlbetrug am 15. Okt. 1950 in der sowjetischen Besatzungszone. Hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. o. O. o. J.

DEUTSCHLAND, Heinz u. a.: Vertrauensmann seiner Klasse – Herbert Warnke. Ost-Berlin 1982.

DIEPENTHAL, Wolfgang: Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 1944–1948. Köln 1974.

Die SED – führende Kraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949). Ost-Berlin 1984.

DIRKSEN, Ulrich: Die Mitwirkung der LDPD an der sozialökonomischen Umwälzung in Ostdeutschland (1945–1949). Phil. Diss. am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Ost-Berlin 1976. Als überarbeiteter Teilabdruck erschienen unter dem Titel: Liberaldemokraten zwischen Fortschritt und Reaktion. Die LDPD im Kampf um die Entstehung und Festigung des Volkseigentums 1946–1949 (Schriften der LDPD 17). Ost-Berlin 1977.

– Bürgertum auf dem Marsch in den Sozialismus. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands zwischen Verständigungsbereitschaft, Widerstand und Anpassung (1945 bis 1952). In: Deutsche Studien 92 1985 S. 360–388.

DJILAS, Milovan: Gespräche mit Stalin. Frankfurt a. M. 1962.

Ders.: Der Krieg der Partisanen. Wien/München/Zürich/Innsbruck 1978.

Dokumentation des Informationsbüros West. Chronologische Materialien zur Geschichte der SED. West-Berlin 1956.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Hg. v. ZK der SED. 20 Bde. Ost-Berlin 1951–1986.

Dokumente der CDU. Zusammengestellt durch ein Kollektiv von Mitarbeitern der Parteileitung. 5 Bde. Ost-Berlin 1956–1964.

DOWIDAT, Christel: Vom Parlament zur „sozialistischen Volksvertretung“. Die Entwicklung der CDUD-Fraktionen in den Landtagen der SBZ/DDR von 1946 bis 1952. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (1985) S. 57–70.

Dies.: Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammer in der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1950/54. Diss. Mannheim 1986.

EBIGHAUSEN, R./F. TIEMANN (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland. Opladen 1984.

Ein erfülltes Programm. Zum 40. Jahrestag des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945. Ost-Berlin 1985.

Einheit oder Freiheit. Zum 40. Jahrestag der Gründung der SED. Hg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1986.

FINN, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone. Pfaffenhofen 1960[2]. Reprint Köln 1989.

FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg (Studien zur Zeitgeschichte). Stuttgart 1975.

Ders: Die Sowjetunion und die „deutsche Frage“ 1945–1949. In: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949 (Studien zur Deutschlandfrage 7). West-Berlin 1984.

Ders.: Der Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDUD. Referat auf der 18. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 13. November 1992 in Bonn. In: DA 2 1993 S. 265–272.

Ders.: Die Anfänge der CDUD in Berlin. In: Wirklichkeit und Wahn des „Realen Sozialismus“. Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (Zeitthemen, Schriftenreihe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 3). Bonn 1993 S. 75–88.

FISCHER, Alexander (Hg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 38). Berlin 1993.

Ders.: (unter Mitarbeit von Nikolaus Katzer) Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen. Freiburg/Würzburg 1988.

FISCHER, Gerhard: Die prinzipiellen Auseinandersetzungen über die ideologische Position und die Rolle der „Neuen Zeit“ als Zentralorgan der Partei (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1967.

FLECHTHEIM, Ossip. K. (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. 8. Bde. West-Berlin 1962–1970.

FOCKE, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1978.

FÖRTSCH, Eckart (in Zusammenarbeit mit Rüdiger MANN): Die SED. Stuttgart 1969.

FOITZIK, Jan: Fragen der sowjetischen Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. Aus dem Referat von A. A. Zdanov auf der Gründungskonferenz des Kominform vom 22. bis 27. September 1947. In: ZfG 4 1983 S. 329–335.

Ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 7–69.

FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES 3 1949: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria. Department of State Publication 8752. Office of the historian bureau of public affairs. Washington 1974.

FRICKE, Karl Wilhelm: Warten auf Gerechtigkeit. Köln 1971.

Ders.: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Köln 1979.

Ders.: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984.

Ders.: „Kampf dem Klassenfeind!: Politische Verfolgung in der SBZ. In: FISCHER, Alexander: Studien zur Geschichte der SBZ/DDR S. 179–193.

FRIEDENSBURG, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945. West-Berlin 1971.

GEILING, Martin: Außenpolitik und Nuklearstrategie. Eine Analyse des konzeptionellen Wandels der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion. Köln 1975.

Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED. Hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ost-Berlin 1969.

GERLACH, Manfred/Kurt WÜNSCHE: Funktion und Entwicklung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands im Mehrparteiensystem der Deutschen Demokratischen Republik. Ost-Berlin 1964.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 6. Ost-Berlin 1966.

Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß. Ost-Berlin 1978.

Geschichte des Staates und des Rechts der DDR. Dokumente 1949–1961. Hg. v. Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ost-Berlin 1984.

GEYER, Dietrich: Einheitsfrontpolitik und Vereinigungsprozesse in Ost- und Westeuropa 1944–1948. Historische Voraussetzungen und Perspektiven. In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 22–37.

GEYER, Dietrich (Hg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion – Außenpolitik 1917–1955. Köln 1972.

GNIFFKE, Erich W.: Jahre mit Ulbricht. Köln 1966.

GOLDENBAUM, Ernst: Werktätige Bauern als aktive Kraft beim demokratischen Neuaufbau. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17. Jg. (1969) Heft 8 S. 1018 ff.

GOROSCHKOWA, G. N.: Die deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden 1947–1949. Ost-Berlin 1963.

GRADL, Johann Baptist: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1982.

GREBING, Helga: Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR im Zeitraum zwischen 1945 und dem Beginn der 50er Jahre. Gutachten für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Marburg 1992.

GROßER, Günther: Der Block der demokratischen Parteien und Massenorganisationen – eine spezifische historische Form der Zusammenarbeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen bei der Vernichtung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und der Schaffung der Grundlagen einer neuen demokratischen Ordnung. Eine Darstellung seiner Entwicklung und seiner Rolle in den Jahren 1945–1950, untersucht an Hand der Materialien über die Tätigkeit des zentralen Ausschusses der Einheitsfront in Berlin. Leipzig 1957.

GROTEWOHL, Otto: Die Politik der Partei und ihre Entwicklung zur Partei neuen Typus. In: Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED. Ost-Berlin 1950.

GRUNER, Gert/Manfred WILKE (Hg.): Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46. Stenographische Niederschrift der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945. München/Zürich 1981. 1986[2].

GUDENSCHWAGER, Wolfgang/KOSTKA, Guntram: Kulturpolitik zwischen Gestern und Morgen. Zur Geschichte der CDU 1945 bis 1952 (Beiträge zur Geschichte der CDU, hg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU). Ost-Berlin 1977.

GURLAND, A. R. L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953. Hg. v. Dieter Emig. Frankfurt am Main 1980.

HAAS, Josef: Die National-Demokratische Partei Deutschlands. Geschichte, Struktur und Funktionen einer DDR-Blockpartei. Diss. phil. Erlangen/Nürnberg 1988.

HACKE, Christian (Hg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988.

HACKER, Jens: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980. Baden-Baden 1983.

HARTL, Hans/Werner MARX: Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik. Boppardt am Rhein 1967.

HEIN, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien demokratischen Partei. Düsseldorf 1985.

HEINRICH, Eberhard/Klaus ULLRICH: Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR. Frankfurt a. M. 1981.

HEINRICH, Wilhelm: Politische Erinnerungen und Erkenntnisse (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1969.

HEITZER, Heinz: DDR – Geschichtlicher Überblick. Ost-Berlin 1979. 1986[3].

– Zur Dialektik von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. In: BADSTÜBNER/HEITZER S. 26–53.

HELLER, Friedrich: Entwicklung und Aufgaben der Nationalen Front in der SBZ. In: Jahrbuch für Ostrecht Bd. 4 (1963) S. 7.

HERMES, Peter: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Saarbrücken 1963.

HEYDEMANN, Günther: Ein deutsches Sowjetrußland? Zur britischen Beurteilung der Entwicklung in der SBZ. In: FISCHER, Alexander: Studien zur Geschichte der SBZ/DDR S. 13–27.

HOFFMANN, Wolfgang: Die Befreiung der LDPD von der Vormundschaft der imperialistischen Bourgeoisie während des Kampfes um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (Dargestellt am Problem der Gründung einer demokratischen Partei Deutschlands). Phil. Diss. Jena 1962.

HONECKER, Erich: Aus meinem Leben. Ost-Berlin 1980.

HORN, Werner: Der Kampf der SED um die Festigung der DDR und den Übergang zur zweiten Etappe der Revolution (1949–1952). Ost-Berlin 1959.

HOYER, Lutz: Revolution, Kleinbürgertum, Ideologie. Zur Ideologiegeschichte der LDPD in den Jahren 1945–1952. Ost-Berlin 1978.

HURWITZ, Harold: Die Anfänge des Widerstandes, Teil 1. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten (Demokratie und Antikommunismus 4). Köln 1990.

Ders.: Die Anfänge des Widerstandes, Teil 2. Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf (Demokratie und Antikommunismus 4). Köln 1990.

Ders.: Die Anfänge des Widerstandes. Teil 2. Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Köln 1990.

HURWITZ, Harold/Klaus SÜHL: Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Köln 1984.

Im Bündnis fest vereint. Die schöpferische marxistisch-leninistische Bündnispolitik der SED 1945–1965. Ost-Berlin 1966.

ITZEROTT, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: WEBER, Hermann: Parteiensystem S. 179–213.

KADEN, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46. Hannover 1964. Bonn 1980[2].

KEIDERLING, Gerhard: Die Berliner Krise 1948/49. Zur imperialistischen Strategie des kalten Krieges gegen den Sozialismus und die Spaltung Deutschlands. Ost-Berlin 1982.

KEIDERLING, Gerhard (Hg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. (Politische Dokumente 13). Berlin 1993.

KIJASCHKO, Fjodor: Die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber der Bauernschaft und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der Zeit von 1945 bis 1952. Diss. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Ost-Berlin 1974.

KIND, Friedrich: Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung

und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft während der antifaschistisch-demkratischen Umwälzung (1945/50) (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1984.

Klartext. Beiträge zur Geschichte der DDR. Hg. v. Verein „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. Berlin 1993.

KLEIN, Manfred: Jugend zwischen den Diktaturen 1945/46. Mainz 1968.

KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1993.

KLEßMANN, Christoph: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte. In: APuZG B 29–30 vom 16. Juli 1993 S. 30–41.

KOCH, Hans: Dem Fortschritt zugewandt. Eine Untersuchung über die Mitarbeit des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949) (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1974.

KOCH, Manfred: Blockpolitik und Parteiensystem in der SBZ/DDR 1945–1950. In: APuZG B 37 vom 15. September 1984 S. 3–14.

Ders.: Der Demokratische Block. In: WEBER, Hermann: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie S. 281 ff.

Ders.: Parteien und Massenorganisationen im „sozialistischen Mehrparteiensystem“. In: FISCHER, Alexander: Ploetz S. 60–65.

KOCH, Manfred/Werner MÜLLER: Der Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR zum „sozialistischen Mehrparteiensystem“ 1945–1950. In: Deutschland Archiv 12 (1979). Sonderheft.

KOCH, Manfred/Werner MÜLLER/Dietrich STARITZ/Siegfried SUCKUT: Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945–1948. In: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1. bis 4. Juni 1982. Köln 1982 S. 90–107.

KOPP, Fritz: Die „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD). In: Deutsche Fragen. Beiträge zur Situation im geteilten Deutschland und zur Wiedervereinigung 5 1967 S. 82.

KOPPE, Hans Joachim: Berliner CDU am Scheideweg. Zum Kampf der fortschrittlichen Kräfte des Berliner Landesverbandes der CDU um die demokratische Einheitsfront 1948/1949 (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1967.

KOSTHORST, Erich: Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957. Stuttgart 1972.

KRAUSE, Manfred: Zur Geschichte der Blockpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945–1955. Diss. Ost-Berlin 1978.

Ders.: Zur Zusammenarbeit der SED mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks nach der Gründung der DDR bis Mitte 1952. In: Jahrbuch für Geschichte Bd. 20 1979 S. 111–142.

KRAUTKRÄMER, Elmar: Deutsche Geschichte nach dem II. Weltkrieg. Hildesheim 1962.

KRIEG, Harald: Die Rolle „nichtsozialistischer“ Parteien in der SBZ bzw. „DDR“ von 1948–1958. Untersucht am Beispiel der LDP und NDP im Hinblick auf die marxistisch-leninistische Auffassung von einer „demokratischen Republik“. Diss. phil. Bonn 1961.

Ders.: LDP und NDP in der „DDR“ 1949–1958. Köln 1965.

KRIPPENDORFF, Ekkehart: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945. In: VfZ 3 1960 S. 290–309.

Ders.: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48 – Entstehung, Struktur, Politik (Beiträge zur Geschichte der politischen Parteien und des Parlamentarismus 21). Düsseldorf 1961.

KRUBKE, Erwin: Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen. Die Stellungnahme der CDU zur Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR in Gestalt des Zweijahresplanes 1949/1950 und des ersten Fünfjahresplans 1951/1955 (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1977.

KRUSCH, Hans-Joachim: Von der Dezemberkonferenz 1945 zur Februarkonferenz 1946. Programmatische Arbeit der KPD vor der Gründung der SED. In: BzGA 1 1986 S. 16 ff.

Ders.: Arbeiterbewegung, gesellschaftliche Forderungen und Einheit der Arbeiterparteien 1945/46. In: Klartext 3/1. Beiträge zur Geschichte der DDR. Hg. v. Verein „Helle Panke“ e. V. S. 56–74.

KÜNZEL, Werner: Die Landtage von 1946 bis 1949: Revolutionär-demokratische Volksvertretungen. In: Revolutionärer Prozeß.

KULBACH, Roderich: Die CDU – Ost. Aufbau und Entwicklung im Blocksystem der SBZ/DDR von 1945–1952. Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades Diplom-Sozialwirt an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen – Nürnberg. Nürnberg 1972.

KULBACH, Roderich/Helmut WEBER: Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und der NDPD. Köln 1969.

LAPP, Peter Joachim: Die Volkskammer der DDR (Studien zur Wissenschaft 33). Opladen 1975.

LAUFER, Jochen: Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat 1945–1948. In: FISCHER, Alexander: Studien zur Geschichte der SBZ/DDR S. 57–80.

LDPD im Sozialismus. Dokumente, gesammelt v. M. BOGISCH. Ost-Berlin 1984.

LDPD in der Übergangsperiode. Dokumente. 2 Bde. Ost-Berlin 1976.

LEMMER, Ernst: Manches war doch anders. Frankfurt a. M. 1968.

LEONHARD, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1955. 1983[6].

LÜBBE, Peter: Kommunismus und Sozialdemokratie. Eine Streitschrift Internationale Bibliothek 113). Berlin/Bonn 1978.

MALYCHA, Andreas: Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945. Entstehung und historische Bedeutung. In: BzGA 5 1988 S. 606 ff.

– Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Zu Rolle und Wirksamkeit des Zentralausschusses (ZA) im Ringen um antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen in der Etappe der Aktionseinheit von KPD und SPD (Mai 1945 bis Dezember 1945). Diss. phil. IML (ungedruckt). Ost-Berlin 1988.

MATTEDI, Norbert: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949 (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland) Bonn/West-Berlin 1966.

MATTHIAS, Herbert: Untersuchungen zur Geschichte der Stadtparteiorganisation Magdeburg der SED von der Befreiung des deutschen Volkes bis zur Konstituierung eines antifaschistisch-demokratischen Stadtparlaments (April 1945 bis Dezember 1946). B-Diss. Magdeburg 1986.

MAYER, Tilman (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1987.

MECKLENBURG, Ernst: Das Wirken für den Sieg der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Revolution in der DDR. In: BzGA Sonderheft 1969 S. 59 ff.

MEISSNER, Boris: Die Sowjetunion und die deutsche Frage, 1949–1955. In: GEYER: Osteuropa-Handbuch S. 474–501.

– Die sowjetische Deutschlandpolitik, 1945–1949. In: GEYER: Osteuropa-Handbuch S. 448–473.

MEYER, Gerd: Die sowjetische Deutschland-Politik im Jahre 1952 (Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte 24). Tübingen 1970.

MOMMSEN, Wolfgang J.: Die DDR in der deutschen Geschichte. In: APuZG B 29–30 vom 16. Juli 1993 S. 20–29.

MORAW, Frank: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948. Bonn 1973.

MÜLLER, Hans: Auf dem Wege zur Partei neuen Typus. Das Ringen der Sozialistischen

Einheitspartei Deutschlands um politisch-ideologische Klarheit über Grundfragen der Rolle der Partei (zweites Halbjahr 1948). In: 20 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.
MÜLLER, Werner: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“. Frankfurt a. M./New York 1979.
Ders.: Ein „besonderer“ Weg zur Volksdemokratie. Determinanten und Besonderheiten kommunistischer Machterzwingung in der SBZ/DDR 1945–1950. In: PVS 13 1982 S. 278–303.
Ders.: Sozialdemokratische Politik unter sowjetischer Militärverwaltung. Chancen und Grenzen der SPD in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Kriegsende und SED-Gründung. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2 1987 S. 170 ff.
Ders.: Sozialdemokratie und Einheitspartei. Eine Fallstudie zur Nachkriegsentwicklung in Leipzig. In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 129–166.
Ders.: SED-Gründung unter Zwang. In: DA 1 1991 S. 52–58.
Ders.: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 440–459.
Ders.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 460–480.
Ders: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 481–514.
NAUMANN, Horst: Wilhelm Koenen. Leipzig 1977.
NEEF, Helmut (Hg.): Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Ost-Berlin 1967.
Ders.: Entscheidende Tage im Oktober 1949. Die Gründung der DDR. Ost-Berlin 1984[2].
OTTOFÜLLING, Frank: Die Herausbildung einer demokratischen Bauernpartei als Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse. In: Forschungen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 3. Folge (Thematische Information und Dokumentation Reihe A, Heft 67). Hg. v. d. Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ost-Berlin 1988 S. 70–86.
OVERESCH, Manfred: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht (Politik und Gesellschaftsgeschichte 29). Bonn 1992.
PFEILER, Wolfgang: Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion (Forschungsbericht 63). Melle 1987.
PIECK, Wilhelm: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag der SED Berlin 20. bis 24. Juli 1950. Ost-Berlin 1950.
PLENER, Ulla: SPD 1945–1949. Konzeption, Praxis, Ergebnisse. Ost-Berlin 1981.
Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20.-24.9.1947 in der Deutschen Staatsoper Berlin. Berlin 1947.
Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 im „Admiralspalast“ in Berlin. Berlin 1946
Revolutionärer Prozeß der Staatsentstehung. Hg. Akademie der Wissenschaften. Institut für Theorie des Staates und des Rechts. Ost-Berlin 1976.
RICHERT, Ernst (in Zusammenarbeit mit C. Stern und P. Dietrich): Agitation und Propaganda. Das System der politischen Massenführung in der Sowjetzone. West-Berlin 1958.
RICHTER, Michael: Die Entstehung der CDUD und der Prozeß ihrer Einbindung in die politische Struktur der SBZ. TU Hannover 1985.
Ders.: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). Düsseldorf 1991[2].
Ders: Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR. In: SCHOLZ, Günther: Verfolgt – verhaftet – verurteilt S. 35–57.
ROBEL, Hergard: Wilhelm Külz. Ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947–1948 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 7). München 1989.
ROTHE, L./E. WOITINAS: Hermann Matern. Aus seinem Leben und Wirken. Ost-Berlin 1981.

RÜHMLAND, Ullrich: Ulbrichts Bürgerfalle. Aufstieg und Niedergang der National-Demokratischen Partei der Sowjetzone. In: Die Politische Meinung 24 1958 S. 72.

RÜTTEN, Theo: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten. Baden-Baden 1984.

SACHER, Siegfried: Die Entwicklung der Blockpolitik in Sachsen in der Zeit der Festigung der Arbeiter-und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik (1945–1950). Phil. Diss. Leipzig 1963.

SCHAPER; Alwin: Jahre der Entscheidung. Erinnerungen an die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU (1945–1952) (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1969.

SCHLOMANN, Friedrich-Wilhem: Mit soviel Hoffnung fingen wir an. 1945–1950. München 1991.

SCHNEIDER, Wolfgang/AUTORENKOLLEKTIV: Zur Entwicklung der Klassen und Schichten in der DDR. Ost-Berlin 1983.

SCHÖNEBURG, Karl-Heinz/Werner KÜNZEL: Allgemeines, Besonderes und Einzelnes in der Entstehung volksdemokratischer sozialistischer Staaten in Europa. In: Revolutionärer Prozeß S. 9–25.

SCHOLLWER, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hg. v. Monika Faßbender. München 1988.

SCHOLZ, Arno: Kurt Schumacher. Leben und Leistung. In: Turmwächter der Demokratie. Bd. 1. West-Berlin 1954.

SCHOLZ, Günther (Hg.): Verfolgt – verhaftet – verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur – Fakten und Beispiele. Berlin/Bonn 1990.

SCHULTZ, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED. Mit einer Einleitung von Otto Stammer (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 8). Stuttgart/Düsseldorf 1956.

SCHULZ, Klaus-Peter: Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46. West-Berlin 1965.

SPANGER, Hans-Joachim: Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR (Bibliothek Wissenschaft und Politik 28). Köln 1982.

SPITTMANN, Ilse (Hg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart. Köln 1987.

STARITZ, Dietrich: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR. Diss. West-Berlin 1968.

Ders.:Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR. West-Berlin 1976.

Ders.: Die Gründung der DDR. München 1984.

Ders.: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 574–583.

Ders.: Zur Entstehung des Parteiensystems der DDR. In: STARITZ (Hg.): Das Parteiensystem S. 90–108.

Ders.: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs. In: APuZG B 5 vom 25. Januar 1991 S. 3–16.

Ders.: Zur Gründung der SED. Forschungsstand, Kontroversen, offene Fragen. In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 38–75.

Ders.: (Hg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Opladen 1980[2].

STARITZ, Dietrich/Siegfried SUCKUT: Politische Parteien. Einleitung. In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 435–439.

STARITZ, Dietrich/Hermann WEBER (Hg. unter Mitwirkung von Manfred Koch): Einheitsfront – Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944–1948. Köln 1989.

STERN, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED. Köln/West-Berlin 1957.
Dies.: Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln/West-Berlin 1963.
STÖßEL, Frank Thomas: Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945/1954. Bd. 1 Köln 1985.
STROHM, E.-M.: Auf dem Weg zu einer demokratischen Bauernpartei. Das Entstehen der DBD in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung – 1945/49. Diss. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ost-Berlin 1988.
SUCKUT, Siegfried: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952). In: WEBER, Hermann: Parteiensystem S. 117–178.
Ders.: Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands um die Mitte des Jahres 1948. In: VfZ 4 1983 S. 674–718.
Ders.: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR 3). Köln 1986.
Ders.: Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU (D). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 515–543.
Ders.: Block-Ausschüsse. In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 595–618.
Ders.: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949. In: VfZ 1 1991 S. 125–175.
SÜHL, Klaus: Schumacher und die Westzonen-SPD im Vereinigungsprozeß. In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 108–128.
SYWOTTEK, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946. Düsseldorf 1971.
Ders.: Die „fünfte Zone“. Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945–1948. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 1973 S. 77 ff.
THAPE, Ernst: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Hannover 1969.
THIEL, Victor: Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes Thüringen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1970.
THOMAS, Siegfried: Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46. Ost-Berlin 1967[2].
TJULPANOW, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Hg. von Stefan Doernberg. Ost-Berlin 1986.
TRAVERS, Detlev Ahlhardt: Entwicklung und ideologische Hintergründe der Verfassungsarbeiten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bis zur Gründung der „Deutschen Demokratischen Republik“. Jur. Diss. Freiburg 1962.
ULBRICHT, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945–1958. Ost-Berlin 1959.
Ders.: Die nächsten Aufgaben des demokratischen und wirtschaftlichen Neuaufbaus. Referat a. d. 7. (21.) Tagung d. Parteivorstandes der SED. 11./12.2.1948. In: Zur Geschichte III Zusatzband S. 451 ff.
Ders.: Der deutsche Zweijahresplan für 1949–1950. Ost-Berlin o.J.
Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV: 1950–1954. Aus Reden und Aufsätzen. Ost-Berlin 1958.
40 Jahre DBD. Hg. v. d. Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Ost-Berlin 1988.
VOßKE, Heinz: Die Vereinigung der KPD und SPD zur SED in Mecklenburg/Vorpommern. Mai 1945 bis April 1946. Rostock 1966.
Ders.: Otto Grotewohl. Ein Leben für die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes. Ost-Berlin 1978.

Ders.: Otto Grotewohl. Biographischer Abriß. Ost-Berlin 1979.
VOßKE, Heinz/Gerhard NITZSCHE: Wilhelm Pieck. Biographischer Abriß. Ost-Berlin 1975.
WEBER, A. B.: Die Rolle der Bauernpartei und der National-Demokratischen Partei bei der Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse in der DDR (1949/1953). In: Die deutsche Arbeiterbewegung in der neuesten Zeit. Moskau 1962.
WEBER, Hermann: Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR. Einleitung. In: WEBER, Hermann: Parteiensystem S. 11–50.
Ders.: Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ. In: APuZG B 31 1978 S. 24 ff.
Ders.: Kleine Geschichte der DDR. Köln 1980.
Ders.: Geschichte der DDR. München 1985.
Ders.: Die DDR 1945–1986 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 20). München 1988.
Ders.: Geschichte der SED. In: SPITTMANN: Die SED in Geschichte und Gegenwart S. 6 ff.
Ders.: Einheitsfrontpolitik in Europa nach Kriegsende. In: STARITZ/WEBER: Einheitsfront S. 13–21.
Ders.: Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem 1945 bis 1950. Referat auf der 18. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 13. November 1992 in Bonn. In: DA 2 1993 S. 255–266.
WEBER, Hermann (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982.
WERNET, Bernhard: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952). In: WEBER, Hermann: Parteiensystem S. 241–280.
WERNET-TIETZ, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR (Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte 2). Köln 1984.
Ders.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). In: BROSZAT/WEBER: SBZ-Handbuch S. 584–595.
WILKE, Manfred: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn der Umsetzung. Referat auf der 18. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 13. November 1992 in Bonn. In: DA 2 1993 S. 248–255.
WOLFGRAMM, Herbert: Zu Fragen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten in der DDR. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe VIII (1958/59) 5/6 S. 513 ff.
WORTMANN, John A.: The Minor Parties of the Soviet Zone of Germany. The Communist preperation and use of „Transmission Belts“ to East German Middle Class. Diss. phil. Minnesota 1958.
ZAREND, Christine: 40 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands. In: ZfG 2 1989 S. 153 ff.
ZILLIG, Hans: In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU (1945 bis 1952) (CDUD-Beiträge zur Geschichte). Ost-Berlin 1975.
Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. III: 1946–1950 (Zusatzband). Hg. v. Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED. Ost-Berlin 1971.
Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Ost-Berlin 1979.
Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED 1946–1948. Ost-Berlin 1974.
Zur Strategie und Taktik der KPD/SED. Aktionseinheit, Einheitsfront, Volksfront, Bündnispolitik (Die DDR – Realitäten Argumente). Bonn 1982.
Zur Vereinigung von KPD und SPD. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der SED in den Jahren 1945–1949. Ost-Berlin 1978.
Zur Wirtschaftspolitik der SED. Bd. 1: 1945–1949. Ost-Berlin 1984.

20 Jahre Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Hg. v. Präsidium des Parteivorstandes der DBD. Ost-Berlin 1968.
20 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Beiträge. Hg. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Berlin 1966.

Zusammenfassung

Die Geschichte der Parteien in der SBZ ist wesentlich Handlungsgeschichte der sowjetischen Besatzungsmacht. Ohne die massive Unterstützung der Sowjetunion wäre die SED nicht an die Macht gekommen. Die Rolle der SMAD bei der Etablierung der SED-Diktatur kann kaum überschätzt werden.[354]

Noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz erlaubte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone und in Berlin die Gründung von Parteien. Mit der frühen Zulassung versuchte sie, die gesamtdeutsche Parteienlandschaft präjudizierend zu beeinflussen. Es gründeten sich KPD, SPD, CDU und LDP. Sie wurden von der SMAD zur Mitarbeit in der „antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“, dem sogenannten „Block“ verpflichtet. Seit ihrer Gründung griff die Besatzungsmacht ständig in die Arbeit der Parteien ein. Nach Belieben ließ sie Politiker absetzen. In Anbetracht der wachsenden Stärke der SPD und der geringen Anziehungskraft der KPD setzte die SMAD im April 1946 eine Fusion beider Parteien durch. Da ein großer Teil der SPD-Mitglieder den Zusammenschluß zur SED ablehnte, führte die SPD ihre Parteiarbeit in der Illegalität fort. Im Vorfeld der Wahlen im Herbst 1946 formulierte die SED erstmals einen Führungsanspruch, der von den bürgerlichen Parteien CDU und LDP zurückgewiesen wurde. Mit massiver Unterstützung der SMAD erreichte die SED etwa die Hälfte aller Landtagsmandate.

Nach der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes orientierte die sowjetische Führung ab Mitte 1947 verstärkt auf die Bildung eines östlichen Separatstaates und begann mit der Bildung von Zentralinstanzen, in denen von Anfang an die SED dominierte. Um für die führende Rolle im geplanten Oststaat präpariert zu sein, mußte sich die SED nach dem Vorbild der VKP (B) zur „Partei neuen Typus“ wandeln. Politiker, die sich wie der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser der Entwicklung widersetzten, wurden ihrer Funktion enthoben. Angesichts der polarisierenden Entwicklung zwischen Ost und West kam es 1948 zur Spaltung der Berliner Landesverbände von CDU und LDP und zum Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen. Nach dem Vorbild der SPD arbeiteten seit 1948 auch viele CDU- und LDP-Gruppen, die den Kurs ihrer Parteileitungen ablehnten, illegal gegen die entstehende SED-Diktatur. Seit Herbst 1948 trat ein Wandel in den Haltungen der Führungen von CDU und

354 Vgl. MOMMSEN: Die DDR in der deutschen Geschichte S. 21 u. 24.

LDP ein. Hatten sie noch im Frühjahr 1948 aus Protest gegen die beanspruchte Führungsrolle der SED die Arbeit im Zentralen Block eingestellt, gebärdeten sie sich jetzt prosowjetisch und opponierten zugleich gegen die SED. Den daraus erwachsenden Widerspruch nutzte die Besatzungsmacht, um immer mehr „fortschrittliche“ Funktionäre an die Spitze der Parteien zu lancieren. Um die noch vorhandenen Mehrheiten der bürgerlichen Parteien zu brechen und so zu einem grundlegenden Wandel des Parteiensystems zu kommen, gründete die SMAD mit Hilfe der SED als neue Parteien die NDPD und die DBD. Sie standen von Anfang an unter kommunistischer Kontrolle und unterstützten die SED bei der Errichtung der kommunistischen Diktatur. Nach der Umwandlung der SED in eine stalinistische Kaderpartei bereitete die SMAD für den Oktober 1949, zu dem Zeitpunkt also, zu dem Wahlen vorgesehen waren, die Gründung der DDR vor.

Nach anfänglichen Protesten gegen die Separatstaatsbildung und die Einführung von Einheitslistenwahlen schwenkten die Führungen von LDP und CDU auf die Linie der SED um. 1950 erfolgte ihre Umwandlung in prokommunistische Transmissionsparteien nach dem Vorbild von NDPD und DBD. In einer breit angelegten Kampagne wurde die SED von Sozialdemokraten sowie anderen „Abweichlern“ „gesäubert“ und der gesamte mittlere Funktionärsapparat der bürgerlichen Parteien durch Absetzungen und Verhaftungen zerschlagen. Gegen den Willen der Bevölkerung wurde binnen weniger Jahre eine zweite Diktatur auf deutschem Boden errichtet.